

## 19

Bonn, Freitag 21. Juni 1968

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Blank, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Hahn, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lücke, Meyers, Niermann, Scheufelen, Schmücker, Stingl, Stoltenberg.*

*Verabschiedung des Etats der Bundespartei für das Jahr 1968. Entwurf einer Verfahrensordnung für die Verabschiedung des Aktionsprogramms auf dem 16. ordentlichen Parteitag der CDU in Berlin. Wahl einer Programmkommission zur Vorbereitung des endgültigen Entwurfs eines Aktionsprogramms. Aktuelle politische Fragen. Bericht über die politische Lage. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.30 Uhr*

*Ende: 16.10 Uhr*

*Heck: Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit der Tagesordnung. Der Herr Bundeskanzler wird zur Zeit noch in einem Gespräch mit Herrn Kissinger festgehalten. (Unruhe. – Zuruf: Kissinger!) Der Name von Dr. Kissinger geht auf denselben Wortstamm von Kiesinger zurück.*

*Entschuldigt haben sich die Herren Jansen, Lemke, Fricke, Dr. Streibl, Frau Brauk-siepe.*

*Punkt 1 der Tagesordnung:*

### VERABSCHIEDUNG DES ETATS DER BUNDESPARTEI FÜR DAS JAHR 1968

*Kohl: Darf ich zur Geschäftsordnung zur Tagesordnung etwas sagen! Ich habe die Bitte, daß wir den Punkt 4 etwas interpretieren. Ich möchte beantragen, daß wir heute über die Frage des Bundespräsidenten sprechen und auch etwas sagen zu der für meine Begriffe immer unerträglicher werdenden Kontroverse in der Öffentlichkeit zwischen Teilen der CDU zur Frage der Mitbestimmung. Ich halte es für unerträglich, daß wir uns in der Auseinandersetzung gegenseitig Vorwürfe machen, ja, daß man sogar Bundesmandate davon abhängig macht, wie man über diese Frage abstimmt. Wir sollten vom Bundesvorstand aus hier etwas zur Mäßigung tun.*

*Heck: Ich halte es für zweckmäßig, darüber zu sprechen, wenn der Herr Bundeskanzler anwesend ist. (Kohl: Ich bin damit einverstanden!) Das Präsidium hat sich mit der Frage gestern befaßt und war der Meinung, daß es nicht zweckmäßig sei, das Thema „Bundespräsident“ in der Bundesvorstandssitzung zu behandeln.<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> Die für den 20. Juni vorgesehene Präsidiumssitzung fand wegen der außenpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag nicht statt. Kiesinger bat allerdings im Anschluß daran die Mitglieder des Präsidiums zu einer kurzen Besprechung über den Verlauf der Bundesvorstandssitzung am folgenden Tag. Darauf bezieht sich wahrscheinlich Heck. Vgl. ACDP 07-001-061/1.

*Klepsch:* Ich möchte doch bitten, unter Punkt 4 der Tagesordnung noch das Thema „Wahlrechtsreform“ zu behandeln.

*Heck:* Zum Punkt 1 der Tagesordnung hat Herr Schmücker das Wort.

*Schmücker:* Meine Damen und Herren! Nach der Satzung haben der Generalsekretär ...

*Blank:* Herr Heck! Darf ich mal unterbrechen. Ich habe leider nicht ein einziges Wort, was bis jetzt gesprochen wurde, gehört. Es war so leise, daß hier nichts zu verstehen war.

*Heck:* Das ist also nicht verstanden worden? (*Blank:* Nein, ich habe gar nichts gehört!) Dann darf ich wiederholen. Ich habe zunächst festgestellt, daß der Herr Bundeskanzler noch festgehalten wird in einem Gespräch mit Herrn Kissinger, daß wir aber schon anfangen sollten mit der Tagesordnung. Ich habe bekanntgegeben, daß sich folgende Mitglieder des Bundesvorstands entschuldigt haben: Jansen, Lemke, Brauksiepe, Fricke und unser Gast Dr. Streibl.

Ich habe dann den Herrn Bundesschatzmeister ersucht, zum Punkt 1 der Tagesordnung zu sprechen. Dann hat sich aber Herr Dr. Kohl zur Geschäftsordnung gemeldet und wollte interpretiert haben, was unter Punkt 4 der Tagesordnung „Aktuelle politische Fragen“ behandelt wird. Er hat seinerseits vorgeschlagen, die Fragen des Bundespräsidenten und der Mitbestimmung zu behandeln. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Präsidium gestern die Tagesordnung vorbesprochen hat und zu dem Thema „Bundespräsident“ zu der Auffassung gekommen ist, daß es nicht zweckmäßig sei, das Thema heute zu behandeln. Ich habe dann Herrn Dr. Kohl gebeten, er möchte seinen Antrag wiederholen, wenn der Vorsitzende da ist. Herr Klepsch hat dann darum gebeten, unter Punkt 4 noch die Frage der Wahlrechtsreform zu behandeln. Ist das jetzt verstanden worden? (*Blank:* Jetzt habe ich es gehört.) – Bitte, Herr Schmücker.

*Schmücker:* Nach der Satzung haben der Generalsekretär und der Schatzmeister Ihnen den Haushaltsvorschlag vorzulegen. Wir haben Ihnen die Unterlagen zugestellt.<sup>2</sup> Ich darf einiges zur Einführung sagen. Ich bitte zunächst um Entschuldigung, daß der Haushalt jetzt erst vorgelegt wird, nachdem die Hälfte des Jahres bereits zu Ende geht. Das liegt weniger daran, daß wir zu einem sehr späten Zeitpunkt einen Nachfolger für Herrn Seebohm gewählt haben, als daran, daß etliche Ungewißheiten vorhanden sind, vor allen Dingen auf der sehr hoch veranschlagten Spendenseite, aber auch Ungewißheiten über den Eingang der öffentlichen Mittel.

Leider sind diese Ungewißheiten bis heute noch nicht voll geklärt, so daß wir es doch für richtig hielten, Ihnen den Haushalt jetzt vorzulegen. Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst etwas über die Aufbringung sagen. Ich weiß, daß diese Seite des Haushalts in CDU-Kreisen meistens sehr wenig diskutiert wird. Man interessiert sich mehr für die Verteilung der Mittel. Aber für den Schatzmeister hat die Aufbringung nun einmal die Priorität.

---

<sup>2</sup> Etatentwurf in ACDP 07-001-025/1.

Wenn ich die Zahlen von 1967 nehme, stellen wir fest, daß wir Beiträge in Höhe von 1,7 Mrd. DM zu verzeichnen haben. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.* – *Zuruf:* 1,7 Mio. DM!) Entschuldigen Sie, es sind 1,7 Mio. DM. Ich hoffe aber, damit ein bißchen zur Auflockerung der Stimmung beigetragen zu haben. Wenn Sie diesen Betrag in Beziehung setzen zu den erwarteten und hoffentlich eingehenden Beträgen in Höhe von 2,2 Mio. DM und den öffentlichen Zuschüssen, die das Sechsfache betragen, dann werden Sie mir zugeben, daß das eigentlich nicht das richtige Verhältnis ist, so daß wir doch anstreben müssen, hier die Relation etwas zu Gunsten der Beiträge zu ändern.

Ich möchte zunächst zu den öffentlichen Zuschüssen nur soviel sagen, daß wir noch in einer Ungewißheit stehen, aber doch einige Hoffnungen haben, daß uns nicht noch einmal von sehr hoher Stelle ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Seien Sie aber bitte einsichtig, daß hier eingehende Mittel nicht im Laufe des Jahres voll eingesetzt werden können. Wir müssen ja auch das Wahljahr vorbereiten.

Mindestens genauso schwierig ist die Sache bei den Spendeneingängen. Wir haben hier einen Betrag veranschlagt, der aus den Erfahrungswerten ermittelt ist und inzwischen durch Zusagen eine gewisse Erhärtung erfahren hat. Aber, meine Damen und Herren, diese Zusagen waren auch an Bedingungen geknüpft; nicht an politische Bedingungen, sondern an die Bedingung, daß das freie Sammeln – so will ich mich einmal ausdrücken – auf ein Mindestmaß beschränkt wird, und daß wir eine Abrede treffen, wer wohin und für wen etwas sammeln gehen darf.

Das möchte ich gerne zu einem sehr naheliegenden Zeitpunkt mit den Landesschatzmeistern im einzelnen verhandeln. (*Kohl:* Wollen Sie bitte interpretieren, was Sie unter „Sammeln“ verstehen!) Wir haben eine Liste, Herr Kohl, nach der bestimmte Spender nur vom Bund angegangen werden, und wir haben andere, die von den Ländern angegangen werden. Das soll beinhalten, daß unsere Vereinigungen oder uns nahestehende Einrichtungen uns dieses Konzept nicht verderben. Wir haben Fälle, in denen von Parteiorganisationen, von Parteivereinigungen und anderen uns nahestehenden Organisationen zu unseren Lasten Gelder gesammelt worden sind. Übrigens darf ich in diesem Zusammenhang noch sagen, daß – wenn Sie diesen Punkt bedenken – es natürlich auch Absprachen gibt, und daß unsere Vereinigungen natürlich auch eine Unterstützung haben müssen. Das ist der Grund dafür, daß die Ziffern unter der Ausgabenseite so unterschiedlich sind.

Es ist ganz natürlich, wenn mir jemand sagt, ich bin dafür, daß eine bestimmte Vereinigung eine Unterstützung bekommt, daß wir dies dann im Haushaltsplan berücksichtigen müssen. Ich glaube, damit sind einige Fragen zwar nicht im Detail, aber doch im Groben geklärt.

*(Es laufen nun einige Fernsehkameras, um Aufnahmen zu machen.)*

Ich möchte darum bitten, daß der Wunsch, den ich vorhin geäußert habe, von den Landesverbänden unterstützt wird. Das gleiche gilt auch für den Bundesvorstand. Ich habe vor, Anfang Juli eine Besprechung mit dem auf diesem Gebiet sehr erfahrenen Herrn Scheufelen durchzuführen, dann die Landesschatzmeister einzuladen, um die Einzelheiten dort festzulegen.

Einige dieser Anregungen – ich hoffe, daß ich die Zeit dieser Aufnahmen überbrücken kann – werde ich gleich andeuten. Ich werde Ihnen auch in der Debatte dann noch einiges sagen können. (*Heiterkeit.*) Auch die Ausgabenseite wird nachher noch besprochen. Herr Kraske wird dann die Einnahmeseite behandeln. Ich bitte Sie aber, schon jetzt zu bedenken, daß diese Ausgabenseite, von der ich eben gesprochen habe, nicht unbedingt so gesehen werden kann, wie sie hier geschrieben steht. Es wäre sehr schön, wenn der Bundesschatzmeister wüßte, wie die Gesamtrechnung aussieht. Er könnte auch präzise Antworten gebrauchen. Aber soweit sind wir heute noch nicht. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich das jetzt sage. Aber das Entscheidende wird sein, daß wir erst einmal verwaltungsmäßig über dieses Jahr hinwegkommen und im nächsten Jahr für den Bundestagswahlkampf die Mittel zur Verfügung bekommen, die wir brauchen. Die Art des Wahlrechts ist natürlich sehr entscheidend für den Einsatz der Mittel. Das Wahlgesetz, wenn es sich konzentriert auf die Wahlkreise, würde bedeuten, daß der Mitteleinsatz wesentlich geringer ist, als wenn der Wahlkampf ... (*Heiterkeit.*) So, meine Damen und Herren, jetzt kann ich fortfahren.

Es ist in der Tat zu beklagen, daß sehr viele Leute separat abkassieren gehen. (*Starke Unruhe.*) Sie wissen, daß alle Spenden über 20.000 DM von natürlichen Personen und Spenden über 200.000 DM von juristischen Personen angemeldet werden müssen.

Für diese Anmeldung müssen der Generalsekretär und ich geradestehen. Zumindest müssen wir beide alles getan haben, daß Spenden, die in dieser Höhe eingehen, offengelegt werden. Spenden sind nicht nur die Überweisungen, die an die Zentrale gehen, sondern wir müssen alles summieren.

Gesetzt den Fall, ein Kreisverband, ein Landesverband, eine Vereinigung und die Bundespartei bekommen von einer natürlichen Person über 20.000 DM, dann müssen wir das ausweisen. Aus diesem Grunde bitten wir um den Beschluß, schon um diese rechtliche Seite abzusichern, daß alle Regionalverbände, alle Vereinigungen und diejenigen Organisationen, die uns zugesagt haben, sich wie Vereinigungen aufzuführen, verpflichtet werden, Spenden über 5.000 DM dem Schatzmeister zu melden. Ich finde, das ist eine sehr großzügige Lösung, aber wir müssen das aus rechtlichen Gründen tun, weil wir sonst nicht geradestehen können. Wenn sich aus dieser Summierung ein höherer Betrag ergibt, der die Offenlegung erfordert, und wir machen die Offenlegung nicht, dann verstoßen wir gegen das Gesetz. Das ist die rechtliche Seite. Ich gebe zu, sie kommt mir sehr zustatten.

Ich möchte auch tatsächlich gerne wissen, wie die Mittel aufkommen. Ich habe in einer Verhandlung der letzten Woche erfahren, daß eine Gruppe schon bei einem Spender gewesen war, der an sich uns, nämlich die Zentrale, immer bedacht hat, so daß ich mir nun eine andere Tür suchen muß. Das war ein Betrag, der bereits über die 20.000 DM hinausging. Ich habe keine Gewähr dafür, daß das im Einklang mit den Gesetzen steht.

Ich möchte also darum bitten, wenn Sie einverstanden sind, daß alle Regionalverbände und alle Vereinigungen Spenden über 5.000 DM mir mitteilen. Herr Dufhues, Sie sehen mich so zweifelhaft an. Wir können es auch so machen, daß wir uns mit den Landesverbänden absprechen, wenn ein Firmenkreis oder Personen angesprochen werden,

die bei uns nicht behandelt worden sind, daß sie dann frei sind. Aber ich muß nachher die Verantwortung vom Gesetz her übernehmen, die entsprechenden Veröffentlichungen durchzuführen. Die kann ich nicht delegieren. Da bleibt nichts anderes übrig, als daß Sie zum mindesten den Beschluß fassen und mir rechtlich die Absolution erteilen. Wenn Sie selber sündig waren, habe ich nicht sehr viel dagegen, aber Sie können nicht erwarten, daß ich hier dieses Amt durchführe, wenn ich nicht einen Beschluß bekomme, der mich zumindest der Form nach in den Stand setzt, die gesetzlichen Bestimmungen, die wir ja selber als Abgeordnete getroffen haben, zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Das war eigentlich schon das Wesentliche. Ich möchte Ihnen zur Ausgabenseite von mir aus keinen Bericht geben. Herr Kraske ist dazu bereit. Herr Nathan<sup>3</sup> ist auch hier. Ich habe Ihnen die Termine für die Zusammenkünfte schon gesagt. Zur Technik möchte ich noch folgendes erwähnen: Bisher ist es so gewesen, daß der Generalsekretär, der Geschäftsführer und der Schatzmeister alle nennenswerten Beträge einzeln abgezeichnet haben. Ich halte nichts davon, sondern bin der Meinung, je mehr Unterschriften unter einem Scheck stehen, desto unzuverlässiger sind die einzelnen Unterschriften, weil sich dann der eine auf den anderen verläßt. Ich bin dafür, daß man klare monatliche Überweisungen vornimmt, und daß dann in der Rechnungsführung die Geschäftsstelle selbständig und auch voll verantwortlich ist. Sie muß nach dem Haushalt verfahren und bekommt auf dem Sockel eines Monatsbetrages im voraus den Betrag. Dann ist es Sache von Herrn Kraske oder Herrn Heck, je nachdem, wie die Regelung ist, den Haushalt zu vollziehen.

Wenn Beträge da sind, die über den Monatsbedarf hinausgehen, dann kann man mit Herrn Heck oder mit mir sprechen. Ich halte dieses Verfahren für richtiger. Ich glaube auch, darüber ist kein Beschluß notwendig. Ich wollte Sie nur davon in Kenntnis setzen.

Sie haben in Ihren Unterlagen ebenfalls etwas über die Beteiligung der Landesverbände, vor allen Dingen über die Beteiligung derjenigen, die nicht in dem glücklichen Besitz oder der Erwartung der öffentlichen Mittel sind; es sind Vereinbarungen, die, so gut es ging, einvernehmlich getroffen worden sind. Ich darf Sie bitten, dem Haushalt zuzustimmen und dabei zu bedenken, daß es ein Haushalt vor einem Wahljahr ist, und daß wir uns bemühen müssen, für das Wahljahr die dringend notwendigen Summen schon im Ansatz zur Verfügung zu haben.

*Heck:* Herr Kraske!

*Kraske:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen zwei Haushaltsübersichten vor; eine Einnahmen- und eine Ausgabenrechnung, die Ihnen vor der Sitzung schriftlich zugegangen sind, in der die Einzelpositionen zusammengefaßt und in dieser Zusammenfassung erläutert worden sind, sowie für die Sitzung hier eine detaillierte Übersicht. Wir haben diesen Doppelweg gewählt, weil wir glaubten, daß es für Sie übersichtlicher sei, wenn wir die Entwicklung der größeren Positionen des Ausgabebetats der Bundesgeschäftsstelle im einzelnen erläutern.

---

3 Andreas Nathan (1917–2004), 1951–1982 Leiter der Abteilung Verwaltung in der Bundesgeschäftsstelle, 1956–1958 Geschäftsführer der Politischen Akademie Eichholz, ab 1972 auch Geschäftsführer des Versorgungswerkes der CDU.

Der Vergleich der Jahre 1964, 1967 und 1968, also des Vorjahres und des letzten vergleichbaren Vorwahljahres, zeigt eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Jahr 1967 und zeigt eine ganz geringfügige Steigerung gegenüber dem Jahr 1964, die viel geringer ist als die Ausgabensteigerungen der normalen Haushalte in den letzten vier Jahren. Die Ausgabenseite ist, wie Sie daraus entnehmen können, ausschließlich bestimmt durch die Einnahmenseite. Der Einnahmenstand der Bundespartei war im Jahre 1964 durch die damalige Regelung der öffentlichen Mittel sehr viel übersichtlicher, und die Einnahmen aus öffentlichen Mitteln waren im Jahr 1964 höher.

Wir haben im Jahr 1968 zwei große Unsicherheitsfaktoren, auf die der Bundesschatzmeister schon hingewiesen hat; das sind die Einnahmen aus Spenden, das andere sind die Einnahmen aus öffentlichen Mitteln. Sie wissen, daß in Karlsruhe ein Verfahren anhängig ist, in dem noch keine Entscheidung getroffen ist.<sup>4</sup> Deswegen haben wir bisher die hier im Etat 1968 vorgesehenen Etatpositionen nicht voll ausgeschöpft. Wir werden auch bis zur Entscheidung in Karlsruhe selbstverständlich gezwungen sein, trotz dieses heute verabschiedeten Haushalts, auch wenn er so verabschiedet wird, nur die Ausgaben zu tätigen, die unerlässlich nötig sind, weil wir den ungewissen Stand des Verfahrens in Karlsruhe einkalkulieren müssen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wenig sinnvoll, wenn ich jetzt jede einzelne Position Ihnen noch einmal vortrage, so wie es Ihnen schriftlich vorliegt. Ich schlage vor, damit einverstanden zu sein, daß ich für die Beantwortung Ihrer Fragen über diese schriftlichen Unterlagen hinaus zur Verfügung stehe.

Ich möchte zur Abrundung noch ein Wort sagen zu der Ihnen im Wortlaut vorliegenden Beschlußvorlage über die Verteilung des Härtefonds. Sie wissen, daß die Bundespartei aus den öffentlichen Mitteln für die Wahlkampfkostenerstattung für diese Legislaturperiode, d. h. für die Zeit vom 1. Oktober 1965 bis zum 30. September 1969, den Landesverbänden nach einem Beschluß der Landesvorsitzendenkonferenz zunächst einen Anteil von 12,4 Mio. DM zur Verfügung gestellt hat. Es ist dann zwischen den Landesvorsitzenden und der Bundespartei vereinbart worden, diesen Anteil auf 12 Mio. DM zu senken und die 400.000 DM in einen Härtefonds zu übernehmen, zu dem außerdem die Bundespartei aus ihrem Anteil weitere 400.000 DM zahlt. Über diese 800.000 DM pro Legislaturperiode ist zu entscheiden.

Wir schlagen Ihnen vor, im Einvernehmen mit den damaligen Richtlinien der Landesvorsitzendenkonferenz<sup>5</sup> an diesem Härtefonds die drei Landesverbände zu beteiligen, die auf Landesebene keinerlei Wahlkampfkostenerstattung erhalten. Das sind die

---

4 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966, vgl. Nr. 16 Anm. 81. – NPD, Europäische Föderalistische Partei und Bayerische Staatspartei hatten einen Verfassungsrechtsstreit über die Frage angestrengt, ob der Deutsche Bundestag und der Bundesrat gegen Art. 21 Absatz 1 des GG verstoßen haben (mündliche Verhandlung vom 16. und 17. Juli 1968, Beschluß des Zweiten Senats des BVerfG vom 3. Dezember 1968 – 2 BvG 1, 3, 5/67).

5 Die von den Landesvorsitzenden am 27. September 1967 eingesetzte Kommission einigte sich am 9. Oktober auf eine Aufteilung des Fonds von 800.000 DM, die zur Hälfte von der Bundespartei und zur Hälfte von den Landesverbänden aufgebracht werden sollten. Am 4. Dezember bestätigte die Landesvorsitzendenkonferenz diese Regelung (ACDP 07–001–025/1).

hier in dem Beschlußantrag aufgeführten Verbände Hamburg, Bremen und Hessen, und die 800.000 DM in gleichem Maße nach dem gleichen Schlüssel zu verteilen; wie im übrigen die Mittel auf die Landesverbände verteilt werden. Wir glauben, daß dies die einzig halbwegs gerechte Form der Verteilung ist. Es wird unmöglich sein, nun im einzelnen die Bedürfnisse in den drei hier genannten Landesverbänden gegeneinander abzuwägen und danach die einzelnen Zuschußsummen zu bestimmen.

*Heck:* Herr Scheufelen!

*Scheufelen:* Früher war es so, daß die Mittel für die Bundespartei aus der Staatsbürgerlichen Vereinigung<sup>6</sup> kamen. Es waren Firmen, die mit einer bestimmten Größe dazugehörten. Die Landesparteien bekamen, soweit Fördergesellschaften da sind, Gelder von den kleineren Firmen. Hat sich daran etwas geändert? (*Schmücker:* Nein, ich muß nur für die Ausweispflicht eine Garantie haben.) Bisher war es so, daß, wenn im Lande ein paar größere Firmen sind, diese an die Staatsbürgerliche Vereinigung zahlten. Das hat die FDP genauso gemacht. Das beeinträchtigt aber nicht die Bundespartei, weil die Zahlungen an die Staatsbürgerliche Vereinigung weiterlaufen. Soll es nun dabei bleiben, daß die Finanzierung der Bundespartei a) aus Mitteln der Staatsbürgerlichen Vereinigung, b) aus Mitgliedsbeiträgen und c) aus den Wahlkampfmitteln erfolgt?

*Schmücker:* Herr Scheufelen! Die Staatsbürgerliche Vereinigung wird in den nächsten Wochen eine Zusammenkunft haben. Ich werde hingehen. Dann werden wir wissen, ob die alte Liste bestehenbleibt. In der alten Liste fehlen allerdings einige sehr gewichtige Namen. Ich bin bereit, mich mit dem Landesverband, in dem große Unternehmen sitzen, zu verständigen, wie wir auch an diese Firmen herankommen. Es sind etliche Unternehmen da, die nicht drin sind. Wenn sie im Landesverband zurechtkommen, soll es auch mir recht sein. Irgendwie müssen wir diese Lücke schließen.

*Scheufelen:* Innerhalb der Fördergesellschaften gibt es einen Teil, der nach Köln geht und einen Teil, der im Lande bleibt. Bleibt das so? (*Schmücker:* Das soll so bleiben.) Wir haben z. B. bei mir im Lande eine Liste von Firmen. Wir können diese nicht so hart herannehmen wie die anderen, die nichts tun. Ich denke an Bosch und Daimler, die an die Staatsbürgerliche Vereinigung zahlen. (*Kohl:* Und an die CSU!)

*Schmücker:* Wir haben vereinbart, daß wir die Landesschatzmeister zusammenholen, sobald ich mit der Vollversammlung der Staatsbürgerlichen Vereinigung gesprochen habe.

*Heck:* Herr Kohl!

*Kohl:* Ich würde zunächst darum bitten, die Sitzung der Landesschatzmeister gleichzeitig mit den Landesvorsitzenden durchzuführen. Das halte ich für sehr wichtig. Der Appell unseres Freundes Schmücker, daß sich alle an eine gewisse Ordnung halten, ist sehr allgemein; denn er hat keine Machtmittel, um sich durchzusetzen. In der Praxis sieht es leider ganz anders aus.

<sup>6</sup> Die „Staatsbürgerliche Vereinigung Köln/Bonn e. V.“ wurde 1954 gegründet und 1990 aufgelöst. Am 26. Juni 1990 traten die letzten drei Mitglieder aus der „SV“ aus. Am 24. Juli 1990, einen Tag vor Beginn des Düsseldorfer Parteispendenprozesses, wurde sie im Koblenzer Vereinsregister gelöscht, vgl. dpa vom 25. Juli 1990.

Dann gibt es den Unsicherheitsfaktor der CSU. Die CSU ist überhaupt nicht bereit, sich beim Sammeln auf das Gebiet des Freistaates Bayern zu beschränken, sondern ich merke auf allen möglichen Gebieten die Spuren dieser Sammler. Das sind recht beachtliche Beträge, die da z. T. abgehen. Deshalb müßte man auch zu einer solchen Besprechung den Generalsekretär der CSU<sup>7</sup> einladen. Man wird zwar das Verfahren nicht abstellen können, aber es sollte sich wenigstens in einem vernünftigen Rahmen halten; denn hier liegen evidente Schwierigkeiten.

Wenn man irgendwo hinkommt, dann heißt es: Es war schon der Vertreter der CSU da. – Auch die Kabinettsmitglieder der CSU sind da sehr aktiv und holen eine ganze Menge Geld, auch in anderen Bereichen. Wenn man sehr viel Industrie in seinem Lande hat, kann man das noch ertragen. Aber uns in Rheinland-Pfalz trifft das sehr hart. Ich will jetzt keine Namen nennen, aber es gibt dann noch einmal die Sonderform des Sammelns, daß besonders prominente CDU-Leute auch quer durch die ganze Bundesrepublik für den eigenen Wahlkreis sammeln. Das ist also genau das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Schmücker, angesprochen haben.

Es gehört schon ein bißchen Solidarität bei der ganzen Geschichte dazu, daß man hier wenigstens die Kirche im Dorf läßt. Ich bin gerne bereit, bei der Landesvorsitzendenbesprechung aus meiner Sicht Details beizusteuern. Ich habe schon Verständnis dafür, daß der eine oder andere bei einem Firmenbesuch bei der Gelegenheit auch noch etwas für seinen Wahlkreis holt, aber wenn das zur Regel wird, muß ich Ihnen sagen, dann können diejenigen, die örtlich die Katze durch den Bach schleppen müssen, den Laden zumachen.

In diesem Zusammenhang muß auch offen angesprochen werden, Herr Scheufelen, die Sammelaktion des Wirtschaftsbeirats, die nicht direkt der CDU zukommt. Wenn wir, wie wir jetzt in Rheinland-Pfalz, eine Landesgruppe des Wirtschaftsbeirats bilden, dann kann das nicht automatisch bedeuten, daß sozusagen neben der CDU der Wirtschaftsbeirat das Geld abholt. Der Wirtschaftsbeirat ist immer noch nicht in der CDU, und zwar entgegen der gefaßten Beschlüsse<sup>8</sup>, integriert. Das ist eine Vereinigung, die juristisch neben der CDU herläuft.

Ich kann nicht zu einem Unternehmer gehen und um Geld betteln, wenn ein paar Tage vorher der Repräsentant des Wirtschaftsbeirats schon dort gewesen ist; übrigens auch meist hochgestellte Persönlichkeiten – protokollarisch gesehen – der CSU. Man weiß auch gar nichts von solchen Aktionen und kommt sich dann recht blamiert vor als Parteivorsitzender, wenn vorher in dem Unternehmen zunächst ein Mann der CSU war, dann einer vom Wirtschaftsbeirat, und zum Schluß kommt dann die eigentlich zuständige Partei, die zuerst hätte kommen müssen. (*Kiesinger*: Herr Kohl, so langsam sind Sie doch üblicherweise nicht. – *Heiterkeit*.) Herr Bundeskanzler, bei den Geldsachen muß man noch eine ganze Menge hinzulernen, dafür bin ich zu wenig in Bonn, um das schon begriffen zu haben. (*Unruhe und Bewegung*.)

---

7 Max Streibl.

8 Vgl. Nr. 14 Anm. 77.



Deshalb bin ich dafür, daß die Landesvorsitzenden dabei sind. Das muß also offen besprochen werden.

Herr Kollege Schmücker! Ich würde darum bitten – das hat nichts direkt mit dem Etat zu tun, aber sehr wohl indirekt –, daß dieser Härteausgleich erfolgt. Wir müssen den Freunden, die Sie angesprochen haben, in den Landesverbänden, denen es z. T. ganz dreckig geht, helfen. Ich bin dafür, daß wir einen Beschluß, der schon vor Jahren unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer gefaßt worden ist<sup>9</sup>, verwirklichen, daß wir nämlich einmal zu hören bekommen, welche Beiträge die einzelnen Landesverbände einnehmen.

Wir werden jetzt beim Thema Aktionsprogramm über die Stimmberechtigung zu sprechen haben. Ist ein Mitglied für die CDU stimmberechtigt, das im Monat 0,25 DM Beitrag zahlt? Das gibt es noch in einer Reihe von Bereichen der CDU in der Bundesrepublik. Ist ein solches Mitglied genauso stimmberechtigt wie ein Mitglied, das den in Hannover beschlossenen Beitrag bezahlt? Hier ist ein rechtliches Problem aufgeworfen, das man sehen muß. Ich würde darum bitten, daß wir darüber eine Übersicht bekommen. Das braucht aber nicht heute zu sein.

*Schmücker:* Ich halte es auch für richtig, daß die Landesvorsitzenden dazugebeten werden. Ich werde sie vorher anschreiben. Wir müssen dann eine ganztägige Sitzung abhalten; aber erst dann, wenn ich mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung klageworden bin. (*Kohl:* Nach der Sommerpause.) Im September!

*Kiesinger:* Gibt es sonst noch Wortmeldungen zum Problem der Einnahmen? – Das ist nicht der Fall. Die Einnahmen sind damit abgeschlossen. – Herr Scheufelen.

*Scheufelen:* Auf der Seite 3 steht ein schöner Betrag unserer Ausgaben. Ich bitte Sie, einmal zu prüfen, ob es sinnvoll ist, diese Publikationen, die mit einem Betrag von 1,6 Mio. DM hier stehen, weiter so zu belassen, oder ob man nicht das eine oder andere hier reduzieren kann. Ich spreche das „Deutsche Monatsblatt“<sup>10</sup> an. Es ist zwar sehr schwierig, ein Monatsblatt zu machen; denn alles Aktuelle der Politik steht in der Tageszeitung. Man könnte es noch einigermaßen als Wochenzeitung machen, aber eine Monatszeitung, auch wenn sie die besten Redakteure hätte, ist praktisch beinahe unmöglich; denn es steht nichts Aktuelles drin.

*Kiesinger:* Herr Kraske.

*Kraske:* Ich kann nicht leugnen, daß das „Deutsche Monatsblatt“ für den, der eine unmittelbare Mitverantwortung trägt, das unbefriedigendste Objekt unserer publizistischen Arbeit ist, was es gibt. Es handelt sich um die Probleme einer Monatszeitschrift. Herr Scheufelen hat schon ausgesagt, daß das allein ein fast unlösbares Problem ist.

Zweitens sind die Informationsbedürfnisse unserer Mitglieder im Kreisverband Saalgau völlig anders als die bei der Jungen Union im Kreisverband Köln oder in Hamburg. Das Interessengefälle, das Bildungsgefälle und das Informationsgefälle in der

<sup>9</sup> Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 539–541.

<sup>10</sup> Das „Deutsche Monatsblatt“ erschien seit 1954 und wurde nach 1989 unter dem Titel „Union. Das Magazin der CDU Deutschlands“ fortgeführt. Eine rheinische Ausgabe erschien bis 1966, eine westfälische bis 1968.

Mitgliedschaft der CDU sind so groß, daß es schlechterdings unmöglich ist, eine Publikation zu machen, die 300.000 Mitglieder in gleicher Weise erfreut. Wir haben deswegen in den letzten Monaten eine Untersuchung angestellt über die Informationsbedürfnisse der CDU-Mitglieder, deren Ergebnisse in den nächsten Wochen vorliegen werden. Anhand dieser Untersuchungsergebnisse wollen wir im Blick auf die Bundestagswahl darangehen, die einzelnen Publikationen der Bundespartei neu zu überdenken.

Ein ganz entgegengesetztes Beispiel zum „Monatsblatt“ ist „Union in Deutschland“<sup>11</sup>, wozu wir in den letzten Monaten eine ganze Reihe von sehr positiven Äußerungen bekommen haben. Aber hier handelt es sich um eine Wochenpublikation an einen ganz engen Kreis von 10.000 Mitarbeitern in der Partei, die im großen und ganzen gleiche Aufgaben in der Partei haben. Sie haben deswegen auch sehr ähnliche Interessen und können in ähnlicher Weise angesprochen werden. Wir haben seit vielen Jahren überlegt, das „Monatsblatt“ in eine Wochenzeitung umzustellen. Das ist in den Kosten eine so viel höhere Belastung, daß wir in absehbarer Zeit – ich würde sagen, mindestens bis 1969 – dieses Risiko gar nicht auf uns nehmen können.

Ein letztes Wort noch zu der hier angegebenen Ziffer! Der Beiratsvorsitzende unserer Verlags-GmbH wird mir zustimmen, daß diese Ziffer nicht ganz echt ist, weil die Verlags-GmbH aus internen Abrechnungsgründen sämtliche Sachkosten für Aufwand in der Redaktion nicht gleichmäßig auf alle Publikationen verteilt, sondern allein auf das „Monatsblatt“ legt. Dadurch wird in dieser Ziffer nicht deutlich, daß das „Monatsblatt“ kostenmäßig zu einem wesentlichen Teil tatsächlich durch das Anzeigenaufkommen getragen wird, so daß wir, wenn wir dieses „Monatsblatt“ von heute auf morgen einstellen wollten, nicht den hier angegebenen Betrag einsparten, sondern die ganzen Sach- und Personalkosten, die mit dem „Monatsblatt“ durch den Verlag gedeckt werden, plötzlich neu zahlen müßten, so daß also die Kostenrechnung allein nicht hilft.

Ich schlage deshalb vor, das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten. Darüber kann ich dann auf der nächsten Bundesvorstandssitzung berichten. Wir können eine endgültige Entscheidung wenigstens bis zur Bundestagswahl 1969 treffen. Ich habe mit dem Generalsekretär in den letzten drei Monaten bereits mehrere Gespräche über dieses Thema geführt. Wir sind dabei davon ausgegangen, diese Untersuchungen abzuwarten und für den Herbst gegebenenfalls eine neue Ordnung vorzubereiten.

*Kiesinger:* Herr Heck!

*Heck:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat so, daß mit dem „Monatsblatt“ eine fast unlösbare Aufgabe gestellt ist. Ich will dem Ergebnis dieser Untersuchung nicht vorgreifen, aber ich kenne die Partei ein bißchen. Man wird davon ausgehen müssen, daß wir einen beträchtlichen Teil an Mitgliedern haben, die die Partei dadurch fördern wollen, daß sie Mitglied sind. Der kleinere Teil ist aktiv politisch engagiert und interessiert. Die politischen Informationsbedürfnisse der passiven

---

<sup>11</sup> Die „Union in Deutschland. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands“ ging 1949 aus dem 1948 gegründeten Deutschland-Union Dienst (Erscheinen 1998 eingestellt) hervor und erschien wöchentlich. Vgl. LEXIKON S. 449f., 669f.

Parteimitglieder werden heute über Rundfunk, Fernsehen und Presse sehr weitgehend befriedigt. Die Kritik über das „Monatsblatt“ kommt aus dem aktiven Teil der Mitglieder. Wir haben überlegt, ob wir nicht dazu übergehen sollten, den „UuD“ breiter als bisher zu streuen, um ein weiteres Bedürfnis zu befriedigen, was bislang unbefriedigt bleibt. Ein engerer Führungskreis der Partei – es wird sich um 1.000 Personen handeln – erwartet, daß er von uns informationsmäßig ein bißchen mehr erfährt als das, was er in der Zeitung liest und was die Tagesschau bringt. In vier Wochen wird das Ergebnis der Untersuchung vorliegen. Ich schlage vor, das Ergebnis abzuwarten. Wir können dann in der nächsten Sitzung des Bundesvorstands darüber berichten.

*Kiesinger:* Herr Amrehn!

*Amrehn:* Wie auch immer die Untersuchung ausgehen wird, so meine ich, daß die Partei nicht darauf verzichten kann, einen Verbindungsdraht zu jedem Mitglied aufrechtzuerhalten. Das berührt die Frage, wie dieses „Monatsblatt“ auszugestalten ist; ob es nicht mehr ausgestattet werden sollte mit politischen Kommentaren und Vorausschauen, statt mit Informationen aus der Vergangenheit. Die Gestaltung hat zunächst nichts damit zu tun, daß die Notwendigkeit besteht, zu den 90% – von denen die Rede war, daß sie nicht laufend an der Arbeit teilnehmen – einen Verbindungsdraht zu haben. Ich begrüße es, daß wir auf diese Weise unseren Mitgliedern wenigstens jeden Monat etwas dafür zeigen können, daß sie Beitrag bezahlen, was bei uns eine Menge Geld ist; denn bei uns gibt es im Durchschnitt keinen Beitrag unter 3,00 DM, Herr Kohl.

Wir versuchen sogar in unserem Landesverband dazu noch, monatliche Landesverbandsnachrichten und Kommentare zu schreiben. Das ist finanziell ein ebenso schwieriges Unterfangen, wie hier das „Monatsblatt“ aufrechtzuerhalten. Aber an sich muß es bestehenbleiben. Es könnte dadurch noch mehr an Wert gewinnen, daß es mehr als bisher zum Diskussionsblatt wird. Ich weiß nicht, wer das Blatt „Christliche Politik“<sup>12</sup> in blauer Farbe und in DIN-A4-Format herausgibt? Das ist sehr demagogisch und kritisch gegen die CDU manchmal eingestellt. Da schreiben z. B. katholische Geistliche drin, Bensberg-Befürworter<sup>13</sup> usw. Diesen Charakter hat das Blatt. Ich bekomme es auch so einmal in zwei Monaten. Ich schätze das Blatt vom Inhalt her überhaupt nicht, aber es ist immerhin lesenswert, weil es zur Diskussion herausfordert. Wenn nun das Blatt für unsere Mitglieder, das wir herausgeben, so gestaltet werden könnte, dann hätte es auch mehr Anziehungskraft. Verzichtet werden kann darauf nicht, weil wir damit die letzte äußere Brücke des Mitgliedes zur Partei abbrechen. Und das darf nicht sein!

*Kiesinger:* Herr Kraske!

---

12 Vermutlich „Kommentar zur Politik/Arbeitsgemeinschaft für Christliche Politik“ (Bonn 1965–1968).

13 Dem Bensberger Kreis, der erstmals im Mai 1966 zusammengetreten war, gehörten Vertreter aus verschiedenen Gruppen des öffentlichen Lebens, darunter Pfarrer, Hochschullehrer, Publizisten, an. Mitglieder waren u. a. Eugen Kogon und Walter Dirks. Aufsehen erregte – noch vor ihrem Erscheinen – die Denkschrift des Kreises zur Aussöhnung mit Polen, die am 2. März 1968 unter dem Titel „Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den deutsch-polnischen Fragen“ veröffentlicht wurde.

*Kraske:* Darf ich noch ein Wort zu den Schwierigkeiten sagen! Herr Amrehn, es wäre sehr problematisch, wenn die CDU-Mitglieder überhaupt nichts mehr von ihrer Partei in die Hand bekämen. Eines der Hauptprobleme, Herr Amrehn, für dieses „Deutsche Monatsblatt“ ist doch, daß es gerade das offizielle Organ der Bundespartei ist. Ein offizielles Organ der Partei kann sich nicht allzu viele besonders aufregende, interessante und amüsante Diskussionen leisten. (*Zuruf:* Lassen Sie das „offizielle“ weg!) Ich darf ein Beispiel nennen. Wir haben eine Diskussion im „Monatsblatt“ über das Thema „Mitbestimmung“ gemacht mit Stellungnahmen des Wirtschaftsrats, der Sozialausschüsse und anderer Gruppen in der Partei, wo jede Stellungnahme neben die andere gestellt wurde in einer objektiven Darstellung.<sup>14</sup> Aber schon dieses ist teilweise sehr kritisch aufgenommen worden. Ähnlich ist es mit allen größeren und breiteren Diskussionen. Ein offizielles Organ hat eben einfach weniger Freiheit. Das führt manchmal dazu, daß muß man ganz nüchtern sehen, daß es langweilig wird. (*Kohl:* Und nicht gelesen wird! – *Klepsch:* Was ist „Rhein-Inform“?) „Rhein-Inform“ ist ein interner Informationsdienst, der insbesondere in katholische Pfarrhäuser geht, der von uns subventioniert wird.<sup>15</sup> (*Kohl:* Subventionieren wir auch das Blatt, das Herr Amrehn eben angesprochen hat?) Nein!

*Kiesinger:* Herr Scheufelen!

*Scheufelen:* Ich muß wiederholen, man kann 1. eine Monatszeitung nicht aktuell gestalten, 2. kann man als Parteiorgan der CDU das, was eigentlich interessant ist, gar nicht schreiben.

Es ist ein unlösbares Problem. Machen wir es monatlich als Parteiorgan, dann ist es stinklangweilig, und unsere Mitglieder ärgern sich nur darüber, daß sie es kriegen. Ich würde also das „Monatsblatt“ ersatzlos streichen und für die interessierten Leute „Union in Deutschland“ ausbauen.

Ich sehe keine Lösung dafür, ein parteioffizielles Organ monatlich so herauszubringen, daß irgend jemand sagt, es lohnt sich, das Ding zu lesen. (*Kohl:* Es muß doch nicht unbedingt zusammenhanglos sein. Es besteht doch die Möglichkeit, daß man etwas mehr Freiheit gibt! – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

*Heck:* Das Problem liegt tatsächlich in dem, was Herr Kraske sagte, nämlich eine so breite Skala zu machen, daß alle Mitglieder angesprochen werden, ist nicht möglich. Am Schluß wird die Frage auftauchen: Wir haben soundso viel Geld insgesamt zur Verfügung; nun sollte man das und jenes machen usw. – Man wird sich dann für eine Priorität entscheiden müssen. Ich meine, man sollte deswegen das Ergebnis der Untersuchung abwarten, weil wir bisher nur die Kritik des aktiven Teiles der Mitglieder bekommen haben. Vielleicht stellt sich heraus, daß bei den übrigen das „Monatsblatt“ ein gewisses Echo hat. Mir scheint es wichtiger zu sein, den aktiven Teil so gut und so breit wie nur möglich zu informieren, als eine allgemeine Verbindung zu halten.

<sup>14</sup> Vgl. Jg. 14, Heft 8, September 1967 S. 14.

<sup>15</sup> Wurde neben der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ und dem „Christlich-Demokratischen Pressedienst“ von der CDU-Bundesgeschäftsstelle vertrieben.

*Kiesinger:* Wenn ich auch einmal etwas dazu sagen darf, so habe ich immer die Beobachtung gemacht, daß viele unserer Leute – keineswegs nur die, die Ämter haben – das Bedürfnis haben, die Kontinuität unserer Politik zu verfolgen. In einer schwierigen Koalition ist das durchaus wichtig. Es ist in der Tat so, das „Monatsblatt“ kann nur schwer in einem bestimmten Sinne interessant gemacht werden. Es ist eine Kunst, die Kontinuität unserer Politik darzustellen; aber das hilft sehr vielen Leuten.

Die Unterrichtung durch die heutige Tagespresse geschieht leider bei uns in Deutschland in kaum einer Zeitung so, wie es z. B. die „Neue Zürcher Zeitung“ tut. Ein Leser der „Neuen Zürcher Zeitung“ kann in etwa verfolgen, was sich auf der Welt tut. Sie ist zwar in einer bestimmten Weise gefärbt als eine liberal-konservative Zeitung, aber immerhin! Was Fernsehen und Rundfunk bringen, ist morgen schon wieder vergessen.

Ich erinnere mich sehr stark an folgendes. Mein Vater war nicht sehr stark am Tagesgeschehen interessiert, aber er hatte das Bedürfnis, einmal in der Woche zu erfahren, was sich in der Welt getan hatte. Er war ein ganz entschiedener evangelischer Mann gewesen, aber er las aus diesem Grunde das „Katholische Sonntagsblatt“ in Württemberg. Da gab es einen Mann, der jede Woche einen Leitartikel schrieb, in dem drinstand, was sich getan hatte, gut und schön zusammengefaßt. Er sagte: Ich habe das bei keiner anderen Zeitung. Das ist die einzige Zeitung, die mir das gibt. Wenn ich mich am Sonntag hinsetze und das lese, dann weiß ich etwas.

Das „Monatsblatt“ erfordert, wie ich schon sagte, eine ganz intensive Leitung und hervorragende Beiträge. Das würde uns viel helfen. Denken Sie nur an die Außenpolitik, wo die Leute durch die dauernden Nachrichten mal so und mal so beinahe verwirrt werden. Es wäre gut, wenn man ihnen jeden Monat sagen könnte, wie die Sache weitergegangen ist, und wenn man auch gleichzeitig prognostizieren könnte, hielt ich das für eine gute Sache. Aber eine solche Zeitung zu machen – ich kann es nur einmal wiederholen – das erfordert eine große Fähigkeit. Sie könnte so nicht nur zur Unterrichtung der Mitglieder dienen, sondern auch eine bedeutende politische Kraft werden. Es ist die Frage, ob wir das leisten können. Wenn wir das nicht leisten können – wir müssen auch das, was Herr Kraske mit den Einnahmen usw. gesagt hat, überlegen –, dann wäre ich auch der Meinung von Herrn Scheufelen, lieber ein aktuelles Organ weiter auszubauen. (*Hahn:* Wir bekommen die „Presseschau“.<sup>16</sup> Sie ist hier angegeben mit 5.200 DM im Jahr. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Summe stimmt.)

*Kraske:* Das ist eine sehr kleine Streuung. Das bekommen nur die Vorstandsmitglieder und die Landesvorsitzenden.

*Kiesinger:* Herr Gradl!

*Gradl:* Ich möchte im Unterschied zu anderen sagen, ich begrüße diese „Presseschau“ und halte sie für sehr gut. (*Starke Unruhe.*) Sie ist so gemacht, daß man sie tatsächlich lesen kann. Sie ist interessant ausgewertet. Ich bedauere es deshalb, daß sie nur so klein gestreut ist. Man sollte sie etwas weiter streuen.

---

<sup>16</sup> „Die Presseschau“, 1952–1972 herausgegeben vom Union-Verlag (Erscheinen eingestellt).

*Kiesinger:* Herr Kohl!

*Kohl:* Hinsichtlich des „Monatsblatts“ hat Herr Amrehn in einem Punkt recht. Die Partei bietet örtlich den Mitgliedern in der Regel recht wenig. Das fängt schon an beim örtlichen Mitglied in seinem Verhältnis zur Kommunalpolitik, wo noch ein gewisses Interesse besteht, aber dennoch wird hier recht wenig geboten. Wenn man das von einer zentralen Stelle der Bundespartei fertigbrächte, dann wäre das immerhin eine Sache. Ich bin aber mit dem Herrn Scheufelen der Meinung, wenn das „Monatsblatt“ so bleibt wie bisher, dann können wir das Geld dafür wirklich sparen. Das muß man doch objektiv zugeben. Ich habe den Eindruck – lassen Sie mich einmal etwas salopp formulieren –, als ob das „Monatsblatt“ in den meisten Familien unserer Mitglieder etwa so einrangiert wird, wie ein guter Katholik sein Bistumsblatt hält. Das hält er in Loyalität zu seiner Diözese, aber er liest es genauso wenig. Auf dieser psychologischen Ebene ist heute das „Monatsblatt“ angekommen. Insofern ist das, was Herr Scheufelen sagt, völlig richtig.

Herr Kraske, warum sollten wir denn nicht ein bißchen die Leine lassen – die Sozialdemokraten haben das ja auch fertiggebracht – bei dem „Monatsblatt“ und es mit etwas mehr „Pfiff“ machen? In der CDU wird es ja auch diskutiert. Wenn sich jetzt die Sozialausschüsse und der Wirtschaftsrat in den Tageszeitungen die Köpfe zerschlagen, dann wäre es doch besser, wenn diese Diskussion im „Monatsblatt“ stattfände. Ich bin sehr dafür, daß sich das auf einem parteioffiziösen Forum abspielt. Lassen wir doch einmal ein Experiment machen! Wir stehen ohnedies in dem Ruf, daß wir so langweilig sind, daß man darüber einschläft. Warum soll man hier nicht einmal ein Experiment versuchen! Man kann es dann ja immer noch ändern.

*Kraske:* Herr Kohl, es würde mich erstens interessieren, welcher sozialdemokratischen Publikation Sie „Pfiff“ attestieren? (*Kohl:* Mehr „Pfiff“ habe ich gesagt!) Ich denke nicht, daß Sie damit den „Vorwärts“<sup>17</sup> meinen. Welche ist das? (*Kohl:* Es ist keine Frage, um das ganz konkret zu sagen, daß der „Vorwärts“ mehr „Pfiff“ hat als das „Monatsblatt“!) Herr Kohl, der hier entscheidende Unterschied zwischen dem „Vorwärts“ und dem „Monatsblatt“ ist der, daß der „Vorwärts“ eine Wochenzeitung ist. (*Kohl:* Herr Kraske, Sie dürfen unterstellen, daß ich das weiß. Ich halte meine Behauptung aufrecht!) Es war meine Meinung, wenn er überhaupt mehr „Pfiff“ hat – was ich dann doch bestreiten würde –, daß es daher kommt, weil er aktuell sein kann und deswegen interessanter, aber mich und vor allem unsere Journalisten brauchen Sie zum „Pfiff“ sicherlich nicht zu ermuntern, je mehr, desto lieber! Aber, Herr Kohl, es gibt immer bei solchen Besprechungen gute Ermahnungen, wenn dann aber einmal daneben gepfiffen wird, (*Meyers:* Oder zurückgepfiffen!) dann erinnert sich kaum noch einer an eine solche Bemerkung. (*Gradl:* Siehe „Bayernkurier“<sup>18</sup>) Ich könnte Ihnen jedenfalls bei dem „langweiligen Monatsblatt“ einige Beispiele liefern. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich darf ein zweites Wort zum Herrn Minister Hahn über die „Presseschau“ sagen. Diese „Presse-

17 „Vorwärts“. Berlin 1876 ff.

18 „Bayernkurier“. Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. München 1950 ff.

schau“ soll bewußt, wie Herr Gradl gesagt hat, eine Presse-Schau sein. Sie kann also nicht einen allgemeinen Überblick über CDU-Meinungen geben. Die „Presseschau“ ist darüber hinaus entstanden für einen noch sehr viel kleineren Bonner Kreis, und zwar als Ergänzung des Presseberichtes, den das Presse- und Informationsamt jeden Morgen herausgibt, wobei, wie wir finden, bestimmte Ereignisse, die die CDU speziell interessieren, natürlich nicht immer im nötigen Umfange behandelt werden können. Diese Ergänzung war der Anfang. Wir haben dann lediglich den Bezieherkreis erweitert. Ich glaube auch, daß die Sache eher leiden würde, wenn man sie umfangmäßig größer machte.

*Kiesinger:* Herr Meyers!

*Meyers:* Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß sicherlich eine Verbindung von der Partei zum einzelnen Mitglied dasein muß. Die Frage ist aber, ob das „Monatsblatt“ diese Funktionen noch erfüllen kann? Die Beanstandungen bekommen Sie von den Aktiven, aber der Großteil der Mitglieder behandelt das genauso, wie es Herr Kohl gesagt hat. Die Frage ist, können wir nicht einmal einige Experten beauftragen, die uns sagen sollen, wie man die Funktionen des „Deutschen Monatsblattes“ mit dem „UiD“ verbinden kann? Weil der „UiD“ einfacher und kürzer ist, ist er auch kostenmäßig insofern geringer zu dotieren. Es ist eventuell möglich, daß wir da eine wöchentliche Information für unsere Mitglieder bekommen.

*Kraske:* Herr Meyers, das ist wirklich nicht zu machen. 1. Wir würden den „UiD“ sofort in seinem Charakter zerstören, wenn wir ihn zu einem Anzeigenträger machten. Deswegen kann er nicht billiger sein als das „Monatsblatt“; im Gegenteil viel teurer bei gleicher Auflage; 2. ist dieser „UiD“ gerade in der Knappheit seiner Beiträge gezielt auf Leute, die in der politischen Arbeit stehen. Ich wage wirklich vorauszusagen, daß die Mehrheit unserer Mitglieder mit dieser Darstellung nicht genug anfangen könnten. Ich glaube, daß sie den „UiD“ wiederum in dem, was er Gutes bietet, zerstören, wenn Sie die Auflage erweitern und ihn so schreiben, daß ihn jedes Mitglied richtig gebrauchen kann. Er bleibt eine Mitarbeiterzeitschrift.

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Darf ich mir die Anregung erlauben: Ich glaube, wir kommen so nicht weiter. Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir das Ergebnis dieser Untersuchung, von der die Rede war, abwarten, und daß wir uns dann das nächste Mal über das Problem unterhalten. Vielleicht sehen wir dann klarer. – Herr Meyers.

*Meyers:* Ich muß mich einmal erkundigen, was geschieht eigentlich mit dem Grundstück in der Friedrich-Ebert-Allee?<sup>19</sup> Das habe ich im Jahre 1956 mitvermittelt mit einer Klausel, daß es gelingt, in zwei oder drei Jahren zu bauen. Inzwischen sind zwölf Jahre vergangen. Die Stadt Bonn war damals schon etwas ungeduldig, weil das Grundstück in seinem Wert gestiegen ist. Die Frage ist, wollen und können wir etwas damit machen?

---

<sup>19</sup> Bürogebäude der CDU seit 15. November 1971 (eingeweiht 27. Januar 1973); das Modell des zwölfstöckigen Hochhauses wurde 1964 vorgelegt und 1968 vom Bonner Bauamt genehmigt.

*Heck:* Bisher war es nicht möglich, weil das Geld zum Bauen fehlte. Wir haben Verhandlungen geführt mit der Allianz und versucht, eine Form der Geldfinanzierung zu finden. Auch das hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Stadt hat uns mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, sie könne uns das Gelände nicht mehr länger belassen, weil im Vertrag vereinbart war, daß das Gelände zurückgegeben werden muß, wenn bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht gebaut ist.

In der Zwischenzeit ist uns unerwartet Hilfe zuteil geworden; denn ein Anrainer hat Einspruch erhoben. Solange über diesen Einspruch nicht entschieden ist, haben wir ein Moratorium. Wir werden also versuchen, nun kann Herr Kraske das sagen ... (*Sehr starke Unruhe.*)

*Kraske:* Den Anrainer zu ermuntern, bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu gehen. Damit haben wir einen genügenden Spielraum. (*Meyers:* Aber der Anrainer gibt Ihnen doch nicht das Geld, die Zentrale für die CDU zu bauen. – *Schmücker:* Wir sollten uns das nach dem Wahlkampf einmal ansehen. – *Heck:* Vor der Wahl 1969 werden wir das mit Sicherheit nicht tun können.)

*Kiesinger:* Das Haus bleibt also nach wie vor im Nebel. (*Schmücker:* Es wird nicht in die Wahlbesprechungen aufgenommen.) Zu den weiteren Positionen erfolgen keine Wortmeldungen.

*Kraske:* Darf ich noch darum bitten, Herr Bundeskanzler, daß wir über den Beschlußantrag abstimmen, weil damit eine Ermächtigung für den Schatzmeister verbunden ist, die er dringend braucht, da die Landesverbände auf diese Entscheidung warten.

*Kiesinger:* Also gut! Der Beschluß lautet: Der Bundesvorstand erklärt sich damit einverstanden, den Härtefonds in Höhe von 800.000 DM auf die Landesverbände Hamburg, Bremen und Hessen offenzuhalten. Dabei soll ein Landesschlüssel angewandt werden, nach dem diese Mittel zwischen den Landesverbandsvertretern verteilt werden. Der Bundesschatzmeister wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß so beschlossen ist.

*Heck:* Punkt 2 der Tagesordnung:

#### ENTWURF EINER VERFAHRENSORDNUNG FÜR DIE VERABSCHIEDUNG DES AKTIONSPROGRAMMS AUF DEM 16. ORDENTLICHEN PARTEITAG DER CDU IN BERLIN. WAHL EINER PROGRAMMKOMMISSION ZUR VORBEREITUNG DES ENDGÜLTIGEN ENTWURFS EINES AKTIONSPROGRAMMS

Hier ist über eine Verfahrensordnung für die Verabschiedung des Aktionsprogramms zu beschließen. Sie haben eine Unterlage bekommen: Verfahren bei der Beratung und Verabschiedung des Aktionsprogramms. I: Diskussion in den Landes- und Kreisverbänden. 1. Die Kreisverbände haben die Diskussion des allen Mitgliedern zugegangenen Entwurfs eines Aktionsprogramms in der Regel bis Ende April abgeschlossen und die Ergebnisse ihrer Beratungen den Landesverbänden zugeleitet.



Damit brauchen wir uns nicht zu befassen. Dagegen muß zur Ziffer II: Vorbereitung der endgültigen Entwurfsvorlage durch die Bundespartei, Ziffer 1, heute Beschluß gefaßt werden. Es heißt hier: 1. Der Bundesvorstand setzt auf seiner Sitzung am 21. Juni eine Programmkommission ein, die auf der Grundlage des ursprünglichen Entwurfs und der Stellungnahmen der Landesverbände einen neuen Programmentwurf zu erarbeiten hat.

Der erste Entwurf des Aktionsprogramms, der eigentlich so eine in Programmform dargebotene Materialsammlung war, ist in der Partei frei und erfreulicherweise sehr intensiv diskutiert worden. Wir erwarten im Laufe des Juli von den Landesverbänden und von den Vereinigungen die Stellungnahmen. Wir wollen dann unter Berücksichtigung dessen, was kritisch, ergänzend oder an Änderungswünschen geäußert worden ist, einen neuen Entwurf erarbeiten. Dieser Entwurf wird zwar zunächst von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet werden; er sollte aber dann, bevor er dem Präsidium und dann vom Präsidium dem Bundesvorstand vorgelegt wird, durch eine Programmkommission politisch noch gliedert und durchberaten werden.

Es ist ein schwieriges Kapitel, eine Programmkommission zusammenzusetzen. Wir waren der Meinung, wir sollten generell zu den Sitzungen der Programmkommission sämtliche Mitglieder des Präsidiums einladen und es den Präsidiumsmitgliedern überlassen, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht.

Ergänzend dazu haben wir uns überlegt, daß vor allem diejenigen, die bisher entweder durch die Leitung von Kommissionen an der Erarbeitung beteiligt waren oder die sich aus Gründen der Ausgewogenheit grundsätzlich empfehlen, beteiligt werden sollen. Wir haben eine Liste aufgestellt, die Herr Kraske und ich hier vorschlagen, die selbstverständlich zur Diskussion steht und auch ergänzt werden kann. Die Namen sind dem Alphabet nach aufgeführt: Prof. Abelein, Minister Benda, Dr. Burgbacher, Dr. Gradl, Kiep, Köppler<sup>20</sup>, Dr. Kohl, Dr. Kraske, Prof. Dr. Mikat, Rollmann<sup>21</sup>, Russe, Schmücker, Frau Dr. Schwarzhaupt, Stingl und Wörner<sup>22</sup>.

---

20 In der Vorlage: Köffler. – Heinrich Köppler (1925–1980), Jurist; 1952–1956 Bundesführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, 1954/55 Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes, 1956–1965 Generalsekretär und 1968–1970 Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, 1969–1980 Vorsitzender der CDU Rheinland, 1965–1970 MdB, 1970–1980 MdL Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen. Vgl. LEXIKON S. 301.

21 Dietrich-Wilhelm Rollmann (geb. 1932), Jurist; 1953 Mitgründer und Vorsitzender des RCDS in Hamburg, 1956–1963 Vorsitzender der JU, 1956–1976 Mitglied des Vorstands der CDU Hamburg, 1957–1960 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1957–1977 Vorsitzender des KV Hamburg-Mitte, 1960–1976 MdB, 1968–1974 Vorsitzender der CDU Hamburg.

22 Dr. Manfred Wörner (1934–1994), Jurist; 1956 CDU, 1965–1988 MdB, 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung, 1988–1994 Generalsekretär der NATO. Vgl. KEMPF/MERZ S. 762–766.

*Klepsch:* Ich möchte noch Herrn Dr. Eyrich<sup>23</sup> vorschlagen, weil er der Vorsitzende des Aktionsprogramms der Jungen Union ist, der alle unsere Anträge koordinieren wird.

*Kiesinger:* Haben wir nicht unter den Studenten, die zu uns gehören, einen soliden und guten jungen Mann, den wir hineinbekommen können? (*Zuruf:* Schönbohm!<sup>24</sup> Renscheid!<sup>25</sup>) Ich würde vorschlagen, daß wir den dazunehmen.

*Meyers:* Ich würde vorschlagen, den Adolf Hauser<sup>26</sup> dazuzunehmen. Das ist sicher praktisch. Er hat die gesamten Zusammensetzungen im Rheinland gemacht. Er hat auch Zeit. Ich würde sagen, wir setzen ihn eventuell für Herrn Mikat ein, aber nicht deshalb, weil ich gegen Herrn Mikat bin, sondern weil dieser auch als Präsident der Görres-Gesellschaft jetzt zeitlich überlastet ist. Dann haben Sie jemand, der die ganzen Anträge aller Kreisverbände gesichtet und zusammengefaßt hat. (*Gerstenmaier:* Ich möchte Thomas Ruf<sup>27</sup> vorschlagen.)

*Stoltenberg:* Ich möchte nicht vorgreifen, Herr Kollege Heck. So gut alle Vorschläge sind, die wir hören, so besteht doch die Gefahr, daß die Kommission zu groß wird. Wenn wir dann mit 20 oder 25 Leuten dort sitzen, ist das zuviel.

*Heck:* Herr Kraske, Herrn Stoltenberg haben Sie vergessen!

*Kraske:* Ich bitte um Entschuldigung. Wegen des Bildungsbereichs sollten Sie dabei sein. Ich bitte also um Entschuldigung, das ist in meinem Büro heute passiert.

*Heck:* Wenn Sie den Umfang nehmen, bleibt der Kreis arbeitsfähig. Ich habe keine Bedenken. Wir haben sowieso die Erfahrung gemacht, daß die Besetzung nicht immer voll ist. Ich lese nochmals vor, jetzt aber nicht mehr nach dem Alphabet: Abelein, Benda, Burgbacher, Gradl, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, Mikat, Rollmann, Russe, Schmücker, Schwarzhaupt, Stingl, Wörner, Stoltenberg, Eyrich, Renscheid, Schönbohm, Hauser, Ruf. (*Zuruf:* Niermann!) Niermann noch dazu! (*Unruhe.*) Für die Außenpolitik haben wir eigentlich nur Herrn Gradl. Sollen wir hier noch einen nehmen? (*Zuruf:* Wrangel!)

*Gradl:* Wir bereiten eine außenpolitische Kommission sowieso vor. Herr Benda und andere haben sich verständigt, ein außenpolitisches Programm zu erarbeiten.

---

23 Dr. Heinz Eyrich (geb. 1929), Jurist; 1955 CDU, 1965–1969 Landesvorsitzender der JU, 1969–1978 MdB, 1978–1991 Justizminister in Baden-Württemberg und 1983/84 auch Innenminister (ab 1987 Minister für Justiz, Europa- und Bundesangelegenheiten), 1980–1992 MdL Baden-Württemberg.

24 In der Vorlage: Schönborn. – Wulf Schönbohm (geb. 1941), Politologe; 1967/68 Bundesvorsitzender des RCDS, 1971/72 Vorsitzender der JU Rheinland, 1983–1990 Hauptabteilungsleiter für Grundsatzfragen und Planung in der Bundesgeschäftsstelle.

25 Nicht zu ermitteln.

26 Wahrscheinlich Alo Hauser, Bonn. Vgl. Nr. 13 Anm. 15.

27 Thomas Ruf (1911–1996), Diplom-Volkswirt; 1945 Mitgründer und bis 1956 Kreisvorsitzender der CDU Esslingen, 1953–1972 MdB, bis 1994 Vorsitzender der Kommission Sozialpolitik des Wirtschaftsrats der CDU e. V. Memoiren in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen Bd. 9. Boppard 1991.

*Heck:* Ich habe in der Zeitung gelesen, daß die norddeutschen Verbände getagt und Beschlüsse gefaßt haben. Es wäre schön, wenn wir das anders erführen.<sup>28</sup>

*Kiesinger:* Das ist in der Tat ein etwas merkwürdiger Vorgang gewesen.

*Heck:* Können wir es dabei belassen? (*Stoltenberg:* Ich darf darum bitten, Herr Kollege Heck, daß die Termine möglichst schnell festgelegt werden, damit wir rechtzeitig disponieren können.) Die Mitglieder müssen den Monat September über arbeiten. Das ist der „Vorzug“, der damit verknüpft ist.

*Kraske:* Diese Mitglieder müssen zwischen dem 20. August und dem 10. September arbeiten. Ich darf hinzufügen, daß dieser Vorstand in der Zeit zwischen dem 15. und dem 30. September arbeiten muß, wenn er sich dieses Programm wirklich zu eigen machen will. (*Kiesinger:* Wann muß er arbeiten?) Zwischen dem 15. und dem 30. September. Dann werden wir nicht mit einer solchen Sitzung von 10.30 Uhr bis zum Nachmittag durchkommen, sondern ich bitte darum, daß wir uns schon heute auf eine zweitägige Sitzung verständigen. (*Zuruf:* Die nächste Sitzung ist schon für den 20. und 21. September festgelegt.)

*Heck:* Die Kommission muß in der Tat vom 20. August bis 10. September arbeiten. An sich muß sich das Präsidium mindestens einen Tag lang damit befassen. Dann haben wir zwei Tage für den Bundesvorstand. Dann können wir es also so belassen.

Für den Parteitag selber haben wir vor, daß der vom Bundesvorstand verabschiedete endgültige Entwurf des Aktionsprogramms am 1. Oktober den Delegierten des Parteitags vorliegen soll sowie den Mitgliedern des Bundesausschusses, der Bundesvereinigungen und den Landes- und Kreisverbänden. Die Verbände haben dann noch einmal zwischen dem 1. Oktober und 1. November – also einen Monat lang – die Möglichkeit, den neuen Entwurf zu prüfen und zu beraten. Sie können vor dem Parteitag offiziell zu dem neuen Entwurf Änderungs- oder Ergänzungsanträge stellen, die dem Parteitag als Drucksache vorgelegt werden, über die dann der Parteitag zu entscheiden hat.

Wir müssen uns heute überlegen, wer antragsberechtigt vor dem Bundesparteitag sein soll. Man muß hier unterscheiden: antragsberechtigt vor dem Parteitag und auf dem Parteitag. Wir sind der Meinung, obwohl es sehr umfangreich wird, daß das nicht zu umgehen sein wird und daß folgende Organisationen der Partei antragsberechtigt sind vor dem Bundesparteitag: 1. die Kreisverbände, 2. die Landesverbände, 3. die Bundesvereinigungen, 4. der Bundesausschuß, 5. der Bundesvorstand. Anträge, die vor dem Parteitag gestellt werden, sind mindestens jeweils von dem betreffenden Vorstand zu beschließen; also vom Vorstand eines Kreisverbands, eines Landesverbands, einer Bundesvereinigung usw. In dem Antrag muß auch zum Ausdruck gebracht werden, welches Gremium ihn beschlossen hat. Das wäre die Ziffer III, über die wir uns heute einigen sollten. – Herr Gradl!

*Gradl:* Der Bundesparteitag soll also stattfinden ab 4. November 1968. Wenn ich die Ziffer 4 richtig verstanden habe, sind das Anträge, die vorher gestellt werden sollen, damit sie spätestens auf dem Bundesparteitag den Delegierten ausgehändigt werden kön-

<sup>28</sup> Zur Tagung der norddeutschen CDU-Verbände unter Leitung von Kai-Uwe von Hassel am 9. Juni in Soltau vgl. „Welt“ vom 10. Juni 1968 „Bekanntnis zur Verbundenheit mit Berlin“.

nen. Ich meine, es könnte sein, daß wir noch einmal eine Flut von Anträgen bekommen, wenn wir nämlich daran denken, daß die Kreisverbände antragsberechtigt sein sollen.

Wenn Sie in Rechnung stellen, wie die Kreisverbände in diesen Monaten aktiv waren, und daß alle natürlicherweise ein Verlangen haben, wenn sie nicht zum Zuge gekommen sind, dennoch ihren Willen durchzusetzen, dann müssen Sie möglicherweise mit sehr vielen Anträgen rechnen. (*Heck*: Wir rechnen mit viel Anträgen!)

Wenn wir aber mit dicken Bündeln von Anträgen am Morgen des Parteitags überrascht werden, dann ist eine ernste Bearbeitung sowieso nicht mehr möglich. Deshalb meine ich, wenn das nach der Satzung sowieso notwendig ist, daß wir eine Frist einführen sollen vor dem Parteitag, bis zu der diese Anträge gestellt sein müssen, damit man sie vorher in den einzelnen Kommissionen oder Gremien wirklich durchsehen und vorbereiten kann.

*Heck*: Die Frist, die hier vorgesehen ist, ist in der Tat außerordentlich knapp. Sie müssen aber berücksichtigen, Herr Gradl, wie das gesamte Verfahren ist. Wir haben das Material für das Aktionsprogramm im Dezember noch an die Kreisverbände gesandt. Es ist ein halbes Jahr lang in den Landesverbänden, in den Vereinigungen und in den Kreisverbänden beraten worden oder sollte beraten werden.

Wir werden natürlich versuchen, in dem zweiten Entwurf das, was einigermaßen übereinstimmend an Änderungswünschen vorliegt, bereits zu verarbeiten. Aber es wird nicht zu umgehen sein, daß dann – wir wünschen uns das ja auch –, wenn die Kreisverbände sagen, was wir erarbeitet haben, ist nicht berücksichtigt worden, dies auf dem Parteitag zur Sprache gebracht wird. Dann müssen sie die Möglichkeit haben, einen Antrag zu stellen. Das halte ich für unumgänglich. Wichtig ist, wie wir das Ganze behandeln.

Vielleicht wird es notwendig sein, daß wir die Frist vom 1. November etwas kürzen, so daß man zur Vorbereitung etwas mehr Zeit hat. Wichtig ist, daß wir uns sorgfältig aufgrund dessen, was an Erfahrung vorliegt, überlegen müssen, wie wir auf dem Parteitag verfahren, um festzustellen, welche Rechte eine Antragskommission erhält. Man muß hier Anträge, die denselben Gegenstand betreffen, zusammenfassen können. Es muß dann der weitestgehende Antrag als erster diskutiert und zur Abstimmung gebracht werden. Wenn dann der weitestgehende Antrag angenommen ist, sind die anderen erledigt.

Ich gebe zu, das ist das erste Mal, daß wir einen Parteitag in der Weise durchführen, daß eine Willensbildung von unten nach oben erfolgen soll. Hier stecken unüberschaubare Probleme drin; aber ich meine, wir sollten diesen Weg gehen.

*Kiesinger*: Herr Klepsch!

*Klepsch*: Ich meine, daß das Verfahren ganz gut ausgedacht ist. Wir müssen mit vielen Anträgen rechnen. Die Antragskommission hat vier Tage Zeit, um die Anträge zu sichten. Wir sollten es hierbei belassen. Wenn wir die Frist jetzt stark verkürzen, ist die Zeit für Stellungnahmen etwas kurz. Im übrigen fürchte ich mich vor den vielen Anträgen nicht. Wir sollten uns einmal bei unserem Koalitionspartner umsehen; denn je mehr Anträge kommen, um so leichter ist nachher die Verabschiedung.

*Kiesinger:* Herr Stoltenberg!

*Stoltenberg:* Ich bin mit den grundsätzlichen Ausführungen völlig einverstanden. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob es wirklich dem demokratischen Prinzip entspricht, daß wir neben den Delegierten, die die gewählten Vertreter der Landesverbände sind, nochmals soviel anderen ein direktes Antragsrecht geben. Auch bei der Antragskommission müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir so viele Vorschläge bekommen, daß ein Parteitag von zwei, drei Tagen nicht in der Lage ist, alle diese Dinge abzuwickeln. Ich meine, man sollte den Delegierten, die die gewählten Repräsentanten sind, in erster Linie das Antragsrecht geben. Ich fürchte, daß bei den vorgesehenen Rechten der Antragskommission wir uns durchaus einer Geschäftslage gegenübersehen, die zum Gegenteil führen kann; denn nichts ist unerquicklicher für einen Parteitagspräsidenten, wenn er eine Reihe Anträge nicht mehr ordnungsgemäß behandeln kann. Das ist unangenehmer als eine gewisse vorherige Regulierung des Verfahrens, die ich darin erblicken würde, daß man neben den Delegierten noch die Landesverbände, die Bundesvereinigungen usw. als Antragsteller zuläßt. Mein Vorschlag würde eine Reduzierung der Anträge um etwa 40% bedeuten.

*Heck:* Das ist ein Problem der richtigen psychologischen Behandlung unserer Kreisparteien. Nachdem die Kreisparteien mit dieser Arbeit eingesetzt haben, wird dort teilweise ungewöhnlich viel gearbeitet. Es gibt in Bremen eine Kreispartei, die das Aktionsprogramm in 50 Sitzungen beraten hat. Die Ausschaltung als Antragsteller halte ich wegen der Konsequenzen nicht für gut.

Wir wollen ja so weiter arbeiten, daß auf unseren künftigen Parteitagen auch das zu Wort kommen kann, was die Kreisparteien erarbeitet haben; natürlich nicht alles. Wir lehnen uns hierbei etwas an das britische Vorbild an. In Großbritannien ist es so, daß im Grunde genommen nur die Kreisparteien antragsberechtigt sind. Da gibt es 250 oder 300 Anträge. Dann wählt eine Kommission aus, welche Anträge auf dem Parteitag behandelt werden sollen. (*Kohl:* Mit absoluter Vollmacht der Kommission.) Ja! Der Präsident wiederum hat eine souveräne Vollmacht. Er läßt nur soviel für oder gegen einen Antrag sprechen, bis die Gesichtspunkte dargelegt worden sind. (*Kohl:* Und da liegt der Hund begraben!) Wir müssen einfach einmal zu solchen erprobten Gepflogenheiten übergehen, sonst ist in der Tat diese Methode nicht möglich.

Ich könnte mir vorstellen – wir werden ja die Landesvorsitzenden noch einmal zusammenrufen –, daß von den Landesvorsitzenden, falls es sich in der Richtung bewegen sollte, daß noch einmal die gleiche Flut kommt wie beim ersten Mal, diese abgebremst wird. Es ist doch so, wenn man 1.000 Anträge vorliegen hat, dann ist es verhältnismäßig leicht, die Zustimmung des Parteitags zu einem vernünftigen Verfahren zu bekommen.

*Kiesinger:* Herr Kraske!

*Kraske:* Herr Stoltenberg, wir müssen davon ausgehen – nach der bisherigen 23jährigen CDU-Geschichte –, daß wir alles zu tun haben, um die Diskussion zu beleben und nicht, um sie zu drosseln. Mit Ihrem Vorschlag würden Sie hinter den satzungsmäßigen Bestimmungen aller anderen Parteien, auch der Gewerkschaften und Verbände, zurück-

bleiben. Das Mandat der Delegierten liegt darin abzustimmen; das kann ihnen niemand abnehmen, aber antragsberechtigt vor Kongressen sind immer auch die Organe bis zur untersten organisatorischen Einheit.

Die Frage der Termine haben wir mit den Landesverbänden lange erörtert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir eine möglichst lange Frist setzen sollten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Antragskommission dann nur wenige Tage zur Verfügung hat. Eine Begrenzung der vorgesehenen Frist auf 14 Tage oder drei Wochen wäre sicher ein Hemmnis für die Verbände. Ich würde deshalb sagen, daß wir es beim 1. November belassen sollten. Man könnte höchstens über ein paar Tage reden. Ich würde jedoch so großzügig wie möglich entscheiden.

*Heck:* Man müßte dann allen mitteilen, was am 1. nicht vorliegt, wird nicht behandelt.

*Kiesinger:* Herr Amrehn!

*Amrehn:* Es soll also vor dem Bundesparteitag noch ein Zusatzantrag gestellt werden können bis zum 1. November. Am 1. November ist Allerheiligen, also Feiertag. Der fällt schon aus. Zu einem Teil fällt auch der 31. Oktober<sup>29</sup> aus. Das bedeutet, daß der Antrag vor dem Bundesparteitag zum Bundesparteitag erst am 4. November eingeht. Das ist dann mindestens um drei Tage zu spät.

*Kraske:* Er muß natürlich vor den Feiertagen vorliegen. Wir müssen jedenfalls Zeit haben. (*Amrehn:* Sie sollen bis 28. Oktober eingegangen sein!)

*Heck:* Ich meine, am 25. Wir dürfen nicht so sehr ins Gedränge kommen.

*Kraske:* Sollen wir sagen: bis zum 28. Oktober eingegangen. – Dann kann die Woche bis zum 25. noch voll für Sitzungen in den Organisationen benutzt werden. Also, Posteingang bis 28. Dann haben wir noch eine Woche Zeit, um die Sache vorzubereiten.

*Heck:* Dann kommen wir zur Ziffer IV: Verfahrensordnung für die Beratung und Verabschiedung des Aktionsprogramms auf dem Bundesparteitag.

1. Dem Parteitag wird als Antrag des Bundesvorstands der endgültige Entwurf des Aktionsprogramms vorliegen. Außerdem dürften dem Parteitag zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsanträge vorliegen, die – insbesondere von den Kreisverbänden und Vereinigungen – in der Zeit zwischen der Verabschiedung des endgültigen Entwurfs durch den Bundesvorstand und der Eröffnung des Parteitags eingebracht worden sind.

2. Zusatzanträge auf dem Parteitag können nur eingebracht werden, wenn sie von 30 stimmberechtigten Delegierten unter Angabe der Nummer ihres Delegiertenausweises unterzeichnet sind.

Man muß wissen, daß mit dieser Bestimmung den Vereinigungen ein ziemlich kräftiger Einfluß ermöglicht wird. Ich muß darauf aufmerksam machen, weil die Sozialausschüsse und der Wirtschaftsbeirat leichter in der Lage sind, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen als etwa kleine Landesverbände. (*Stingl:* Warum steht hier „Zusatzanträge“? – *Sehr starke Unruhe.*) Damit ist nichts Besonderes gemeint; man kann es

---

<sup>29</sup> Reformationstag.

weglassen. Aber generell können wir nicht davon absehen, daß den Delegierten die Möglichkeit eingeräumt wird, auf dem Parteitag Anträge zu stellen.

Wir sagen also hier „Anträge“ und streichen das Vorwort „Zusatz“. (*Meyers*: Das ist nicht ganz korrekt!)

*Kraske*: Anträge sind solche zu einem ohnehin auf der Tagesordnung stehenden Punkt. Und das ist das Aktionsprogramm. (*Amrehn*: Und das steht in der Überschrift! – *Meyers*: Sie müssen sagen: Anträge zum Aktionsprogramm. – *Unruhe*.)

*Heck*: Dann sagen wir: „Zusätzliche Anträge zum Aktionsprogramm.“ Dann kann es keinen Zweifel geben. Einverstanden? (*Zustimmung*.)

3. Alle Anträge werden, sobald sie vom Präsidenten des Parteitags zur Beratung aufgerufen sind, zunächst begründet. Dabei kann eine vom Parteitag einzusetzende Antragskommission vorschlagen, daß mehrere Anträge gemeinsam behandelt und infolgedessen auch gemeinsam begründet werden.

4. Sprecher, die sich zur Beratung einzelner Anträge zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung bekanntzugeben, ob sie für oder gegen den entsprechenden Antrag sprechen wollen.

Das muß der Präsident wissen, damit es ausgewogen ist, ob und wie er die Gegen- und Für-Sprecher zu Wort kommen lassen kann. (*Sehr starke Unruhe*.)

5. Der Präsident des Parteitags kann – soweit der Fortgang der Beratungen dies erfordert – die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele Sprecher für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen. (*Anhaltende sehr starke Unruhe*.)

6. Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist Mitgliedern des Bundesvorstands und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

Hier habe ich Bedenken; denn wenn wir die Wortmeldungen der Delegierten durch den Präsidenten derartig drastisch begrenzen lassen, können wir dem Vorstand kein unbegrenztes Recht, über die Debatte zu bestimmen, einräumen. Ich finde, es genügt völlig, wenn ein Mitglied des Bundesvorstands jederzeit das Wort ergreifen kann, und zwar zu einer Sache. (*Starke Unruhe*.) Wir haben den Entwurf, den wir vorlegen, im Präsidium beraten. (*Meyers*: Es kann doch jemand dagegen sein, aber nicht als Vertreter des Bundesvorstands, sondern als Delegierter. – *Starke Unruhe*.) Ich darf davon ausgehen – das war die übereinstimmende Meinung –, daß man das reduzieren muß. In Großbritannien ist es so, daß zunächst die Delegierten pro und contra sprechen und dann einer abschließend aus dem Schattenkabinet. Das wäre bei uns einer aus dem Bundesvorstand. Wie wir das praktizieren, können wir noch besprechen, wenn wir den Entwurf beraten haben.

Redeberechtigt auf dem Parteitag sind alle stimmberechtigten Delegierten, die Mitglieder des Bundesvorstands und die Mitglieder der Antragskommission. Die Redezeit kann vom Präsidenten auf zehn Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen auf fünf Minuten begrenzt werden.

Hierzu möchte ich sagen, ich sehe keinen Grund ein, warum alle Mitglieder der Antragskommission redeberechtigt sein sollen. Ich meine, der Vorsitzende der Antrags-

kommission genügt. Wir sollten alles vermeiden, was den Eindruck erweckt, als ob wir von oben nach unten eine Regie aufklotzieren wollten. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Kraske!

*Kraske:* Dann können Sie es ganz streichen; denn der Vorsitzende der Antragskommission ist ganz bestimmt entweder Vorstandsmitglied oder Delegierter. Dann würde ich ganz schlicht sagen: alle stimmberechtigten Delegierten und die Mitglieder des Bundesvorstands. (*Amrehn:* Ich würde sagen: bis auf 5 Minuten. Es können auch mal 10 Minuten sein.) Ziffer 6 ist nun gestrichen? (*Meyers:* Das war nicht klar.)

*Heck:* Wir wollten es so formulieren: der Bundesvorstand mit einem Mitglied.

*Kraske:* Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist dem Bundesvorstand – d. h. einem Beauftragten des Bundesvorstands – und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

Dann würde ich sogar das „jederzeit“ drinlassen, denn dann kann sich nicht jeder beliebig zu Wort melden, sondern der Parteitagspräsident kann sagen, jetzt muß noch einer vom Bundesvorstand sprechen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich darf die Ziffer 6 noch einmal verlesen: Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist dem Bundesvorstand und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

*Amrehn:* Der Präsident hat die Möglichkeit der Begrenzung der Rednerzahl, nicht aber die Ermächtigung, die Reihenfolge zu bestimmen. Das steht nicht drin. (*Meyers:* Das ist ein Gewohnheitsrecht.)

*Heck:* Wenn man davon ausgeht, daß der Präsident das Wort zu erteilen hat, damit die Abstimmung optimal vorbereitet wird, dann muß man ihm nicht nur das Recht einräumen, daß er sagt, jetzt sind die Gesichtspunkte pro und contra ausreichend dargelegt worden, sondern auch das Recht, daß er entsprechend auswählt. Es wäre die Frage, ob man das noch deutlicher hineinschreibt.

*Amrehn:* Es wäre ein schwerer Verstoß des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, wenn er auf diese Weise verführe. Aber es ist in den anderen Landtagen anders, auch im Bundestag.

*Barzel:* Der Präsident hat die Zahl der Redner begrenzt; egal wer und wie das ist. Dann dürfen ein Beauftragter des Bundesvorstands und der Vorsitzende der Antragskommission sprechen. So war es wohl gemeint. (*Starke Unruhe. – Zurufe:* Nein, nein!) Gut! Nun hält es der Parteivorsitzende für nötig, zu der Sache, die besonders wichtig ist, etwas zu sagen. Wenn er dann das Wort nimmt, explodiert der Parteitag. Das ist doch eine ganz schreckliche Geschichte. (*Anhaltende Unruhe.*)

*Kraske:* Darf ich das erklären! Die ursprüngliche Fassung hätte es ermöglicht, daß jedes der 30 Vorstandsmitglieder sich aus eigenem Antrieb beliebig oft zu Wort hätte melden können. Das wäre z. B. für Fragen wichtig geworden, wo wir auch im Bundesvorstand den Entwurf nicht einstimmig verabschiedet haben – das wird's ja geben – und wo nun die Vorstandsmitglieder kontrovers diskutieren außerhalb der Reihenfolge. Jetzt aber heißt es, daß nicht den Mitgliedern des Bundesvorstands, sondern dem Bundesvorstand das Wort zu geben ist. Das ist aber nicht begrenzt auf einmal, sondern es heißt, jederzeit, d. h. der Parteivorsitzende oder der Generalsekretär können jederzeit dem Par-



teitagspräsidenten sagen: Jetzt wird für den Bundesvorstand Herr X oder Herr Y sprechen. Das kann der Parteivorsitzende selber sein, der Fraktionsvorsitzende oder ein Mitglied des Präsidiums oder des Bundesvorstands.

*Heck:* Das ist jetzt klar. Den Punkt 3 der Tagesordnung „Wahl einer Programmkommission“ haben wir schon vorweg erledigt. – Wir kommen dann zum Punkt 4 der Tagesordnung:

#### AKTUELLE POLITISCHE FRAGEN

Herr Bundeskanzler! Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Herr Kohl darum gebeten, unter Punkt 4 zu behandeln: 1. die Frage der Wahl des Bundespräsidenten, 2. das Thema Mitbestimmung. (*Kohl:* Nein, sondern der Behandlung des Krachs zwischen den Sozialausschüssen und dem Wirtschaftsbeirat!) Also, die Behandlung des Themas „Mitbestimmung“ in der Partei allgemein, insbesondere hinsichtlich des Wirtschaftsbeirats und der Sozialausschüsse.

Herr Klepsch hatte darum gebeten, das Thema „Wahlrecht“ zu behandeln. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß im Präsidium gestern einhellig die Meinung war, daß es unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen nicht zweckmäßig sei, das Thema der Wahl des Bundespräsidenten heute in der Bundesvorstandssitzung zu behandeln. Ich hatte Herrn Kohl anheimgestellt, seinen Antrag in Ihrer Anwesenheit, Herr Bundeskanzler, vorzutragen.

*Kiesinger:* Bitte, Herr Kohl!

*Kohl:* Wir können heute nicht die Frage der Mitbestimmung erörtern, aber ich halte es für notwendig, daß der Bundesvorstand und natürlich auch der Bundesparteivorsitzende und der Generalsekretär ihren Einfluß geltend machen, daß diese Debatte, die jetzt läuft, aufhört. So wird z. B. in den Landesverbänden erklärt – ohne zu sagen, wo das ist –, es würden bereits die Mitbestimmungsfragen so behandelt, daß die Aufstellung von Kandidaten davon abhängig gemacht werde, wie man dazu stehe. (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*) Das ist eine Sache, die bei uns erhebliche Unruhe hervorgerufen hat. Es ist gefragt worden, wo das gemacht wird. Ich werde morgen mit Sicherheit in dieser Sache wieder angesprochen werden. Es ist klar, daß die Frage der Mitbestimmung in der CDU kontrovers ist. Ich halte es für unerträglich für die Partei, daß jetzt jede Woche in irgendeinem Bereich einmal – egal wer anfängt – die Sozialausschüsse eine Erklärung abgeben, dann der Wirtschaftsbeirat. Und in der nächsten Woche geht es anders herum, so daß der Eindruck entsteht, als würden wir uns heillos zerstreiten.

Dies ist eine Frage mit einem eminenten Sprengstoff. Das soll und darf nicht verniedlicht werden. Wir müssen eine Form als Parteiführung erzwingen können, die diese Diskussion gegenseitig erträglich macht und die Veröffentlichungen, die hier erfolgen, nicht in den Bereich der persönlichen Herabsetzung abgleiten. Aber auf diesem Weg sind wir ganz und gar! Wenn wir heute beschließen könnten, daß der Bundesparteivorsitzende und der Generalsekretär beauftragt werden, vor allem mit den beiden Hauptkontrahenten in dieser Frage Gespräche dahingehend zu führen, daß die jetzige Form

der Diskussion unterbleiben möge, dann wären wir schon ein gutes Stück weiter. Je näher wir an den Bundesparteitag kommen, um so gravierender, um so heftiger und um so unerträglicher wird diese Form der Kritik. Der zweite Punkt, den ich vorbringen möchte, ist der, daß wir in der letzten Sitzung des Bundesvorstands festgelegt haben, daß heute über die Bundespräsidenten-Frage gesprochen werden soll. Nun kann es durchaus Gründe geben, daß man das Thema heute aussetzt. Dann müßte man aber zumindest darüber reden, welche Gründe das sind; denn darüber gibt es auch keinen Zweifel, daß dieses Thema draußen in der Partei nur noch mühsam zu halten ist. Ich habe neulich in einer ganz unglücklichen Situation bei einer Landestagung der Jungen Union gestanden<sup>30</sup> und nur mit Mühe und Not dort Resolutionen verhindert. Das kann man einmal oder auch zweimal machen, aber irgendwann ist dann doch diese Frage in einer ganz breiten Öffentlichkeit. Man ist dann in einer sehr mißlichen Lage, weil es dann heißt: So etwas wird gemanagt und gedreht, aber die Partei ist nicht beteiligt. Sie wissen, was da sonst noch an Vorwürfen kommt.

Das sind die beiden Punkte, über die wir heute sprechen sollten, wobei zum letzten Punkt nicht eine breite Diskussion erfolgen sollte, sondern wir sollten hier nur eine kurze Stellungnahme abgeben.

*Heck:* Herr Meyers!

*Meyers:* Ich bin der Ansicht, wir sollten die Punkte trennen. Die Mitbestimmung ist wirklich der Punkt, der in Nordrhein-Westfalen viel mehr als die Frage der Konfessionsschule die Gefahr der Zerreißprobe für die CDU in sich hat. (*Kohl:* Das ist überall so, nicht nur in Nordrhein-Westfalen.) Die Bekenntnisschule hatte bei uns auch die Gefahr einer Zerreißprobe. (*Kohl:* Bei uns auch!) Hier ist die gesamte CDU angesprochen.

Ich muß zweitens sagen, es ist unerträglich, daß irgendwelche Leute eine Erklärung abgeben, die uns allen schadet. Ich spreche als Kreisparteivorsitzender, der immerhin 1½ Bundestagsabgeordnete mit zu wählen hat. Es wurden Bundestagsabgeordnete unter Druck gesetzt in der Mitbestimmungsfrage. Es wurde ihre Wiederaufstellung davon abhängig gemacht, wie sie in der Mitbestimmungsfrage stimmen. Hier verlange ich, daß das genannt wird, damit von der Bundespartei oder von der Landespartei gegen diejenigen, die so handeln, vorgegangen wird.

Aber welcher Eindruck entsteht in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Arbeitnehmern unserer Partei, wenn das unwidersprochen im Raume stehenbleibt, was in Königswinter gesagt worden ist<sup>31</sup>, und kein Mensch darauf antwortet. Ich lasse mir das jedenfalls nicht gefallen. Hier muß man sagen: Butter bei den Fisch, wer ist das?

In der vorigen Woche haben die Drahtzieher des SDS getagt. Denen kommt es nicht darauf an, irgendein Ziel, das sie auf ihre Plakate setzen, zu verwirklichen, sondern die-

---

30 Vgl. FAZ vom 10. Juni 1968 „Kohl verlangt von der CDU Selbstkritik“. Maschinenschriftlicher „Bericht über den Landestag der Jungen Union Rheinland-Pfalz“ in ACDP Dokumentation 9/910.

31 Zur 2. Bundestagung der christlich-demokratischen Gewerkschafter im DGB am 15. Juni 1968 vgl. „Rheinische Post“ vom 17. Juni 1968 „Linker Flügel der CDU meldet Forderungen an“.

se Streitfragen zur Verwirrung und zur Eskalation der Gewalt – wie es immer klarer wird – zu benutzen. Sie sagen, an der Hochschulreform sind wir nicht interessiert. Der SDS-Vorsitzende in Köln hat erklärt: Eine reformierte Hochschule schafft zufriedene Studenten, und zufriedene Studenten sind kein Revolutionspotential.<sup>32</sup> – Sie haben auch gesagt, die Notstandsfrage war eine offene Niederlage, weil hier in Bonn die große Demonstration völlig reibungslos und ohne Zwischenfall verlaufen ist.

Sie haben also beschlossen: Wir müssen jetzt andere Fragen denen entgegenhalten. Das eine ist die Mitbestimmung, und das andere ist die NATO. Sie haben überlegt, wie kann man das nun benutzen, um Gewalt zu zeigen, um Gewalt auch gegen Menschen anzuwenden. Dann reist ein Mann namens Ahrens<sup>33</sup> wie ein moderner Schauspieler in seinem Thespiskarren<sup>34</sup> – natürlich ein Mercedes – von Frankfurt aus durch die deutschen Hochschulen und hält gutbesuchte öffentliche Vorlesungen über Gewaltanwendung durch Studenten. Das Ganze ist nun sehr gut geeignet, uns in der CDU besonders hart zu treffen, weil wir in unserer Mitte diese Auseinandersetzungen haben.

Dabei erklärte der Herr Hoffmann in derselben Rede in Königswinter: Wir müssen diese Frage zur Hauptfrage beim Aktionsprogramm im November machen. Es ist also außerordentlich wichtig, daß wir uns darüber klar sind oder werden, was wir eigentlich wollen im Bundesvorstand, sonst wird das wirklich ein Schauspiel für die Öffentlichkeit werden, wobei die CDU mit Sicherheit Schaden nehmen wird, ganz egal, was letzten Endes durch die Mehrheit dabei herauskommt.

Ich bin der Ansicht wie Herr Kohl. Wir müssen dieser Frage unsere ganz besondere Aufmerksamkeit widmen, weil hier ein wirklicher Sprengstoff vorhanden ist, der sehr leicht zur Explosion gebracht werden kann.

*Kiesinger:* Das ist zweifellos ein wichtiges Thema. Wenn es die Möglichkeit einer Solidarisierung zwischen dem SDS und den Gewerkschaften gibt, dann liegt sie hier. Dieser Konflikt wird nun in unsere Reihen hineingetragen. Ich hatte am Anfang gehofft, ich bekäme dieses Thema in der Legislaturperiode weg, aber das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Was hier geschieht, daß man Einfluß nimmt auf die Aufstellung der Kandidaten usw., das ist außerordentlich riskant. Die Frage ist, wie soll man das anpacken?

*Meyers:* Herr Bundeskanzler! Es muß angepackt werden! Fragen Sie mal Herrn Barzel, wie er behandelt worden ist in einer öffentlichen Versammlung von Mitgliedern der CDU, nämlich in einer Form, daß ich hinterher zweien den Ausschluß angedroht habe, wenn sie noch einmal in einer öffentlichen Versammlung maßgebende Mitglieder des Bundesvorstands und des Präsidiums der CDU der Form nach so behandeln. Es kann

---

32 Vom 1.–3. Juni 1968 fand ein Schüler- und Studentenkongreß in Frankfurt/Main statt, der vom VDS – unter Beteiligung des SDS – organisiert wurde, vgl. „Welt“ vom 4. Juni 1968 „Plötzlich stand der SDS allein“; „Allgemeine Zeitung (Mainz)“ vom 4. Juni 1968 „Studentenkongreß ohne Widerhall“. – SDS-Vorsitzender von Köln war Herbert Lederer.

33 Vermutlich Dietmar Ahrens, Mitglied der West-Berliner SEW.

34 Wagen, auf dem der griechische Tragödiendichter Thespis (6. Jh. v. Chr.) seine Stücke aufgeführt haben soll; übertragen gebraucht für eine Wanderbühne.

also schon nicht mehr darüber gesprochen werden zwischen Mitgliedern der gleichen Partei. Das ist doch ein Zustand, der einfach von uns nicht hingenommen werden kann, ohne daß der Schaden hinterher immer größer wird.

Dabei sieht kein Mensch ein, daß über die Mitbestimmung an sich überhaupt kein Streit besteht, sondern nur über die Frage des Wie. Da sind von beiden Seiten sehr beachtliche Gesichtspunkte vorzutragen, wobei ich diejenigen, die den Betrieb in den Vordergrund stellen, für höher erachte als diejenigen, die die Gewerkschaften in den Vordergrund stellen. Das ist mein persönlicher Standpunkt. Das muß man aber doch unter Parteimitgliedern ruhig und sachlich austragen können. Aber das ist schon nicht mehr möglich. (*Barzel*: Es hat doch die Kommission damals getagt! – *Lebhafte Unruhe*.)

*Kiesinger*: Das ist halt der Punkt, den man immer wieder hinausgeschoben hat, damit es nicht dazu kommt.

*Heck*: Herr Bundeskanzler, darf ich dazu etwas sagen. Ich weiß nicht, ob bekannt ist, daß in der Sache Mitbestimmung mehrere Gewerkschaften dazu übergegangen sind, die entsprechende Schulungsarbeit der Studenten zu finanzieren. Diese Studenten werden systematisch vorbereitet auf das Thema Mitbestimmung, das im Herbst an den Universitäten innerhalb der Hochschulreform behandelt werden wird. Die Mitbestimmung an den Universitäten soll das Beispiel sein für die ganze Gesellschaft. Auf diese Weise sollen die Studenten dann die Solidarisierung mit der Arbeiterschaft erreichen. Ich halte das für eine ganz gefährliche Sache. Wenn es gelingen sollte, die DGB-Führung, die DGB-Mitglieder, die Studenten, die Sozialdemokraten und die Sozialausschüsse in eine Front zu bringen, so wäre das tödlich. (*Meyers*: Wobei die Sozialdemokraten noch die zweifelhaftesten sind!)

*Kiesinger*: Herr Barzel!

*Barzel*: Ich möchte zu drei Punkten in diesem Zusammenhang etwas sagen; erstens was den Bundestag betrifft, zweitens was die Partei betrifft und drittens, wie ist es mit der Frage der nächsten Koalition. Was den Bundestag betrifft, so werden die Sozialdemokraten ihre Vorlage machen. Sie werden nicht dumm genug sein, einfach den DGB-Vorschlag abzuschreiben, sondern sie werden eine sehr nuancierte Vorlage machen mit ein paar Punkten, die wahrscheinlich auch bei uns Zustimmung finden.

Ich glaube, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU stark genug sein wird – sie hat sich auch festgelegt –, in dieser Legislaturperiode Mitbestimmungsgesetze nicht mehr zu machen, falls nicht eine revolutionäre Stimmung entsteht.

Das zweite betrifft die Partei. Die Partei muß eine Aussage haben für den Wahlkampf. Sie muß eine Aussage in Berlin beschließen. Weil jeder sieht, daß diese eine der wichtigsten Fragen für unseren Parteitag wird, haben wir eine Führungspflicht, eine politische Aussage hierzu vorzubereiten.

Nach meiner Sicht gibt es vier Dinge, die, wenn man die Dokumentation überlegt, zusammengesehen werden müssen. Es gibt einen Beschluß unseres Düsseldorfer Par-

teitags<sup>35</sup> vor der letzten Bundestagswahl, eine Formulierung, die abgestimmt war zwischen den Sozialausschüssen, dem Wirtschaftsrat und dem Wirtschaftsausschuß. Es gibt den Entwurf eines Aktionsprogramms. Es gibt die Regierungserklärung,<sup>36</sup> die wir einbeziehen sollten, weil sie unser Parteivorsitzender abgegeben hat und wir ihr beigetreten sind. Es gibt viertens die Beschlußfassung der Bundestagsfraktion,<sup>37</sup> als damals der Minderheitenschutz verstärkt werden sollte, daß dies kein Anlaß wäre, die Mitbestimmung auf den Tisch zu legen.

Aus diesen vier Dokumenten sollte man etwas zusammenschreiben auf ein Papier für das Führungsgremium, damit man es bei der Hand hat. Wir sollten in der Tat im Parteipräsidium alsbald in dem Sinne von Herrn Kohl und Herrn Meyers mit den streitenden Parteien Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, das kommt nicht aus der Antragskommission, sondern von der politischen Führung, oder die Führung entgleitet uns. Entgleitet sie uns in dieser Frage, dann wird sie uns auch in anderen Fragen auf dem Parteitag entgleiten.

Der dritte Punkt ist die nächste Koalition. Die Sozialdemokraten werden in dieser Frage und in Fragen, die mit der Eigentumpolitik und ähnlichem zusammenhängen, sehr linke Aussagen in den Wahlkampf einführen. Das ist von großer Bedeutung, wenn wir nicht ein neues Wahlrecht kriegen. Ich bin im Augenblick weniger optimistisch als in der letzten Bundesvorstandssitzung. Damit weiß jeder, wie nach menschlicher Voraussicht die Mehrheitsverhältnisse sein können, ähnlich wie in Stuttgart.<sup>38</sup> Dann ist natürlich die Frage, ob dann überhaupt wegen der Brisanz dieser gesellschaftspolitischen Fragen – ich habe nur diese zwei genannt – diese Koalition als Ausweg gegen die Einsicht und den Willen fortzusetzen ist. Auch der Blick auf unsere Manövrierfähigkeit als politische Partei und als Bundestagsfraktion nach der nächsten Wahl macht es meines Erachtens zwingend, daß wir hier mit dem Arbeitsziel, Verabschiedung auf dem Parteitag, zu einer Aussage kommen, die durchgeht. Meine persönliche Auffassung ist bekannt. Ich brauche sie nicht mehr zu sagen.

*Kiesinger:* Herr Kohl!

*Kohl:* Ich stimme dem zu, was Herr Barzel gesagt hat, daß man mit den beteiligten Gruppen in der Partei sozusagen an einem dritten Ort das Gespräch führen muß. Ich meine aber, das Hauptziel muß sein, daß vor allem jedem Mitglied der CDU – gleich, welche Funktion es hat – klargemacht wird, daß es sich einem Parteitagsbeschluß zu unterwerfen hat. Ich habe schon jetzt ein bißchen den Eindruck, daß Tendenzen laufen – gleich, was der Parteitag beschließen wird –, frei davon zu sein.

---

35 Am 30. März 1965 diskutierte der Arbeitskreis II „Soziale Sicherheit – stabile Wirtschaft“ auf dem Düsseldorfer Parteitag, vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 224–342. Zu den Beschlüssen vgl. EBD. S. 639–648, hier S. 642 f., Aktionsprogramm S. 724–726.

36 Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966, vgl. Sten.Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656–3665, hier S. 3661.

37 Vgl. Nr. 14 Anm. 74. – In der Fraktionssitzung vom 10. Oktober 1967 (ACDP 08–001–1015/1) war beschlossen worden, einen Gesetzentwurf zum Minderheitenschutz einzubringen, zur Frage der Mitbestimmung aber erst den Bericht der „gemeinsamen Kommission“ abzuwarten.

38 Vgl. Nr. 18 Anm. 1.

Von bestimmten Gewerkschaften her ist der Fall ganz klar. Ich habe das aus einer Reihe von Gesprächen entnehmen können. Die rechnen damit – um es hart zu sagen –, daß der CDU-Parteitag in Berlin mit Mehrheit die jetzigen gewerkschaftlichen Vorstellungen zu diesem Punkt verwirft. (*Zuruf*: Das ist ja auch die CDU und keine Gewerkschaft.) Das ist eine ziemlich klare Meinung. (*Lebhafte Unruhe*.) Man hat auch schon bei bestimmten Industriegewerkschaften innerhalb des DGB getestet, wer Delegierter sein wird, wie die Stimmung in den Landesverbänden ist usw. Die haben also ein ganz klares Bild über die innere Situation der CDU in dieser Frage. Die Situation der CSU ist noch eindeutiger.

Nun macht man es so, daß prominente Leute nach altem CDU-Stil überlegen, ob man diese Frage in Berlin ausklammern soll. Das würde ich für lebensgefährlich halten, weil wir uns doch mit dieser Frage im Wahlkampf beschäftigen müssen. Wenn dann jeder sein eigenes Konzept vorträgt, dann erträgt das die CDU im Wahlkampf ganz bestimmt nicht. Wir sollten uns darüber klar sein, daß das nicht ausgeklammert wird, sondern daß wir hier in dieser Frage zu einer Entscheidung kommen.

Es muß sichergestellt werden – das sollte auch ein klarer Beschluß des Bundesvorstands sein –, daß sich die CDU-Mitglieder der Entscheidung des Bundesparteitags zu unterwerfen haben. Es darf nicht möglich sein, daß man heute mit einem Minderheitenvotum in einer solchen Frage weitermachen kann. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich auch den Eindruck habe, daß im Augenblick von bestimmter Seite die Tendenz vertreten wird und besteht, keine Diskussion oder Gespräche mit der Parteiführung abzuhalten und sozusagen diese ganze Mitbestimmungsfrage außerparlamentarisch weiter zu betreiben. Dann könnte man sogar auf dem Parteitag mit dem Argument kommen: Wir sind ja vorher gar nicht gefragt worden.

Man muß denjenigen, die eine solche Tendenz anstreben, das Argument für Berlin nehmen und sie zwingen, dazu entsprechende Äußerungen zu machen. Das ist auf der Ebene der Landesverbände möglich; aber das muß auch die Bundespartei tun. Ich halte es für unerträglich, daß sich Gruppen, deren Rechtsstatus gar nicht verbindlich ist für die Partei, auf diese Weise damit befassen. Das Stegerwaldhaus hat den gleichen Rechtsstatus wie der Wirtschaftsrat, daß sie nämlich nicht direkt zur CDU gehören; denn die beiden Formationen sind in ihrer Kassenführung usw. – das ist alles wichtig in diesem Zusammenhang, und ich sage es nicht ohne Grund – völlig unabhängig von der Partei. Dieser „wunderbare“ Passus unserer Satzung, daß der Generalsekretär Einsicht in die Kassenverhältnisse oder Finanzen der Parteivereinigungen nehmen kann, trifft weder für das Stegerwaldhaus noch für den Wirtschaftsrat zu. Im Augenblick wird ja viel mit Geld gearbeitet in dieser Frage. Ich habe den Eindruck, daß eine Menge Geld von beiden Seiten verwendet wird, um sozusagen auf diesem Wege voranzukommen. Ob das für die Partei gut ist, das ist eine ganz andere Frage. Deswegen sollten wir hier zu einem klaren Beschluß kommen.

Ich weiß, das ist unbequem, aber wenn wir so fortfahren und alle unbequemen Fragen ausklammern, so daß in der Tat eine revolutionäre Situation entsteht, dann können

wir gleich den Laden zumachen; dann ist es schade für die Anreise nach Bonn. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Kiesinger:* Herr Lücke!

*Lücke:* Ich möchte sehr nachdrücklich empfehlen, daß sehr bald die Diskussion im Präsidium mit den beteiligten Kräften erfolgt. Soweit ich sehe, sind die Sozialausschüsse bemüht, sich von den DGB-Forderungen abzusetzen. Das ist deren Ziel. Wenn wir in Berlin nicht in eine schwierige Lage kommen wollen, dann muß vorher in der CDU diese Frage geklärt sein. Wir können unmöglich diese Frage ungeklärt auf dem Parteitag in Berlin zur Diskussion stellen.

Ich habe in einer Vorstandssitzung, an der ich teilgenommen habe, die Ernsthaftigkeit der Bemühungen gesehen, sich von den Forderungen des DGB abzusetzen.<sup>39</sup> Es ist keineswegs der Eindruck entstanden, als ob dort irgendwelche Fakten geschaffen werden sollten für die Landtage usw. Herr Kollege Katzer ist sehr ernsthaft darum bemüht, hier eine CDU-Linie zu entwickeln, aber ich betone, das ist außerordentlich schwierig. Wir sollten deshalb – ich würde vorschlagen, im September – das Präsidium bitten, unter Hinzuziehung der Experten die Frage zu erörtern, um für den Bundesvorstand eine Vorlage vorzubereiten.

*Kiesinger:* Herr Dufhues!

*Dufhues:* Wir tun uns sehr leicht, hier oder auf dem Parteitag zu beschließen, daß sich jeder an den Beschluß des Parteitags zu halten hat. Damit wird das Problem auch nicht im entferntesten gelöst werden, Herr Kohl. Was ich für eine recht unglückliche Entscheidung hielte, wäre eine Entscheidung des Bundesparteitags, wonach wir dann auf der einen Seite die Sozialausschüsse und auf der anderen Seite die übrigen CDU-Mitglieder hätten. Das hätte doch recht schwierige und bedenkliche Auswirkungen. Deshalb sollte man alles tun, um ein solches Ergebnis zu verhindern. Dazu gehören rechtzeitige Besprechungen.

Solche Besprechungen einzuleiten, ist im Augenblick offenbar recht schwierig. Ich habe mich als Vorsitzender der CDU von Westfalen darum bemüht, aber die Besprechung ist nicht zustande gekommen. Ich weiß von einem Kreisverband in Nordrhein-Westfalen, der die gleichen Anstrengungen eingeleitet hat. Auch dort sind die Besprechungen nicht zustande gekommen. Auf der anderen Seite erleben wir diese harten Erklärungen unseres Freundes Hoffmann, der offenbar sachlich mehr in seiner Eigenschaft als demnächstiger Stellvertretender Vorsitzender der ÖTV spricht, denn als Vertreter der Sozialausschüsse. Die Schlagzeile, die er im Revier erzielt hat „Abgeordnete aus dem Bereich der Sozialausschüsse unter der Depression, daß sie nicht wieder aufgestellt werden“, die durch uns nicht nahestehende Zeitungen verbreitet worden ist<sup>40</sup>, ist ebenso gefährlich wie Äußerungen auf der anderen Seite.

<sup>39</sup> Sitzung des CDA-Bundesvorstands am 2. März 1968, Protokoll in ACDP 04–013–012/1; vgl. FAZ vom 2. März 1968 „Sozialausschüsse beraten Mitbestimmung“.

<sup>40</sup> Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. Juni 1968 „CDU-Abgeordnete unter Druck – Sozialausschüsse: Befürwortern der Mitbestimmung wird gedroht“; „Frankfurter Neue Presse“ vom 18. Juni 1968 „Befürworter der Mitbestimmung unter Druck“.

Ich bin von Herrn Etzel dazu ermächtigt worden, mitzuteilen, daß er entschlossen sei, aus der CDU auszutreten, wenn eine Ausweitung der Mitbestimmung aus dem Bereich der Montan-Industrie auf andere Großunternehmen beschlossen würde. Ich erwähne das nur, um Ihnen ganz eindeutig und mit allem Nachdruck zu sagen, wie schwierig diese Verhandlungen sein werden, wenn wir zu einem guten Ergebnis kommen wollen. (*Unruhe. – Zuruf:* Dann gibt es das auch, daß die Depressionen haben!) Natürlich! Aber Etzel hat mich ausdrücklich gebeten und ermächtigt, das hier zu sagen, um den Ernst dieser Dinge zu unterstreichen. Herr Etzel ist ja nicht irgendwer, und er überlegt, was er tut. Ich glaube, es wäre töricht, an solchen Äußerungen vorbeizugehen.

Ich wollte damit andeuten, welche schwierige Konsequenzen in dem einen oder anderen Bereich vor uns stehen können, wenn wir nicht rechtzeitig vor dem Parteitag den Versuch unternehmen, zu einer Regelung zu kommen, die halbwegs tragfähig ist.

Ich bin der Meinung, daß in dieser Frage entschieden werden muß. Diese Entscheidung muß aber rechtzeitig vorbereitet werden. Eine weitere Vertagung auf die nächsten vier Jahre wäre lebensgefährlich. Sie würde uns auch im Wahlkampf in eine Situation bringen, die mehr als schwierig für den Ausgang der Wahl wäre.

Ich halte es für notwendig, daß der Bundesparteivorsitzende persönlich die Verhandlungen aufnimmt. Er muß Herrn Katzer und andere Leute bitten, an dieser Besprechung teilzunehmen. Es sollte versucht werden, eine Regelung anzustreben, die die Sozialausschüsse sicherlich nicht im Bereich der Mitbestimmung, aber in anderen wichtigen Bereichen der Gesellschaftspolitik befriedigt und ihnen die Möglichkeit gibt, ihr Gesicht zu wahren, ohne daß wir in der Frage der Mitbestimmung zu Entscheidungen kommen, die ich aus vielen Gründen für bedenklich und für verfehlt halte.

*Heck:* Ich glaube, wir müssen uns der Frage etwas früher annehmen, nicht erst im Herbst. Herr Kraske, wann ist der Ablieferungstermin? (*Kraske:* Für die Landesverbände der 1. August.) Wir werden also am 1. August von den Sozialausschüssen schriftlich vorliegen haben, wie sie in der Sache gesonnen sind, was sie zu dem sagen, was im Aktionsprogramm steht und was mit den Stimmen ihrer Vertreter beschlossen wurde.

Auf dieser Grundlage wird man meines Erachtens sofort die Gespräche aufnehmen müssen, um wenigstens soweit die Vorbereitungen treffen zu können, daß ein sinnvolles Gespräch auf der obersten Ebene eingeleitet werden kann. Es könnte ja so sein, daß wir uns oben einigen, und zwar ganz schön, aber die Anträge kommen dann auf dem Parteitag von unten aus der gleichen Ecke. Und das wäre eine schlechte Sache.

*Kiesinger:* Herr Meyers!

*Meyers:* Nur ist es psychologisch so, Herr Dr. Heck, wenn die Sozialausschüsse ihre Stellungnahme beschlossen und schriftlich niedergelegt haben ... (*Zuruf:* Haben sie schon!) Nein! Ich bin der Ansicht, man müßte zwischen dem heutigen Tage und dem Ablieferungstag so früh sprechen, daß noch etwas zu machen ist. Wenn die sich einmal festgelegt haben, dann sehen sie es als Niederlage an, wenn sie davon auch nur ein Jota ohne Kampfabstimmung zurückweichen. Deshalb meine ich, man müßte aus psychologischen Gründen vorher mit ihnen sprechen.



*Heck:* Aber, Herr Meyers, alles, was ich höre, ist doch die Tendenz, sich dem Gespräch zu entziehen. (*Starke Unruhe. – Kohl:* Die können sich doch nicht dem Gespräch entziehen, wenn der Bundesparteivorsitzende sie einlädt. Das ist doch ausgeschlossen. Dann sollte man die entsprechenden Konsequenzen ziehen. – *Anhaltende starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Wieweit ist inzwischen das Gespräch gediehen?

*Heck:* Wir sind übereinstimmend der Meinung, daß, wenn irgend möglich, vor der Beschlußfassung durch die Sozialausschüsse, Sie, Herr Bundeskanzler, oder das Präsidium Freunde der Sozialausschüsse zu einer Aussprache einladen soll, um zu verhindern, daß hier eine Beschlußfassung erfolgt, die nachher nur noch die Fronten übrigläßt: hie Sozialausschüsse, hie CDU ohne Sozialausschüsse.

*Kiesinger:* Das kann man tun. Daran habe ich auch gedacht. Die Frage ist dann nur, wie geht es weiter?

*Stigl:* Ich darf zur Orientierung folgendes sagen. Ich gehöre dem Bundesvorstand der Sozialausschüsse an. Der Bundesvorstand hat vor etwa drei Wochen ein Papier vorliegen gehabt, das ausgearbeitet war von Professor Duvernell<sup>41</sup>. Es handelt sich keineswegs um eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung der Montan-Union auf andere Bereiche, was der DGB vorschlägt, sondern auf andere Vorstellungen.

Es liegt ein Beschluß des Bundesvorstands der Sozialausschüsse noch nicht vor, sondern das ist hinausgeschickt zur Diskussion. Es liegt lediglich vor der Beschluß von Offenburg, wobei in der Offenburger Erklärung nur so ein allgemeiner Satz steht.<sup>42</sup> Das ist aber noch keine Formulierung über die Mitbestimmung. (*Lebhafte Unruhe.*)

Das, was den Ärger erregt hat, waren nicht die Sozialausschüsse, sondern die Rede, die der Geschäftsführer der Sozialausschüsse am vorigen Samstag gehalten hat, aber nicht vor dem Bundesvorstand der Sozialausschüsse, sondern vor der Vereinigung der DGB-Mitglieder, die der CDU angehören<sup>43</sup>, zu deren Vorsitzender Herr Tacke<sup>44</sup> gewählt wurde. Dort hat Herr Hoffmann diese scharfen Äußerungen getan, so daß ein wenig differenziert werden muß zwischen diesen Äußerungen. Katzer bemüht sich, eine Stellungnahme des Bundesvorstands herbeizuführen. Das wird natürlich nicht einfach

---

41 In der Vorlage: Düberfeld. – Prof. Dr. Helmut Duvernell (1907–1995), ab 1954 Professor für Rechtswissenschaft und Arbeitsrecht an der Sozialakademie Dortmund, Vorsitzender der Kommission Mitbestimmung der Sozialausschüsse.

42 Es heißt in der „Offenburger Erklärung“ vom 9. Juli 1967: „Die Sozialausschüsse begrüßen es, daß die Bundespartei inzwischen diese Kommission [zur Prüfung der Mitbestimmungsprobleme] gebildet hat. Die Sozialausschüsse werden dieser Kommission ihre Vorschläge zur Mitbestimmung so rechtzeitig mitteilen, daß sie bei der Beschlußfassung berücksichtigt werden können.“ Druck: Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (Hg.): Offenburger Erklärung. Ein Beitrag der Sozialausschüsse der CDA zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU, beschlossen auf der 12. Bundestagung am 9. Juli 1967 in Offenburg. Köln 1967.

43 Hoffmann äußerte sich auf der 2. Bundeskonferenz christlich-demokratischer Gewerkschafter im DGB, vgl. „Neue Ruhr Zeitung“ vom 17./18. Juni 1968 „Linker CDU-Flügel drängt auf mehr Mitbestimmung“.

44 Bernhard Tacke (1907–1994), christlicher Gewerkschafter; 1945 CDU, 1956–1972 stv. Vorsitzender des DGB.

sein, so wie es jetzt ist, ohne jede Änderung, aber er will sie so herbeiführen, daß es nicht einen Krach innerhalb der CDU gibt.

Es ist sicher richtig, wenn der Generalsekretär beauftragt wird, das Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstand des Bundesvorstands der Sozialausschüsse herbeizuführen. Der Bundesvorstand ist zu groß. Er hat über 30 Mitglieder. Der Geschäftsführende Vorstand ist maßgebend. Das sind sieben Mitglieder. Das sind – ich weiß nicht, ob ich sie jetzt zusammenkriege: Katzer, Hoffmann, Mick<sup>45</sup>, Herschel<sup>46</sup>, Russe, Nickels<sup>47</sup> und Orgaß. Mit denen müßte das Gespräch gesucht werden.

*Heck:* Lieber Freund Stingl! Es ist sicher so, daß in der Offenburger Erklärung dieser allgemeine Satz eingefügt worden ist, aber hinter diesem allgemeinen Satz sind doch auch sehr konkrete Vorstellungen, die bei der Vorbereitung des Offenburger Kongresses erarbeitet worden sind. Herr Wallraff<sup>48</sup> hat hier mitgewirkt. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, Offenburg hat alles noch offengelassen.

*Stingl:* Das Konzept der Sozialausschüsse, das von Wallraff mit erarbeitet worden ist, ist in Offenburg sogar verschärft worden. Das muß man dazu sagen. Das vorgelegte Programm ist in Offenburg in vier Arbeitskreisen erarbeitet worden. Ich selber habe einen geleitet und kenne das Zustandekommen. Die Diskussion dort hat eine Verschärfung der Vorlage ausgelöst. Damit wird deutlich, daß Katzer in Königswinter versuchte, keine Schärfe in die Diskussion zu bringen. Das gilt aber nicht in gleichem Maße für Herrn Hoffmann. (*Kohl:* Wann geht denn Hoffmann weg?) Im Juli! Der Kongreß der ÖTV ist in München. Dort soll er gewählt werden. (*Lebhafte Unruhe.*)

*Kiesinger:* Dieses Gespräch kann natürlich geführt werden von mir oder vom Präsidium. Damit können wir die Leute nur anzubinden versuchen, daß sie diese Geschichten nicht machen, die erzählt worden sind. Das muß also gemacht werden. Wie aber geht dann die ganze Geschichte weiter? Das ist eine Frage, die mich seit langem plagt. Ich sehe da noch kein rechtes Licht.

An sich ist es so, in einer Partei müßte über eine solche Sache mit Mehrheitsbeschluß beschlossen werden. Das müßte die Partei in sich verkraften, wie immer entschieden wird. Natürlich müssen wir das Ganze sehen in der politischen Landschaft, die sich bildet. Wir haben vorher darüber gesprochen, was alles kommen kann. Für

---

45 Josef Mick (1914–1978), Buchdrucker; 1930 Windthorstbund, 1952–1957 Stadtverordneter Köln (CDU), 1957–1976 MdB, 1963–1975 Vorsitzender der CDA Rheinland und des Geschäftsführenden Bundesvorstands der CDA.

46 In der Vorlage: Hertschel. – Prof. Dr. Wilhelm Herschel (1895–1986), Hochschullehrer; 1920–1925 Rechtsberater beim Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften in Köln und Berlin, bis 1933 Zentrum, 1940–1946 o. Professor für Arbeitsrecht in Halle, Mitgründer der CDU in Sonneberg/Thüringen, 1949–1960 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1956–1964 Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

47 In der Vorlage: Nick. – Rudi Nickels (geb. 1926), Gewerkschaftssekretär; 1966–1980 MdL Nordrhein-Westfalen, 1966–1970 Mitglied des Fraktionsvorstands.

48 Prof. Dr. Hermann Josef Wallraff S. J. (1914–1995), 1964–1982 Professor für Gesellschafts- und Wirtschaftslehre in Sankt Georgen, 1965–1995 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft (Nachfolger Oswald von Nell-Breunings).

mich war es sehr interessant, daß ein maßgebender Sozialdemokrat – wir hatten ein paar Gläser Wein getrunken, und da lösten sich die Zungen – sagte: Ach, das Ganze ist eine Funktionärangelegenheit. Viel wichtiger ist für den Arbeiter, daß er einen Mindesturlaub von vier Wochen kriegt usw. – Herr Stoltenberg!

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler, man muß dieses Gespräch führen. Ich halte es für wichtig, und zwar bevor die öffentlichen Positionen zu sehr verhärtet sind. Ich weiß auch nicht, ob es in einem solchen Gespräch und in den folgenden Beratungen gelingen wird, zu einer völligen Harmonie zu kommen. Aber man sollte den divergierenden Bereich so eingrenzen, daß man nachher zwischen Alternativen abstimmen kann, die für die Mehrheit der verschiedenen Gruppierungen tragbar sind.

Das zweite, was man versuchen muß – und deswegen habe ich mich eigentlich nur gemeldet –, ist, die Ansätze, die wir im Entwurf des Programms schon haben, die auch auf anderen Gebieten für die Arbeitnehmer wichtig sind, etwa auf dem Gebiete der Vermögensbildung, stärker zu akzentuieren; d. h. wir werden den Dissens in der Mitbestimmungsfrage, den ich für reduzierbar, aber nicht für aufgebbar halte, innerparteilich nur überwinden können, wenn wir ein anderes Thema in den Vordergrund stellen, das auch für die Arbeitnehmer eine große Bedeutung hat. Ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir die Überlegungen zum Aktionsprogramm hinsichtlich der Vermögensbildung usw. stärker akzentuieren und hier auch die Führung übernehmen müssen. Es gibt da Vorschläge von O. A. Friedrich<sup>49</sup>, die ich gar nicht abschließend bewerten will, wobei immerhin ein Teil der Unternehmer erkannt hat, daß man zu Formen kommen muß, die mit unserer Konzeption vereinbar sind. Es ist also so, daß man hier neue Schritte gehen muß. Wenn es uns gelänge, programmatisch die Diskussion bis zum September stark zu fördern – das sind Bestrebungen, die auch bei den Herren Schiller und Wehner erkennbar sind – und ein modernes Konzept zu finden, dann sehe ich eine zusätzliche Möglichkeit, den offenen Dissens, der hier besteht, etwas zu entschärfen.

*Heck:* Herr Bundeskanzler! Es ist sicher so, daß man mit der Haltung, die da und dort auch bei Unternehmern zu finden ist, nämlich „Diese Suppe eß’ ich nicht“, die Probleme nicht wird lösen können. Wir werden sorgfältig überlegen müssen, was im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes gemacht werden kann. Wir müssen hier eine partnerschaftliche Mitwirkung an die Seite stellen und die Eigentumspolitik aufgreifen, von der Stoltenberg gesprochen hat. Hier ist unsere Eigentumskommission bei der Arbeit.

---

49 Otto Andreas Friedrich (1902–1975), Kaufmann; 1932–1939 Geschäftsführer des Reichsverbands der deutschen Kautschukindustrie, 1939–1965 Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Phoenix-Gummiwerke AG, 1966–1975 Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, 1960–1970 Vizepräsident und Schatzmeister des BDI, 1969–1973 Präsident des BDA. – Der Friedrich-Plan sah eine Förderung und Prämierung freiwilliger Sparleistungen der Arbeitnehmer vor, vgl. „Das Wirtschaftsbild“ vom 12. September 1967; „Soziale Ordnung“ Nr. 9 vom 5. September 1968. Vgl. auch Friedrich an Kiesinger vom 23. März 1967 in ACDP 01–226–003.

Soweit ich das zu beurteilen vermag, wird man von der Seite her ein sehr gutes Programm bekommen. Aber der andere Teil bleibt schwierig, Herr Bundeskanzler.

Ich schlage vor, daß, bevor Sie mit einigen Herren sprechen, ich zunächst einmal die Landschaft sondiere, damit Sie einigermaßen orientiert sind, wie die Vorstellungen auf der Seite des Vorstands der Sozialausschüsse sind.

*Stingl:* Sie haben das jetzt von den Sozialausschüssen gehört. Das ging auch durch die Presse, aber mit ein Hintergrund des Ärgers, der immer wieder kommenden Diskussion ist natürlich, daß noch immer keine Entscheidung darüber getroffen ist, wie der Wirtschaftsrat aussehen wird, der es sich erlauben kann, sich Wirtschaftsrat der CDU zu nennen, aber außerhalb der CDU zu stehen. Nun sage ich es auch ganz offen: Herr Dr. Schmidt<sup>50</sup> vom Wirtschaftsrat trägt sehr viel Schuld an der Verschärfung der Diskussion. Seine Blätter, die er herausgibt, kommen immer wieder mit einem Unterton der Spitze. Nun ja, er sagt es nicht so für die im primitiven Denken hängengebliebenen Menschen. Man darf nicht nur den Fehler dort sehen.

Ich gebe zu, in der letzten Zeit ist der Ärger bei den wirklich Treuen in den Sozialausschüssen, die der CDU nicht schaden wollen, wirklich groß wegen dieser innerparteilichen Diskussionen, daß nämlich von der Ölbergstraße<sup>51</sup> immer wieder Bemerkungen herauskommen, die einfach nicht mehr verkraftet werden. Durch den Vorsitzwechsel ist das schlechter geworden, Herr Scheufelen.

*Kiesinger:* Herr Scheufelen!

*Scheufelen:* In der Öffentlichkeit hat der Wirtschaftsrat immer nur geantwortet. Er hat nie von sich aus die Sache aufgegriffen, sondern gegen die Äußerungen der Sozialausschüsse Stellung genommen. Das muß man einmal feststellen. Was dort in dem Mitteilungsblatt geschrieben wird, ist nur für die Mitglieder und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.<sup>52</sup> (*Anhaltende Unruhe.*)

*Kiesinger:* Herr Kohl!

*Kohl:* Ich muß doch dem Kollegen Stingl beitreten. Ich habe es in den letzten zwei Jahren hier im Bundesvorstand immer wieder gesagt, daß der Zeitpunkt kommt, wo diese außerparlamentarische Opposition in der CDU immer mehr zu einem Krebsübel wird. Ich weiß nicht, warum man die Beschlüsse, die doch da sind, nicht endlich realisiert. Das Problem mit dem Mittelstandsausschuß war doch der Hintergrund gewesen. Machen wir uns doch nichts vor. Es ist auch für die Partei auf die Dauer kein Zustand, daß ein Großteil der Unternehmer, die CDU-Wähler sind, glauben, es genüge, Mitglied beim Wirtschaftsrat zu werden, um somit um eine Mitgliedschaft bei der CDU herumzukommen, zumal hier auch das steuerliche Problem eine Rolle spielt. Das will ich aber jetzt nicht näher ausführen.

Ich halte das für eine ganz schlechte Sache. Da hat Herr Stingl recht. Wir haben in meiner Heimatstadt Ludwigshafen mit dem Sozialausschuß eine ganz klare Überein-

---

50 Dr. Herbert B. Schmidt (geb. 1932), 1964–1970 Geschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

51 Die Ölbergstraße 13 in Bonn war Sitz des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

52 „Der Wirtschaftsrat berichtet. Mitteilungen – Nur für Mitglieder“ (seit 1966).

kunft, wonach das Konzept des DGB abgelehnt wird. Das ist gar keine Frage. Unsere Leute, die in einer knallroten Stadt leben, sind sehr viel mehr interessiert am Ausbau eines Minderheitenschutzes und an einer Realisierung der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen. Die Unternehmer haben sich am meisten geschadet, daß sie das vorhandene Betriebsverfassungsgesetz an vielen Punkten total umgangen haben. Denken Sie nur an diesen Plastikunternehmer im Bayerischen Wald, der stolz darauf ist, mit 3.500 Belegschaftsmitgliedern keinen Betriebsrat zu haben, der stolz darauf ist, daß prinzipiell kein Gewerkschaftsmitglied in seinen Betrieb hineinkommt.<sup>53</sup> Der Mann ahnt ja gar nicht, was er an anderen Punkten auf diese Art und Weise kaputt macht mit einem Standpunkt des 19. Jahrhunderts, der überhaupt nicht mehr in unserer Gesellschaft zu halten ist.

Ich gebe Stingl recht, daß da solche Methoden angewendet werden, bei denen das Geld eine erhebliche Rolle spielt. Das ist das erhebliche Unbehagen – ich will es noch einmal sagen –, daß auch beim Stegerwaldhaus das Geld eine erhebliche Rolle spielt im Verhältnis zu den Gewerkschaften. Ich muß das einmal offen hier aussprechen. Es ist so, daß man nicht weiß, warum die Äußerung so ist und nicht anders, oder man weiß es zu genau, warum die Äußerung gerade so ist; daß also eine innere Solidarität zur Partei nicht vorhanden ist. Ich meine, man muß schon vom Wirtschaftsrat verlangen, daß er bis zum Bundesparteitag in Berlin endlich die Dinge in Ordnung bringt mit seinem Status, d. h., daß die Herren tatsächlich auch bereit sind, Mitglied der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zu werden. Das gibt ihren Argumenten doch ein ganz anderes Gewicht, als wenn man nur so nebenbei lebt.

Es gibt kein gutes Bild, wenn wir in die Situation der österreichischen ÖVP geraten, wo man im dortigen Parteislogan sagt: Die jeweiligen Bünde entscheiden überhaupt, was in der ÖVP geschieht, aber was die Parteiführung sagt, ist eigentlich uninteressant; man muß die Bünde haben. – Wir bewegen uns hier in einer Entwicklung, die eigentlich der gesellschaftlichen Entwicklung genau diametral entgegengesetzt ist. Die moderne Gesellschaft entwickelt sich wirklich in einem ganz anderen Sinne und erfordert ein ganz anderes Parteienbild. Wir fangen jetzt wieder an, praktisch in die Wahlvereinigungen des 19. Jahrhunderts zurückzufallen, uns aber nicht als moderne Massenpartei in einem Industriestaat zu entwickeln. Man sollte gerade hier – und da muß ich Stingl unterstützen – das eine oder andere an äußeren Anzeichen dabei vermeiden. Ich erinnere mich an ein Vorkommnis des letzten Jahres. Da gab es Landesparteien, die hatten nach dem Karlsruher Urteil überhaupt kein Geld mehr. Die haben ihre hauptamtlichen Leute entlassen usw. Aber zur gleichen Zeit fanden dann irgendwelche Veranstaltungen statt, auf denen das Beste vom Besten geboten wurde. Dann wurde darüber gesprochen und davon erzählt, was da auf dem Petersberg geschehen ist.<sup>54</sup> Das bringt doch alles Ärger

<sup>53</sup> Wacker-Chemie GmbH. Gründer war Dr. Alexander Wacker.

<sup>54</sup> Am 22. November 1966 fand im Anschluß an die Sitzung des Gesamtvorstands des Wirtschaftsrats ein Essen im Hotel Petersberg bei Königswinter statt, auf dem Erhard und Kiesinger sprachen, vgl. Wirtschaftsrat der CDU e. V. (Hg.): Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsrats der CDU e. V. vom 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1966, vorgelegt der Mitgliederversammlung am 27. Januar 1967 (ACDP 06–043–144).

bei den Leuten und erzeugt eine Stimmung in der Gesamtpartei, die auch dem Problem der Mitbestimmung enorm schadet.

Wir können die Frage überhaupt nur entscheiden, wenn klar ist, daß sich jeder diesem Beschluß zu fügen hat. Das Mindeste einer demokratischen Partei ist doch, daß die Minderheit – egal in welcher Position sie ist – sich der Mehrheit unterwirft. Dazu muß man auch im menschlichen Bereich eine Reihe von Voraussetzungen schaffen. Wenn der Wirtschaftsbeirat den Beschluß, der seit langem besteht, endlich vollzieht, sind die Dinge auf dem Parteitag in Berlin wesentlich einfacher.

*Scheufelen:* Der Stand der Dinge ist der, daß im Mittelstandskreis Verhandlungen laufen. (*Kohl:* Das hören wir schon seit drei Jahren!) Ich selber habe nicht daran teilgenommen, weil ich durch den Landtagswahlkampf und dann durch die Regierungsbildung verhindert war. Es muß jetzt so werden, daß die Mittelstandsvereinigung sozusagen zu einer Wirtschaftsvereinigung gemacht wird, so daß innerhalb der Wirtschaftsvereinigung zwei Säulen sind, nämlich der Wirtschaftsrat und der Mittelstandskreis, und zwar mit der Möglichkeit, später einmal die freien Berufe hinzuzunehmen. Das ist der Stand der Dinge. Personell sehe ich keine Schwierigkeiten. (*Kohl:* Machen Sie es doch!) Der Wirtschaftsrat hat gesagt, er lege keinen Wert auf den Vorsitz, er sei bereit, das dem Mittelstandskreis zu konzedieren. Warum die beiden Kommissionen, die den Auftrag zum Verhandeln haben, noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind, kann ich im Moment nicht sagen. Ich war in den letzten drei Monaten außer bei den Bundesvorstandssitzungen nicht in Bonn. Aber das muß bis zum Parteitag klar sein. (*Kohl:* Das meine ich aber auch. Was Sie sagen, Herr Scheufelen, hören wir nun schon seit drei Jahren.) Nein, das ist erst auf dem Parteitag in Braunschweig beschlossen worden.<sup>55</sup>

*Heck:* Die Wirtschaftsvereinigung des Rheinlandes hat eine Delegation zu mir zu dem Petition geschickt, daß man die Beschlüsse von Braunschweig endlich verwirklichen soll. Wir haben das Problem durchgesprochen, aber es wird so sein, auch wenn es eine Wirtschaftsvereinigung gibt, wird der Wirtschaftsrat als solcher aus Mitgliedern der CDU und Nichtmitgliedern bestehen, wie es auch bei den Sozialausschüssen ist. Also, hier muß Klarheit herrschen.

Es ist wohl richtig, zunächst einmal oben den Wirtschaftsrat – Ihr habt doch so einen erweiterten oder großen Vorstand – (*Scheufelen:* Ja!) und die Mittelstandsvereinigung zusammenzufassen. Man muß auch die Herren des Wirtschaftsausschusses hinzuziehen. Ich habe für Mitte Juli die Herren Schäfer<sup>56</sup>, Schmücker und Etzel zu einer Besprechung eingeladen. Ich habe allen Beteiligten gesagt, diese Frage muß bis zum nächsten Parteitag geklärt sein; denn dort soll sie entschieden werden. Ich glaube nicht, daß hier

---

<sup>55</sup> Ein derartiger Beschluß wurde nicht gefaßt. vgl. dazu Nr. 13 S. 606 f. – Der Versuch, eine „Wirtschaftsvereinigung der CDU“ zu gründen, blieb erfolglos.

<sup>56</sup> Dr. Manfred Schäfer (1921–1999), Diplom-Volkswirt; 1953–1957 Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes des Saarländischen Einzelhandels, 1955/56 Generalsekretär der CDU Saar, 1955–1960 MdL Saarland, 1957 MdB, 1957–1960 Minister für Finanzen und Forsten, 1959/60 zugleich und 1970–1974 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft des Saarland, 1968–1970 Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

irgendwelche intriganten Schwierigkeiten gemacht werden, sondern daß hier andere Gründe personeller Art vorhanden sind, die die Entscheidung lange verschoben haben. (*Scheufelen*: Ich darf nochmals sagen, die personellen Schwierigkeiten liegen nicht beim Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist durchaus bereit, Konzessionen zu machen.)

*Kiesinger*: Schön und gut! Nehmen wir mal an, das wird bis zum Parteitag in Ordnung gebracht. Wir stehen nach wie vor vor dem großen Problem. Es können Gespräche geführt werden mit den führenden Leuten der Sozialausschüsse. Da kann gesagt werden: Bitte, macht keinen Unfug! Wir können uns das gerade in der politischen Entwicklung unter keinen Umständen leisten. Ihr könnt für eure Sache eintreten, andere werden für ihre Sache eintreten, aber unsere Partei hat noch immer gewollt, daß sich die Minderheit der Mehrheit fügt, wenn es ernst wird. – Nun ist es natürlich leicht abzusehen, wie diese Geschichte ausgehen wird. Und da liegt doch das eigentliche Problem. Unsere Leute kalkulieren ein, wie im Bundestag Stellung genommen wird, wenn die SPD ihren Entwurf einbringt.<sup>57</sup> Und da liegt die Gefahr der Aufspaltung. Daß wir das Problem nicht einfach mit dem „Herr im Hause-Standpunkt“ – um das aufzunehmen, was Herr Heck vorhin gesagt hat – abtun können, das ist sicher. Darüber, wie die CDU als solche in der Frage entscheiden wird, wenn sie so hart gestellt ist wie jetzt, ist eine Prognose leicht; aber dann sehen wir auch die Krise voraus. Die Frage ist, ob wir uns nicht noch einmal der Mühe unterziehen sollen – was bisher nicht gelungen ist –, eine moderne Lösung zu finden. Ich denke jetzt nicht an uns, sondern an das, was sich um uns herum anbahnt. Und da darf die CDU nicht als die einzige restaurative, verschimmelte und altmodische Kraft erscheinen. Ich meine jetzt im Zusammenhang mit der Mitbestimmung. Meine Haltung dazu war immer eindeutig. Aber es ist schon richtig, manchmal ist es besser, man praktiziert etwas, was da ist, lebendig und gut, dann behebt man sehr viele Schwierigkeiten vorweg.

Ich meine also, es sollte Herr Dr. Heck gebeten werden, wie er gesagt hat, zunächst einmal die Landschaft zu sondieren. Ich muß offen sagen, ich bin in den vergangenen Monaten immer ein bißchen ausgewichen, weil ich genau wußte, was man von mir haben wollte. Sie wollten von mir eine genaue Zusage haben: Ich bin für eure Vorstellungen des Mitbestimmungsrechts. – Das konnte ich denen nicht sagen. Deshalb habe ich immer gesagt: vorläufig noch nicht. – Aber wir sollten uns schon etwas einfallen lassen. Ich bin auf diesem Gebiet nicht zuständig. Vielleicht wäre es doch mal einer Mühe wert, daß man nun nicht die Organisationen oder die Bünde, sondern ein paar Leute zusammensetzt, die miteinander reden.

*Stingl*: Das war ja in der Vorbereitung zur Programmkommission. Wir haben wirklich ernsthaft zusammengessen. Herr Benda als Vorsitzender, dem nicht nachgesagt werden kann, daß er nach der einen oder anderen Seite schaut, hatte es wirklich außerordentlich weit gebracht; denn wir waren nahe daran, eine gemeinsame Erklärung zu

---

57 „Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie (Zweites Mitbestimmungssicherungsgesetz)“ vom 16. Dezember 1968 (Drs. V/3660).

finden; aber dann kamen emotionelle Dinge dazu, dann war die Kommission erledigt. Wenn aber unter Ihrem Vorsitz oder unter dem Vorsitz des Generalsekretärs noch einmal acht Leute zusammengeholt werden, dann kann man vielleicht noch etwas herausholen. Auch das, was Professor Duvernell vorschlägt, ist nicht von vornherein etwas, das besagt, jetzt werden überall Arbeitsplätze genommen, sondern es ist differenziert. Ich stimme dem nicht ohne weiteres zu, aber es ist ein differenziertes Denken. Es ist doch nicht so, daß die ganzen Sozialausschüsse die DGB-Forderungen auf ihre Fahne geschrieben hätten.

*Kiesinger:* Also gut! Ich lasse mir die Sache einmal durch den Kopf gehen. Jetzt wird das Problem sondiert, und dann werde ich selber versuchen, die Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern mit einer Reihe von Parteifreunden über das Problem sprechen, und zwar in einem ganzen Zusammenhang, auch außerhalb der CDU. Ich sagte ja vorhin, hier kommt etwas auf uns zu, was außerordentlich gefährlich ist. Es ist die einzige Chance, die noch da ist für diese Studenten, eine Solidarisierung mit den Gewerkschaften zu finden. Das müssen wir alles ganz realistisch sehen. Ich sehe keine Chance darin, daß man wieder die Gruppen gegeneinander führt in einem Gespräch. Die liegen ja fest. Es müssen ein paar aufgeschlossene Leute sein, von denen man weiß, wie sie über die Dinge denken. (*Kohl:* Und den notwendigen Sachverstand haben!) Diese Aussage des führenden Sozialdemokraten war für mich außerordentlich interessant. Er hat den Finger genau auf die Wunde gelegt für die Gewerkschaften. (*Dufhues:* Er hat in Nürnberg dafür gestimmt!) Das ist nicht etwa Leber, den Sie meinen. Das ist ein ganz interessanter Mann. Immerhin zeigt sich da etwas. Die CDU darf natürlich nicht in den Geruch kommen, eine arbeiterfeindliche Partei zu sein. Das ist sie auch nicht. Der Arbeiter sieht uns auch nicht so. Aber ich kann auch nicht mehr sagen – vorläufig bin ich noch etwas im Nebel –, wie wir über diese Sache hinwegkommen sollen. (*Scheufelen:* Der Wahlkampf in Baden-Württemberg hat der SPD in der Mitbestimmungsfrage geschadet. Dort hat die CDU zum erstenmal mehr Arbeiterstimmen bekommen als die SPD.) Das weiß ja auch die SPD. Deswegen ist sie in dieser Frage in einer sehr schwierigen Lage: Soll sie Rücksicht nehmen auf die Gewerkschaften, oder soll sie gegen die Gewerkschaften sein? – Das ist für sie die Frage.

*Kraske:* Herr Bundeskanzler! Ich glaube nur, man muß korrigieren, daß außer einer Reihe von unseren Freunden in Baden-Württemberg diese SPD-Werbung niemand als einen Beitrag zum Thema Mitbestimmung in diesem Sinne verstanden hat, sondern die Plakatierung „Wir wollen mitbestimmen“ wurde allgemein im Wahlkampf als eine politische Forderung angesehen. (*Starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Die SPD-Führung hat gemeint: Mitbestimmung ist populär. – Wenn die Mitbestimmung so populär wäre, dann hätten es die Leute auch so verstanden. Weil sie es aber nicht so verstanden haben, zeigt sich doch, daß das gar kein so dringendes Anliegen der Arbeiterschaft ist. (*Starke Unruhe.*) Wir sollten unsere Freunde, die für die Mitbestimmung eintreten, ernst nehmen und mit ihnen darüber diskutieren, aber um Himmels willen nicht mit den Kampfbündeln; denn dabei kommt nichts heraus. Wir



müssen ein halbes Dutzend Leute von uns bitten, die sich dann zusammensetzen, um zu versuchen, zu einem modernen und guten Ergebnis zu kommen.

Also, wir machen es so! Wir können heute hier nicht weiterkommen. (*Kohl*: Ich bin einverstanden.)

*Heck*: Wir wollten noch über das Wahlrecht sprechen. (*Klepsch*: Wie ist der Sachstand?)

*Kiesinger*: Im Augenblick ist es natürlich schwer, über die SPD etwas zu sagen. Dr. Barzel hat mit Recht gesagt – mir geht es genauso –, er sieht die Sache weniger optimistisch an als beim letztenmal. Aber Helmut Schmidt hat zwar eine pessimistische Äußerung getan; Alex Möller spricht optimistischer darüber. Jedenfalls scheint die Kommission unter dem Vorsitz von Krause<sup>58</sup> bald herauszukommen. Ob die SPD bereit ist, dieses Ganze in einem politischen Geschäft abzuhandeln, weiß ich nicht. Ich meine auch, daß das gar nicht so wichtig ist. Ich habe einmal anders gedacht. Aber heute denke ich so, wenn die SPD sich zu einem Wahlrecht entschließt, dann tut sie das aus eigener Sorge und aus eigener Not heraus, vielleicht auch aus vaterländischer Erkenntnis, so daß es dazu eines politischen Geschäftes nicht bedarf. – Herr Lücke!

*Lücke*: Das Papier der Kommission von der SPD habe ich seit gestern in der Hand.<sup>59</sup> Das Ergebnis ist: Dreierwahlkreis, keine Verfassungsänderung vor 1969. – Wir haben im Präsidium beschlossen, daß die Wahlrechtskommission unter unserem Freund Dufhues, wenn die Geschichte veröffentlicht wird, sich alsbald mit dieser Frage befaßt. Wir sollten bei dieser Linie bleiben. Wir haben alle möglichen Gutachten verlangt und müssen darüber diskutieren.

*Scheufelen*: Durch den neuen Kurs der FDP hat die SPD Angst. Der Delegiertentag der SPD in Kehl hätte bereits der Kommission zugestimmt, wenn das Präsidium nicht den Fehler gemacht hätte, den Antrag Ehmke/Schäfer auf mehrheitsbildendes Wahlrecht mitzunehmen.<sup>60</sup> Dann wäre diese Mehrheit zustande gekommen. Die SPD hat erkennen lassen, wenn wir mit der FDP nicht klar kämen, sei sie zu Verhandlungen bereit, allerdings unter der Bedingung, daß wir im Lande eine Wahlrechtsänderung unterstützen, daß ferner beide Landesparteien sich verpflichten, bei ihren Bundesparteien vorstellig zu werden, vor 1969 noch eine Wahlrechtsänderung im Bundestag zu betreiben. So ist es auch in der Koalitionsvereinbarung enthalten:

---

58 Walter Krause (1912–2000), Ingenieur; 1931–1936 Studium der Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Heidelberg, 1937/38 Berechnungsingenieur bei Siemens in Nürnberg, 1945 SPD, 1947–1955 Dozent für Mathematik an der Ingenieurschule Mannheim, 1952–1976 Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und MdL Baden-Württemberg, 1966–1968 Innenminister von Baden-Württemberg.

59 „Bericht der Wahlrechts-Kommission“ in ACDP Dokumentation 17/20. Vgl. auch „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Juni 1968 „SPD läßt sich auf Wahlrechtsabenteuer ein“.

60 Vgl. den Beitrag „Noch ein Vorschlag zum Wahlrecht: Viererwahlkreise“ von Friedrich Schäfer am 29. Februar 1968 im „Vorwärts“. Vgl. auch „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. März 1968 „Neue Wahlrechtsideen bei der SPD“. – Die Landesdelegiertenkonferenz der SPD hatte sich in Kehl gegen eine erneute Große Koalition mit der CDU ausgesprochen, vgl. „Welt“ vom 21. Juni 1968 „Bei den Sozialdemokraten beginnen die Wunden von Kehl zu vernarben“.

Punkt 1: Änderung im Land.

Punkt 2: Die Verpflichtung beider Landesparteien, bei ihren Bundesparteien vor 1969 in der Sache aktiv zu werden.

Die SPD ist – das hat Herr Krause ganz klar gesagt – für den Dreierwahlkreis. Ich habe mich vor der Kommissionsverhandlung bei Gebhard Müller<sup>61</sup> erkundigt, ob das verfassungsrechtlich möglich ist. Gebhard Müller hat gesagt, es kommt auf die Formulierung an. Er glaubt, daß es verfassungsrechtlich möglich ist. (*Zuruf*: Ohne Verfassungsänderung! – *Kohl*: Das ist ja die Crux. Ohne Verfassungsänderung ist es mit Sicherheit nicht möglich. – *Anhaltende starke Unruhe*.) Nach meiner Meinung ist das Wahlrecht zum Dreierwahlkreis ohne Verfassungsänderung nicht durchzuführen. (*Lücke*: Das Dreierwahlrecht ist ein Fortschritt gegenüber dem Viererwahlrecht. – *Kohl*: Aber nicht für die CDU. – *Starke Unruhe*.) Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung auf diese beiden Punkte eingelassen. Eine Auswertung des Dreierwahlrechts zum Wahlergebnis, das wir hatten, bedeutet, daß wir statt 70 Wahlkreise nunmehr 40 hätten. Das Ergebnis wäre, daß die 120 Abgeordneten wie folgt verteilt werden müßten: CDU 72, SPD 42, FDP 6, NPD 0.

*Lücke*: Baden-Württemberg würde beim Viererwahlkreis – dem Bundestagswahlergebnis entsprechend auf das Landtagswahlergebnis zurückgerechnet – bekommen haben: 44 CDU, 26 SPD, 2 FDP. Beim Dreierwahlkreis wäre das Ergebnis: 47 CDU, 28 SPD, 0 FDP. (*Starke Unruhe*.)

*Kiesinger*: Ich sehe beim Dreierwahlrecht absolut schwarz. Ich will mit Gebhard Müller noch einmal darüber reden, wie das möglich sein soll, das verfassungskonform zu machen. Wir haben ja gewisse Grundsätze in der Verfassung, die nicht geändert werden können.

*Gradl*: Ich frage, was wollen wir denn eigentlich mit dem Wahlrecht? (*Heiterkeit und Unruhe*.) Wollen wir eine Reform, oder wollen wir keine Reform? Was wollen wir politisch damit erreichen? Ich sehe die Situation so, daß ohne eine Wahlrechtsreform einer weiteren Zersplitterung der Zusammensetzung der Parlamente nicht mehr entgegengewirkt werden kann. Wir haben die Erfahrungen jetzt auch von den Rechtsaktivisten. Wir wissen, wie sie demagogisch geschickt aufzutreten vermögen. Wir sollten uns nicht einbilden, wenn wir in Baden-Württemberg verschont geblieben sind, daß wir in Zukunft auch verschont bleiben. Infolgedessen haben wir ein parteipolitisches und ein nationalpolitisches Interesse an einem mehrheitsbildenden Wahlrecht.

Wenn sich hier eine Chance bietet – ich kann sie nicht beurteilen, weil ich nicht drin bin –, bei den Sozialdemokraten einen solchen Weg zu gehen, dann soll man zwar nicht gleich „hurra“ schreien, weil man dort die Kräfte wahrscheinlich wieder zurückwirft,

---

61 Dr. Gebhard Müller (1900–1990), Jurist; 1929–1933 Vorsitzender des Zentrums Rottenburg, Oberstaatsanwalt, 1947–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU), 1947–1955 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1948–1952 Staatspräsident, Finanz- und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1953 MdB, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1959–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. LEXIKON S. 332 f.; Günther OETTINGER (Hg.): Gebhard Müller – Architekt des Landes. Stuttgart 2000.

aber man soll diese Gelegenheit ernsthaft benutzen. Ich verstehe nicht, warum eigentlich ein Dreierwahlkreis weniger mit dem Gleichheitsgrundsatz zu vereinbaren ist als das normale Mehrheitswahlrecht. Ich verstehe auch nicht, wie man Rechnungen aufmachen kann unter Hinweis auf das Bundesverfassungsgericht mit Sperrklausel usw., wenn es sich um ein personalisiertes Wahlrecht handelt, wie es das Mehrheitswahlrecht ist. Nun wird gesagt, beim Dreierwahlkreis sind es 16%. (*Zuruf: Bis zu 25%. – Lebhaftete Unruhe.*) Beim Mehrheitswahlrecht der klassischen Demokratie sind es 49%. (*Anhaltende Unruhe.*) Das sind doch keine Argumente. Ich habe mit meinem Laienverstand das Gefühl, hier bietet sich eine Möglichkeit an. Wenn wir das also mit den Sozialdemokraten schaffen können, dann haben wir sehr viele Gefahren abgewendet.

Sehen Sie mal nach Frankreich, was sich dort alles tut.<sup>62</sup> (*Starke Unruhe.*) Ich frage nun, wollen wir es nun mit dem Mehrheitswahlrecht riskieren, oder wollen wir es nicht riskieren? Wenn wir es riskieren wollen, dann müssen wir wissen, wie es bei uns in der Partei und in der Fraktion aussieht. (*Sehr starke Unruhe.*) Bisher konnten diejenigen, die gegen ein solches Wahlrecht waren, sagen: Die Sozialdemokraten machen es nicht.

*Kiesinger:* Zunächst haben wir bei Beginn dieser Koalition das Mehrheitswahlrecht verkündet. Die Fraktion und auch die Partei haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Ich weiß, daß wir jetzt alle Hunger haben und dieses Thema nicht weiter vertiefen können. Wir müssen es machen, wenn es irgendwie geht. Alle Gründe sprechen dafür. Wir sollten auch, wenn ein Dreierwahlrecht angeboten wird, nicht gleich sagen, es ist verfassungswidrig. Nur müssen wir wissen, daß da Bedenken sind. Wenn sich die SPD dazu durchgerungen und den ersten Graben übersprungen hat und dann die Diskussion einsetzt, dann kann man auch den zweiten Schritt leichter tun. Ich glaube, wir haben uns schon einmal im Bundesvorstand darüber unterhalten, was wir wollen. (*Starke Unruhe.*) Ich schlage vor, daß wir jetzt unterbrechen. Es steht noch ein Nebenpunkt auf der Tagesordnung.

*Von Hassel:* Ich unterstütze vor allem das, was Gradl gesagt hat. Vor 14 Tagen hat der Staatssekretär Gumbel<sup>63</sup> mir gesagt, die ursprünglichen Verfassungsbedenken des Innenministeriums beim Viererwahlkreis seien beim Dreierwahlkreis nicht vorhanden. (*Heiterkeit und starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, daß wir jetzt nicht mehr weitermachen. Ich bin ebenfalls dafür, die SPD zu ermutigen, hier weiterzumachen. Wir haben noch den Punkt auf der Tagesordnung: Bericht über die politische Lage.

---

62 Nach den Mai-Unruhen (vgl. Nr. 18 Anm. 33) und dem Generalstreik hatte de Gaulle am 30. Mai die Nationalversammlung aufgelöst und Parlamentswahlen für den 23. und 30. Juni angesetzt, die den Gaullisten die absolute Mehrheit einbrachten. Vgl. AdG 1968 S. 13962–13968, Wahlergebnisse S. 14042.

63 Karl Gumbel (1909–1984), Staatssekretär; 1946/47 Regierungsrat in Neustadt/Weinstraße, 1947–1949 im Innenministerium Rheinland-Pfalz, 1949–1955 im Bundeskanzleramt, 1960 Leiter der Personalabteilung im Bundesministerium der Verteidigung, 1964–1966 dort Staatssekretär, 1966–1969 Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1969–1972 Tätigkeit in der Industrie.

Das können wir nach dem Essen machen. Dazu gehören Berlin und einige innenpolitische Themata wie Agrarprogramm, Verkehrsprogramm usw. Ich sage Ihnen ganz offen, was mir am meisten Sorge macht, ist doch, den möglichen Gefahren vorzubeugen, die aus einem neuen Vorstoß von den Studenten aus der universitären Welt kommen können. Es sind ja auch viele Professoren hinsichtlich einer Solidarisierung dabei. Was wir dagegen zu tun haben, darüber haben wir heute überhaupt noch nicht gesprochen. Ich unterbreche die Sitzung.

*Unterbrechung der Sitzung von 13.30 Uhr bis 14.00 Uhr.*

#### BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin gesagt, daß wir bei den Studenten – wobei ich auch Professoren einschließen muß – vor böse Überraschungen gestellt werden können. Dies wäre schon sehr unangenehm, aber ganz schlimm wäre es, wenn es hier zu Solidarisierungen käme. Mit den Bauern wird es zu keiner Solidarisierung kommen. Das ist ein Problem für sich; wohl aber mit der Mitbestimmung, aber auch hinsichtlich des Wahlrechts. Darüber müssen wir uns klar sein. Das Wahlrecht wird von den Studenten aufgegriffen werden als der große Versuch einer Manipulation. Ferner spielt hier noch das Problem der NATO eine große Rolle. Man soll nicht zu sicher sein. Sicher haben sich gewisse Gegenkräfte geregt, aber ich habe immer noch das Gefühl der Unsicherheit.

Ich habe Herrn Dr. Heck gebeten, sich dieser Sache besonders anzunehmen. Ich habe hier auch halb privat einiges unternommen. Wir müssen unbedingt Gegenpositionen an den Universitäten aufbauen. Das ist unerläßlich. Wenn wir das nicht tun, dann bleibt die Herrschaft bei diesen Radikalinskis, und die anderen folgen ihnen. Nun ist es sicher so, wenn wir das Hochschulthema, die Hochschulreform und die Bildungsreform behandeln, daß wir die zwar nicht überzeugen, denn sie haben gesagt, sie hätten an einer gesunden Hochschule gar kein Interesse, ganz im Gegenteil, aber wir nehmen ihnen vielleicht einige Leute weg. Ich habe jetzt – vielleicht ist Herr Stoltenberg da – zum 2. Juli eingeladen, (*Lebhafte Unruhe.*) und zwar die ganzen Spitzenleute, die Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, des Wissenschaftsrats, der Ministerpräsidentenkonferenz und der Kultusministerkonferenz zu einem ersten Gespräch.<sup>64</sup> Das soll auch für draußen das Signal sein. Dann aber muß es energisch vorwärtsgehen, nicht nur in einem Gespräch, wie es die SPD von sich gemacht hat, sondern dann müssen wir halt Nägel mit Köpfen machen. Das wird uns helfen, aber es wird das Problem nicht lösen. Deswegen sollten wir versuchen – ich weiß, daß wir die Frage heute nicht mehr behandeln können –, an jeder Hochschule, sowohl in der Professorenschaft als auch in der Studentenschaft, Kampfgruppen zu bilden – ich kann es nicht anders nennen – mit Leuten, die entschlossen sind, das nicht passieren zu lassen, was bei den Studentenunruhen passiert ist.

<sup>64</sup> Am 2. Juli konstituierte sich ein „Arbeitskreis zur Beratung des nationalen Bildungswesens“, vgl. FAZ vom 4. Juli 1968 „Kiesinger dringt auf Bildungsplan“.

Es hat sich schon gezeigt, daß an den Universitäten die Professoren, die wirklich Mut haben, sich auch vielfach durchgesetzt haben. Bei anderen ist erst nötig gewesen, daß das Rektoratzimmer in einer unglaublichen Weise verschmutzt und demoliert wurde, und dann glaubte man erst, etwas tun zu sollen. Wie weit das mit dem RCDS zu machen ist, weiß ich nicht. Darunter gibt es ganz fürchterliche Wirrköpfe, wenn ich z. B. höre, daß die Junge Union in Schleswig-Holstein Herrn Dubček<sup>65</sup> und andere als ihre Vorbilder betrachtet. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Ich schlage vor, daß wir über dieses Thema zunächst in einem kleineren Kreise vorbereitend sprechen und wir uns dann in der nächsten Bundesvorstandssitzung damit befassen.

Das Thema, das jetzt im Vordergrund steht, ist natürlich Berlin. Sie haben gestern die Debatte im Bundestag miterlebt.<sup>66</sup> Sie ist ein wenig lang gelaufen, aber, was von der SPD-Seite gesagt worden ist, z. B. von Wehner, das war sehr gut, sehr klar, und sehr entschieden. Ich habe eine Erklärung abgegeben, die in der Tendenz härter war, als sie gern der Außenminister gewollt hätte. Die entscheidende Frage ist die, wir verlangen selbstverständlich von unseren Verbündeten, von den Schutzmächten, daß sie ihrerseits sich auf den Boden des Rechts stellen, den sie bisher nie verlassen haben. Das ist Sache der Vier. Das ist eine Angelegenheit, wo die Sowjetunion nichts an die DDR übertragen kann. Sie wird am Portepée gefaßt – und das muß energisch geschehen. Ich halte nichts von diesen kleinen Maßnahmen, die jetzt im NATO-Rahmen beschlossen worden sind. (*Barzel: Die 20 Mark!*<sup>67</sup>) Die 20 Mark sind geradezu grotesk. Die sind dazu da, die Leute, die wir hier haben wollen, fernzuhalten, aber die anderen werden hohnlachend aus der Partei- oder Staatskasse finanziert. Aber es gibt schon Sachen, die weh tun können.

Wir müssen unsere Verbündeten mindestens dazu bringen, daß sie mit diesen Maßnahmen drohen. Das Allerwichtigste, auf das wir hin müssen, ist, den Verbündeten klarzumachen: Wenn noch einmal etwas Derartiges passiert, dann ist das Vertrauen zu Amerika in diesem Volk dahin. – Das ist es, was wir ganz grob und ganz derb sagen müssen. Ich habe heute früh mit Professor Kissinger gesprochen, der im republikanischen Lager steht, aber doch ganz gute Beziehungen zu Rusk und Johnson unterhält, der mir sogar recht gegeben hat, als ich ihm sagte, das wird meine Aussage in dem Brief an Präsident Johnson sein. Das entspricht auch der Wirklichkeit. Das ist nicht nur eine dramatisierte oder überdramatisierte Drohung, sondern so ist es.

---

65 Alexander Dubček (1921–1992), tschechoslowakischer Politiker; 1963 erster Sekretär des ZK der slowakischen KP und Politbüro-Mitglied des ZK der KSC in Prag, 1964 Abgeordneter im slowakischen Nationalrat, 1968 erster Sekretär des ZK der KSC, 1969 Verlust sämtlicher Ämter, 1970–1986 Waldarbeiter in Bratislava.

66 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung vom 20. Juni 1968 S. 9702–9725 (Debatte über die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Außenpolitik, Drs. V/2978 vom 31. Mai 1968 und V/3016 vom 18. Juni 1968). – Die DDR hatte am 11. Juni 1968 die Paß- und Visumpflicht für Transitreisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland eingeführt.

67 Die NATO hatte beschlossen, für durchreisende DDR-Funktionäre Gebühren zu erheben, vgl. dpa vom 20. Juni 1968 „Zonenfunktionäre müssen Gebühren für Reisen in den Westen bezahlen“; „Bonner Rundschau“ vom 20. Juni 1968 „NATO berät über Gegenmaßnahmen“.

Ich weiß nicht, welches die nächste Beratungsmöglichkeit sein wird? Ich hatte zunächst vor, selber hinüberzufliegen, obwohl ich weiß, daß es jetzt ein ganz ungünstiger Moment ist. Ich habe es dann aber wieder zurückgestellt wegen der NATO-Tagung<sup>68</sup> und weil Außenminister Rusk ins Krankenhaus zur Beobachtung mußte und ich ihn als Gesprächspartner nicht gehabt hätte. In der Berlin-Frage ist aber auf ihn in Washington nicht zu verzichten, weil er in Berlin die Dinge einigermaßen kennt. (*Gradl*: Nicht nur einigermaßen, sondern ganz!) Ja, so ist es. Er ist derjenige, den man dabei haben muß. Ich schätze es genauso ein, wie Sie, Herr Gradl. Es scheint nun doch so zu sein, daß er nach Reykjavik kommt. Ich habe den Außenminister heute nachmittag zu mir gebeten und werde ihn bitten, Rusk einzuladen, um sofort von Reykjavik hierher zu kommen und mich zu besuchen. Ich höre, daß Rusk nicht sehr gesund sein soll. Es könnte also sein, daß er uns sagt: Ich kann es beim besten Willen nicht. Ich bin noch hierher gekommen, weil ich das für wichtig genug halte, aber es geht nicht, daß ich noch einen zweiten Besuch mache. – Das muß man also abwarten. Wenn er diese Einladung nicht annehmen kann – ich bin überzeugt, er nimmt sie an, wenn er sich einigermaßen gesund fühlt<sup>69</sup> –, dann ist noch einmal ernsthaft zu fragen, ob ich nicht doch hinüberfliegen soll. In erster Linie muß ich in Washington dann über Paris sprechen. Die Engländer werden sich wie immer verhalten. Sie haben verbal ganz gut reagiert, aber in die Sache werden sie nicht allzusehr einsteigen.

Was die Russen anbelangt, wird man sagen können, sie wollen keine große Krise haben. Das ist, glaube ich, eine Feststellung, die man mit einiger Sicherheit treffen kann. Sie halten es im Augenblick für den günstigsten Zeitpunkt, etwas zu tun, was sie eigentlich immer gewollt haben und wozu sie auch von den Pankowern immer wieder gedrängt worden sind. Sicher spielt auch der Blick auf die Tschechoslowakei eine Rolle. Wenn man ein prekäres Problem hat, dann zeigt es sich gern auch an einer anderen Stelle, die nicht allzuweit weg ist. Das meinten z. B. auch Herr Kissinger und andere amerikanische Besucher.

Nun ist in Amerika das Jahr der Präsidentenwahl. Es gibt viele Schwierigkeiten. Man hat die Hoffnung, daß die Sowjetunion hilft, den Vietnam-Konflikt zu überwinden; eine Hoffnung, die ich für völlig eitel halte, aber die Amerikaner sind in vielem utopisch. Das haben wir immer wieder im Laufe der Jahre gesehen, genauso wie beim Atomsperrvertrag. Das ist also eine Sache, die ganz hochgehängt wird: Lieber lassen wir das Bündnis erodieren, Herr Foster<sup>70</sup>, als daß wir diesen Vertrag nicht unter Dach und Fach bringen. – Deshalb ist da eine ganz ernste Sache angebracht, damit wir uns durchsetzen werden; auch bei den anderen Verbündeten.

---

68 Der NATO-Ministerrat tagte vom 24.–25. Juni 1968 in Reykjavik und beschloß eine beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung („Signal von Reykjavik“). Vgl. AAPD 1968 Nr. 204; AdG 1968 S. 14001 f.

69 Vgl. AAPD 1968 Nr. 205.

70 William Chapman Foster (1897–1984), 1961–1969 Leiter des Amtes für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Washington.

Die Besprechung mit General de Gaulle ist schon vor den Ereignissen in Frankreich auf den September verschoben worden, weil ich die Furcht hatte, daß im Augenblick keine günstige Gesprächsatmosphäre war, um an diesem Punkt weiterzukommen. Es wäre sonst das üble, fade Ergebnis gewesen. Das nächste Mal werden die Wahlen vorüber sein. Dann wird man weitersehen.

In England ist man uns nicht sehr grün, weil man glaubt, wir hätten nicht genug für den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft getan, was natürlich völlig falsch ist und was die unterrichteten Leute auch wissen. Aber das gehört nun einmal dazu.

Was die Zone anlangt, würde ich sagen, ist unser Verhältnis günstiger auf lange Sicht; denn ihr kommt es bei der Anerkennung auf lange Sicht an. Zur Anerkennung gehört nun einmal die moralische und politische Unterstützung durch andere Völker. Sie muß wissen – das habe ich auch in meiner Fernsehansprache gesagt<sup>71</sup> –, daß wir gerade dem um so stärker entgegentreten werden, als sie eine Eskalation der Schikanen vornimmt. Hier müssen wir von unseren Verbündeten verlangen, daß in all ihren Missionen überall in der Welt gesagt wird: Hier ist wieder einmal ein solcher Störenfried am Werk. – Das ist etwas, was sie nämlich tun können.

Wann immer ich gefragt wurde, ob ich im Bundestag dazu etwas sagen wolle, so habe ich lieber den Mund gehalten; denn über so etwas redet man nicht einfach öffentlich. Wenn sie mich fragen, was sollen wir tun, und ich antworte, bei diesem Contingency Planning<sup>72</sup> haben wir doch Möglichkeiten, dann ist das allein etwas Lächerliches. Also, das ist eine Frage der großen Politik. Wir müssen sagen: Ihr müßt auf eurem Rechtsstandpunkt bleiben, d. h. ihr müßt fordern, daß diese Maßnahmen rückgängig gemacht werden, auch wenn ihr davon ausgeht, daß sie es nicht tun werden, aber dann sind sie im Unrecht. Dann ist ein Unrechtstatbestand da, an den man immer wieder erinnern kann. In diesem Zusammenhang auch: entschiedenste Warnung vor einer Eskalation. Wir müssen sagen: Das liegt auch in eurem Interesse, nicht nur im deutschen. Wenn ihr das in Berlin weiter laufen laßt, Stück um Stück, dann habt ihr das Gesicht verloren. Ihr habt es anderswo in der Welt verloren. Wollt ihr nun auch in Europa das Vertrauen eines Volkes verlieren, das bisher immer zu euch gehalten hat?

Ich gebe zu, es wäre mir lieber, die Dinge in Berlin wären nicht passiert mit den Studenten, Berlin wäre noch immer das, was die Amerikaner so gern gehabt haben als ihre Sache, nämlich ein Vorposten der Freiheit. Man kann ihnen weiter sagen: Dazu könnt ihr helfen durch eure Politik. Wenn ihr da versagt, dann wird es nur um so schlimmer. Ihr müßt eine gerade Haltung gegenüber der Sowjetunion einnehmen, dazu eine klare Warnung aussprechen, auch die Andeutung von wirklich ernsthaften Gegenmaßnahmen für den Ernstfall; dazu eine ganz entschiedene Aktion eurer Mission in der Welt gegen den Störenfried hier. Das wäre etwas.

---

<sup>71</sup> Fernsehansprache Kiesingers zum 17. Juni 1968, vgl. BULLETIN Nr. 75 vom 19. Juni 1968 S. 633 f., hier S. 634.

<sup>72</sup> Planung für den Eventualfall.

Der Satz in der Botschaft Johnsons,<sup>73</sup> der mich am meisten interessiert hat, ist der, der sagt, daß angesichts der neuen Lage Berlin aufs neue bedroht ist. Er muß sich ja etwas dabei gedacht haben. Der Satz sagt immerhin, daß er es ernst nimmt, daß er es nicht so sagt, wie bei uns einige einfältige Leute erklärt haben: Da wird ja nur ein Zettel durch einen anderen Zettel ersetzt.

Also, das wird der Inhalt eines Briefes sein, den ich an Johnson schicke. Dafür brauchte ich als Hintergrund auch die Debatte im Bundestag. Das würde ich dann auch – denn ohne ein persönliches Gespräch wird es ja nicht gehen – mit ihm und Rusk besprechen. Am liebsten wäre es mir, wenn Rusk käme.

Nun haben wir unglücklicherweise einen neuen Botschafter<sup>74</sup> hier; einen liebenswerten Ehrenmann, der aber selber zugibt, daß er von deutschen Dingen überhaupt nichts weiß. Er hat es auch schon so ausgedrückt, daß er sich deswegen ein bißchen unglücklich fühlt. Ich habe ihn heute nachmittag zu mir gebeten – er war ja schon mit den beiden anderen Botschaftern bei mir –, um mit ihm allein und einem seiner Mitarbeiter, der schon länger da ist, zu sprechen und ihm die Problematik darzustellen.<sup>75</sup> Wir hören aus Washington, sogar von der Botschaft, daß angeblich auch andere Berichte aus der amerikanischen Botschaft gesandt würden, das werde gar nicht so schlimm empfunden von den Deutschen; sie müßten natürlich jetzt ein bißchen schreien und Lamento machen, aber so wichtig sei das gar nicht. Das steht sogar in Telegrammen unserer eigenen Botschaft aus Washington.<sup>76</sup>

Es ist gar kein Zweifel, daß es in der SPD gewisse Kräfte gibt, die auch so denken und die sofort hinlaufen und das anderen erzählen. Das ist aber ganz bestimmt nicht bei Wehner der Fall. Mit Wehner habe ich z. B. die Frage der Washington-Reise usw. besprochen. Er hat sofort gesagt: Ja, machen Sie das. – Seine Rede im Bundestag war auch klar und eindeutig. Bei Brandt ist es wie immer. In der Sache liegt er richtig, aber immer ein bißchen wolkig, weil er als Parteivorsitzender Rücksicht zu nehmen hat auf dieses und jenes. Manchmal beneide ich ihn um diese Wolkigkeit; (*Unruhe und Heiterkeit.*) z. B. auch Rusk gegenüber in Reykjavik. Da sehe ich ihn schon so vor mir, weil ich weiß, wie er redet: Das ist eine Sache, äh, äh, die ich nicht hinnehme. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Also, er ist nicht Hammer genug. Nun, ich nehme die Sache ernst. Worauf wollen die Russen hinaus? Sicher ist ihr Fernziel nach wie vor, Berlin herauszulösen. Solange Berlin da ist, solange ist das mit ihrer Vorstellung über die beiden deutschen Staaten nicht in Ordnung. Jetzt sagen sie jedem, der es hören will – das sagte auch Abrassimow<sup>77</sup> Herrn Brandt –, wir wollen Ruhe haben. Wir wollen keine Krise um Berlin. So

73 Zum Schreiben Johnsons an Kiesinger vom 17. Juni 1968 vgl. AAPD 1968 Nr. 199 Anm. 3.

74 Neuer US-Botschafter war seit 27. Mai 1968 (bis 1969) Henry Cabot Lodge (1902–1985), 1937–1944 und 1947–1953 Senator von Massachusetts, 1953–1960 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1963/64 und 1965–1967 Botschafter in Vietnam.

75 Vgl. AAPD 1968 Nr. 199.

76 Vgl. AAPD 1968 Nr. 197.

77 Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (geb. 1912), sowjetischer Politiker; 1962–1971 und 1975–1983 Botschafter in der DDR. – Brandt hatte Abrassimow am 18. Juni 1968 in Ost-Berlin getroffen. Vgl. AAPD 1968 Nr. 200.



geschieht es auch in ihrem Papier: Wir wollen doch durch Berlin unser gegenseitiges Verhältnis nicht belasten. Seid vernünftig! Die Berliner können wirtschaftlich und kulturell tun, was sie wollen. Sie können zusammenarbeiten – heißt es dann –, aber keine politischen Demonstrationen, keine Sitzungen des Bundestags, keine Parteitage usw. Das ist die gegenwärtige Linie.

Natürlich klingt das bei vielen Leuten draußen ganz vernünftig; denn es kommt ja darauf an, daß Berlin wirtschaftlich gesund ist. Kulturelle Beziehungen sind auch ganz schön. Wozu sollen die da alle möglichen Veranstaltungen machen? Nun bin ich immer der Meinung gewesen, wir sollten diese politischen Veranstaltungen in Berlin dosiert machen, d. h. nicht ein quantitatives Prinzip walten lassen. So bin ich z. B. nicht dafür gewesen, daß der Parteitag in Berlin abgehalten wird. Ich habe das nicht für nötig gehalten, so lange ich hoffen kann, daß ich damit eine Provokation vermeide.

Wenn ich das nicht hoffen kann, dann ist eben jedes Nachgeben das, was der Russe als Dummheit oder als Schwäche betrachtet; wie es der deutsche Botschafter<sup>78</sup> vor kurzem genannt hat: Wenn man falsch nachgibt, dann ist es einfach Dummheit oder Schwäche.

Also wird es in der nächsten Zeit vor allem unsere Aufgabe sein, beiden das Leben ein bißchen schwer zu machen; der Sowjetunion, weil sie doch sieht, die Amerikaner und die anderen reagieren sehr viel härter, als wir kalkuliert haben, und der Zone, daß sie überall in der Welt draußen sieht, es geht gegen sie. Sie erinnern sich, wir haben zum erstenmal eine große Propaganda-Aktion unternommen – ich war damals schon nicht mehr in Bonn – bei dem Ultimatum.<sup>79</sup> Ich weiß es nur deswegen, weil ich Guttenberg beneidet habe, daß er bei dieser Gelegenheit nach Australien kam.<sup>80</sup> Da flogen eine ganze Reihe von Leuten überall in die Welt. (*Gradl*: Und wir waren an der Front!) Sie waren an der Front. Herr Diehl<sup>81</sup> behauptet, es sei eines der erfolgreichsten Unternehmen gewesen; (*Sehr starke Unruhe und Bewegung*.) es hätte angeblich 10 Mio. DM gekostet.

An etwas Ähnliches denke ich auch jetzt. Wer von uns gute Freunde in den Vereinigten Staaten hat, muß in den nächsten Wochen und Monaten hinüber und muß mit den

---

78 Dr. Hellmut Allardt, seit dem 31. März 1968 (bis 1972) Botschafter in Moskau.

79 In einer Note vom 27. November 1958 kündigte die Sowjetunion ihre Viermächteverantwortung für Deutschland und Berlin auf und forderte, Berlin binnen sechs Monaten zu entmilitarisieren und als Freistadt in eine „selbständige politische Einheit“ umzuwandeln, andernfalls würde sie ihre Berlin-Rechte auf die DDR übertragen, vgl. STEGLER 2 S. 1–37. Vgl. auch Nr. 18 Anm. 82.

80 Die Reise fand 1960 statt. Vgl. GUTTENBERG S. 67 f.

81 Günter Diehl (1916–1999), Diplomat; 1939 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1945–1950 Journalist, 1951 Leiter der Abteilung Ausland im Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 1952–1956 Pressesprecher im Auswärtigen Amt, 1956–1960 Botschafter in Chile, 1960–1966 Leiter der Auslandsabteilung des Bundespresse- und Informationsamts, 1967–1969 Leiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 1970–1977 Botschafter in Indien, 1977–1981 Botschafter in Japan, 1981–1987 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Memoiren: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt/Main 1994.

Leuten reden. Wir haben gute Reaktionen aus dem Lager der Republikaner. Heute hat mir Kissinger das ein bißchen dargestellt. Rockefeller<sup>82</sup> hat sich auch geäußert. Die haben ein Interesse daran, das Thema herauszuspielen. Und die Demokraten haben ihrerseits ein Interesse daran, dabei nicht ins Hintertreffen zu geraten. Insofern hat auch der Wahlkampf drüben nicht nur seine schlechten Seiten für uns. Etwas Ähnliches muß in Frankreich und in England gemacht werden. Aber Amerika ist jetzt das allerwichtigste.

Nun zum Atomsperrvertrag! Es war gestern sehr dankenswert, daß der Fraktionsvorsitzende ein paar klärende Worte gesagt hat, sonst wäre es möglicherweise mir zugefallen. Das hätte ich ungern getan. (*Barzel*: Ich bedanke mich!) Ich habe ja im Fernsehen immerhin schon meine Schuldigkeit getan. Natürlich müssen wir mit dem Atomsperrvertrag arbeiten in diesem Zusammenhang, aber kein Junktim sagen: Wenn da etwas rückgängig gemacht wird, dann werden wir unterzeichnen. – Das wäre eine höchst ungeschickte Sache. Aber so, wie wir es gesagt haben, jeder auf seine Art, sollten wir vorgehen. Ich habe gesagt, was will denn die Sowjetunion zum Frieden entspannen? Da ist doch dieses Friedensinstrument. Das soll er doch sein, der Atomsperrvertrag. Dabei ist eine der großen Fragen, wie eine nichtnukleare Macht gegen mögliche Pressionen einer nuklearen Macht geschützt wird. Hier findet eine Pression zugleich statt mit dem Verlangen unserer Unterzeichnung. Also, man muß schon sagen, so einfach ist das nicht, wie ihr euch das vorstellt.

Meine Damen und Herren! Wenn es uns nicht gelingt, den Widerstand der Schutzmächte so zu provozieren, daß ihre Warnung an die Sowjetunion wirklich ernstgenommen wird, dann entsteht in der Tat eine Lage, bei der ich glaube, daß die da drüben weitermachen werden. Dann werden sie Schritt für Schritt weitermachen. Sie werden es darauf ankommen lassen. Deswegen müssen wir eben alles versuchen, was wir können, um das zu verhindern.

Das ist die Lage in Berlin. Ich brauche in diesem Kreis nicht weitere Ausführungen darüber zu machen, die beweisen, daß unsere Ostpolitik gescheitert sei. Da war der Berliner Bürgermeister sehr mutig gestern, als er sagte, das muß fortgesetzt werden, und Berlin nimmt dafür sogar das Risiko zeitweiliger erheblicher Schwierigkeiten auf sich. Das war ein sehr mutiges Wort.

Was unsere Ostpolitik ist, habe ich diesem Kreise schon oft genug dargestellt. Es ist eine offensive Politik. Wir nehmen der Sowjetunion einen Knüppel, den sie ständig schwingt, aus der Hand; es ist ja so, daß sie uns als den großen Bösewicht darstellt und damit den Osten zusammenhalten will, aber das nehmen ihr die Jugoslawen, die Rumänen, die Ungarn und die Tschechoslowaken nicht mehr ab. Im Gegenteil, man schreibt schon dagegen. Es gibt auch manches interessante Gespräch, in dem ihnen gesagt wird, diejenigen, die den Stiefel anhaben, sitzen nicht in Bonn, sondern die sitzen in Pankow. Sie sind auch die Unbeliebtesten drüben.

---

82 Nelson Aldrich Rockefeller (1908–1979), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1959–1973 Gouverneur von New York, 1974–1977 Vizepräsident der USA. – Zu seiner Haltung vgl. AAPD 1968 S. 1284f.

Natürlich müssen wir das weitermachen. Solange es uns nicht gelungen ist, diese Verleumdungsfront – ich will sie mal so nennen, dahinter steckt auch eine bestimmte Politik – zu zerstören, solange wird sich auch Moskau nichts Neues einfallen lassen. Es ist ganz interessant, wie sie immer nach neuen Argumenten suchen, um uns zu verleugnen und damit die andern zusammenzuhalten. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß Ulbricht versucht hat, die Notstandsgeschichte als eine ganz große Propagandaaktion im Osten zu starten, um den Zusammenhalt zu stärken. Die Moskauer haben das abgelehnt mit der Begründung, das sei kein Kitt, der in diesem Zusammenhang dafür geeignet sei. Wenn Berlin das jetzt gebrauche, sei das eine andere Sache.

Für mich war es deswegen interessant, weil das deutlich macht, wie sehr sie nach solchen Argumenten suchen, mit denen wir verleumdet werden können.

Ich hoffe, daß die SPD bei ihrem Standpunkt bleibt. Ich hatte, bevor sie sprachen, Brandt angetippt und gesagt, das mit dem Atomsperrvertrag gefällt mir nicht, Ihr kommt etwas falsch heraus. Worauf die Antwort kam: Die SPD-Fraktion ist entschlossen, den Vertrag zu unterzeichnen, – offen auf der Regierungsbank sagte er das. Ich erwiderte ihm: Um Gottes willen, ich will jetzt nicht mit Ihnen darüber streiten, ob Sie ja sagen oder nicht, aber wenn Sie das jetzt sagen würden, wenn Sie überhaupt einen Zweifel übrig ließen, daß das, was hier geschieht, auch bei Ihnen Überlegungen auslöst, das wäre ja schrecklich. Dann hat er die Formel gefunden: Der Außenminister wäre törricht, wenn er so etwas nicht zur Kenntnis nähme. – Ich will es ihm heute nachmittag noch einmal eindringlich sagen. Das ist die Situation.

Wir machen in unserer Ostpolitik weiter wie bisher. Das erwarten auch die Völker drüben. Wir wissen es aus vielen Quellen. Sie rechnen mit uns, sie wollen ihre Wirtschaft entwickeln und wollen nicht einzeln abhängig sein. Wir wollen sie nicht losbrechen aus dem Warschauer Pakt und auch nicht aus dem COMECON-System. Das ist ihre Sache. Aber wir wollen ein besseres Klima herstellen zwischen uns und ihnen. Das kann man nur auf dem Wege machen, den wir beschritten haben.

Natürlich kommt der Augenblick, wo wir uns auch mit den Polen auseinandersetzen müssen. Mit den Tschechen halte ich es für nicht allzu schwierig. Natürlich gibt es da Probleme, die auch nicht ganz leicht sind. Eines Tages werden wir es auch mit den Polen zu tun haben. Das alles erfordert einen langen Atem. Das weiß ich wohl. Ich weiß auch keine bessere Politik als diese.

Ich weiß nicht, wer diese blödsinnigen Artikel in „Christ und Welt“ des Herrn Frank-Planitz, Mitglied der CDU, inspiriert.<sup>83</sup> Wer den letzten Artikel nachliest, den der Herr da geschrieben hat, wird das insbesondere feststellen; denn aus dem Daumen heraus saugt er sich das nicht. Ich rate Ihnen, das einmal zu lesen. Das hat er immer getan, aber der letzte Artikel war wieder einmal ganz bezeichnend. Wenn es Einwände gibt gegen diese Politik oder wenn man glaubt, Einwände zu haben oder wenn es Mißver-

---

83 Ulrich Frank-Planitz (geb. 1936), Verleger; 1962–1973 Redakteur bei der Zeitung „Christ und Welt“ bzw. „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“ (ab 1970 Chefredakteur), 1978–1997 Geschäftsführer der Deutschen Verlags-Anstalt. – Vgl. „Christ und Welt“ vom 21. Juni 1968 „Politik in Zentimetern. Bonns gesamtdeutsche Halb Wahrheiten“.

ständnisse gibt, dann sollten wir miteinander reden. Aber wir sollten nicht, weder über den „Bayernkurier“ auf der einen Seite noch über „Christ und Welt“ auf der anderen Seite, solchen Nonsens lancieren. Das kann nur der CDU schaden, niemand anderem! Es wird deshalb keine andere Politik gemacht werden. (*Von Hassel*: Warum schauen Sie mich so an?) Nein, ich schaue nach dem Evangelischen Arbeitskreis, weil dazu der Herr Frank-Planitz ja gehört. (*Lebhafte Unruhe*.) Gerstenmaier steckt bestimmt nicht dahinter. Wir haben mit Wirsing<sup>84</sup> schon gesprochen. Er hebt die Hände und sagt: Ich kann gegen diese jungen Leute nichts machen. (*Anhaltende Unruhe*.) Deshalb bitte ich die evangelischen Freunde, von sich aus etwas zu tun. Wenn etwas offen ist, dann reden wir darüber. Das ist das eine Thema.

Lassen Sie mich nun einfach die Dinge schnell zusammenfassen. Eine Hauptsorge gegenwärtig ist die Fortsetzung der Mittelfristigen Finanzplanung und der Haushalt für 1969. Es ist eine desperate Situation. Wir brauchen Geld und haben keins. Es ist weniger eingenommen worden. Es mußte mehr ausgegeben werden. Ich weiß nicht, wie wir zurechtkommen. Die Länder wollen Geld. Wir sind schon von uns aus von den 2% zugunsten der Länder abgegangen. Wir haben gestern zusätzlich Ergänzungszuweisungen in Höhe von 190 Mio. DM beschlossen. Aber das ist das äußerste, was wir da tun können.

Die Vorstellungen der Ressorts sind, verglichen mit dem, was wir zur Verfügung haben, abenteuerlich. Wir haben es in diesem Jahr so gemacht, daß wir sie angehört haben. Im letzten Jahr war es sicher ein Fehler, daß wir im Finanzkabinett frisch-fröhlich eine chemisch reine Lösung ausgedacht hatten, die wir nachher arg zerzausten und die dann aufs neue zusammengeflickt wurde. Wir haben sie also alle gehört und wissen, was sie sich vorstellen, z. T. durchaus mit Recht sich vorstellen. Wir wissen einfach nicht, wie wir die Verfügungsmasse, die 300 Mio. DM beträgt, aufteilen sollen. Der Familienminister z. B. sitzt ganz böse da. (*Heck*: Das wird auf die Jahre verteilt.) Bei der Mittelfristigen Finanzplanung geht es z. B. um die Frage des Kreditplafonds. Schiller kämpft mit nicht schlechten Argumenten dafür, daß der Kreditplafond noch einmal etwas gehoben wird, um 1,3 Mrd. Das ist nicht sehr populär bei uns. Ich kann auch nicht einfach a limine sagen, nein, sondern man muß einmal ernsthaft darüber reden. Es gibt viele Fachleute, die ihm angesichts der Handelsbilanz usw., recht geben. Wenn wirtschaftspolitische und handelspolitische Gründe dazu kämen, dann wäre die Erhöhung des Kreditplafonds eine beträchtliche Hilfe, vor allen Dingen für das Agrarprogramm. Das ist das, was am meisten Geld verschlingen wird.

Nun kennen wir ja alle unseren Freund Höcherl<sup>85</sup>. Ich habe von ihm verlangt, daß er ein modernes Agrarprogramm vorlegt. Ich habe ihn dreimal gedrängt, es vorzulegen.

---

84 Dr. Giselher Wirsing (1907–1975), Publizist; 1954–1970 Chefredakteur der Zeitung „Christ und Welt“ bzw. „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“.

85 Hermann Höcherl (1912–1989), Jurist; 1953–1976 MdB (CSU, 1957–1961 Vorsitzender der Landesgruppe und stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag), 1961–1966 Bundesminister des Innern, 1966–1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Vgl. LEXIKON S. 281 f.

Nun ist es da. Es ist anzuerkennen, daß da Elemente drin sind, die gut sind, und daß zum erstenmal etwas nach vorn geht, (*Barzel*: Sehr wahr!) aber es sind auch schimärische Dinge drin. Wenn man ihn fragt, woher soll das Geld kommen, dann sagt er: aus Brüssel. – Das ist natürlich eine höchst unwahrscheinliche Sache; mit anderen Worten, er macht ein Programm – ich will es hier ganz offen sagen –, das sehr geschlossen und sehr gut ist. Man verspricht der Landwirtschaft erneut das, was man ihr damals versprochen hat. Man friert zwar bestimmte Preise ein, aber das Einfrieren verhindert die Steigerung der Produktion nicht. Auf der anderen Seite sind Elemente drin, die ausgezeichnet sind, wie die Vermarktungsdinge, die Ordnung des ländlichen Raumes, Strukturmaßnahmen aller Art usw. Politisch kann er nicht anders vorgehen. Wir können die Preise nicht senken. Es ist politisch tödlich, für Weizen, Zucker und Milch jetzt auch noch die Preise zu senken. Dann laufen uns unsere Bauern samt und sonders zur NPD über. Mit anderen Worten, es ist ein Programm, von dem der Landwirtschaftsminister selber zuerst weiß, daß es ein compositum mixtum ist mit einem realen und politischen Zukunftswechsel, der uns natürlich einmal wieder präsentiert werden wird. Aber wir werden es durchkämpfen müssen. Ich hoffe, daß es noch ein bißchen in dem einen oder anderen glaubwürdiger gemacht werden kann.

Es ist nicht mehr viel Zeit vorhanden. Bei der letzten Kabinettsitzung ging es deswegen nicht, weil wir nicht die Mehrheit hatten. Ich mußte also eine Abstimmung vermeiden. Ich habe eine Sondersitzung für Montag einberufen, damit er am Dienstag in der Agrardebatte schon etwas sagen kann.<sup>86</sup> Das wird eine ganz harte Auseinandersetzung mit der SPD werden. Es wird sicher am Montag eine Mehrheitsabstimmung geben, wofür ich gern den Herrn Katzer heute hier gehabt hätte. Der Familienminister wird sich auch nicht gern manche Dinge von der Seele reißen, die da drin sind. Es bleibt uns aber nichts anderes übrig.

Nun zu den Bauern! Ich hatte am letzten Samstag eine Unterhaltung mit dem Fraktionsvorsitzenden und bäuerlichen Freunden. Die sind alle dafür und sagen, das müßt ihr durchkämpfen. Das wird natürlich eine Krise in der Koalition schaffen, die aber, wie ich glaube, ausgehalten werden kann. Aber es wird nicht leicht sein. Ich hoffe, daß dann nicht aus den Reihen der CDU Widerstände kommen werden, die den Verbraucher-Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. Die Unzufriedenheit unter den Bauern hält nach wie vor an. Sie würde ganz bestimmt in die Bundestagswahl des nächsten Jahres hineinreichen, wenn wir jetzt nicht mit einem neuen Programm kämen. Wenn wir erst im nächsten Jahr damit kämen, dann wäre es vorbei. Also, meine Herren, das ist nicht schön, aber es ist notwendig.

Hinsichtlich des Verkehrsprogramms weiß der Fraktionsvorsitzende besser als ich Bescheid. (*Barzel*: Sehr schlecht!) Es sah hier einmal ganz gut aus, und man hatte den Eindruck, man kommt zusammen, aber im Moment sind sie wieder auseinander. Ich

---

<sup>86</sup> Vgl. Sten.Ber. 5. WP 182. Sitzung vom 25. Juni 1968 über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft (Drs. V/2540 vom 8. Februar 1968 und V/2895 vom 13. Mai 1968) S. 9849–9897, Redebeiträge Höcherls S. 9848–9854 und S. 9884–9893.

würde also beide zu mir bitten, um zu sehen, ob ich hier irgendeinen Kompromiß zuwege bringen kann.

Nun zu der Finanzverfassung und den Bildungsfragen im Verhältnis Bund : Länder! Da stecken auf beiden Seiten viele Ressentiments, auch Verärgerung. Der Bundestag macht es sich manchmal leicht, sagen die Länder. Ich habe jedesmal gesagt, ich möchte wissen, wo wir wären, wenn die Kompetenzen in den letzten Jahren beim Bund gewesen wären, weil ich genau weiß, daß dann weit weniger aufgenommen worden wäre, als es so geschehen ist. Auf der anderen Seite ist es so, wie ich schon im „Bericht zur Lage der Nation“ sagte: Die Geschichte wird niemand deswegen entschuldigen, wenn er sagt, mir hat die Kompetenz dazu gefehlt.<sup>87</sup> – Also müssen wir uns zusammenfinden. Wir müssen uns in der CDU/CSU einigen, auch wenn es sich um die eine oder andere Grundgesetzänderung handelt.

Ich würde ja gerne Grundgesetzänderungen vorschlagen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip Kompetenzen vom Bund auf die Länder übertragen. Vielleicht gibt's auch das. Warum nicht! Dann kann man nach dem Prinzip „do ut des“ vorgehen. Ich habe schon manches hier abgewehrt, aber das wird jetzt ebenfalls drinliegen, ohne daß wir mit einem Programm einer wirklichen nationalen Bildungsreform herauskommen. Wir sind uns dabei einig, daß man nicht nur auf die Hochschule starren darf. Das ist ein Ganzes. Wir müssen da wenigstens die Grundlage legen. Ich bin der Meinung, hier hätte die CDU eine ganz große Chance.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die SPD Kraft genug hat, um etwas Überzeugendes daraus zu entwickeln. Sie machen zwar so ein bißchen herum, aber es wird nichts. Die Frage ist, ob wir die Kraft haben, es zu tun.

In der Gemeindefinanzreform stecken wir noch ganz und gar in der Problematik drin. Auch da ist wieder die Frage, woher das Geld nehmen. Wir haben es vorläufig einfach nicht. Die berühmten Ratgeber, die immer wieder sagen, dann müßt ihr halt an einer anderen Stelle schneiden, sollten sich einmal die Positionen ansehen, dann kämen sie sehr rasch darauf, daß man ohnehin gewaltig zugeschnitten hat.

Wir werden ohnehin die ganzen Unruhen mit den Kriegsoffern bekommen; auch die Unruhen über die Familienfinanzen. Fast jedes Ressort muß um mehr Geld kämpfen. Es ist also nicht sehr schön.

Das einzige, was mich tröstet in dieser wirklich unbehaglichen Situation ist, daß wir wirtschaftlich stetig aufwärts fahren. Wir werden zwar keinen Boom erleben im nächsten Winter, aber es geht stetig aufwärts. Unsere Währung ist fest, und wir haben ein soziales System, das nach meiner Meinung das ausschließt, was in Frankreich geschehen ist. In Frankreich ist einfach die Sache so gelaufen, weil sie dort ein veraltetes und ungerechtes soziales System hatten. Ich erinnere mich, daß vor einiger Zeit der Herr Merkle<sup>88</sup> von Bosch – die haben eine Filiale in Paris – mir erzählt hat, er habe mit dem

<sup>87</sup> Vgl. Sten.Ber. 5. WP 158. Sitzung vom 11. März 1968 S. 8168–8176, hier S. 8174.

<sup>88</sup> In der Vorlage: Merklin. – Hans L. Merkle (1913–2000), Unternehmer; 1958 Eintritt in die Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, 1963–1984 Vorsitzender der Geschäftsleitung, 1984–1988 Vorsitzender des Aufsichtsrats.

dortigen Fahrer gesprochen über das, was er verdiene. Dann hätten sie miteinander ausgerechnet, ob das zum Leben reiche. Er habe dann diesem Manne zugeben müssen, daß die 700 Franken, die der verdient, für zwei Leute in Paris tatsächlich zum Leben nicht reichen. Die Frau mußte also arbeiten, nicht um zusätzlich etwas kaufen zu können, sondern um tatsächlich leben zu können.

Abgesehen von den kinderreichen Familien, die angeblich gut leben konnten, ging es einfach nicht. Ich habe mich immer darüber gewundert, daß die Kommunisten das so laufen ließen, dieses rückständige soziale System in Frankreich. (*Kohl*: Das war in ihrem taktischen Interesse.) Offenbar doch! Ich bin überzeugt, etwas Derartiges würde bei uns nicht passieren, wenn wir über die Mitbestimmungsklippe einigermaßen hinwegkommen. Das ist eben unser ganzes Kapital, das wir auch außenpolitisch einsetzen können. Darüber, daß es in allen Ländern wirtschaftlich und währungsmaßig problematisch aussieht, in England, in Frankreich usw., brauche ich nicht zu reden. Politische Schwierigkeiten gibt es in Italien; die haben mit ihrer Regierungsbildung erhebliche Schwierigkeiten.<sup>89</sup> Sie haben immerhin über 30% Kommunisten. Und hier ist ein Land, das solide ist. Nur ist eben das Schreckliche, daß hier solche Vorkommnisse wie diese Studentenunruhen und diese Notstandsproteste ein falsches Bild draußen in der Welt vermitteln. Deswegen ist es auch so, daß wir das vermeiden müssen und solche Sachen möglichst nicht wieder vorkommen.

Das ist also unser großes Kapital. Wenn Ludwig Erhard jetzt noch hier wäre, hätte ich ihm ein Wort des Dankes zu „Zwanzig Jahre DM“ gesagt; denn damit fing es ja an.

Das ist so das Größte von dem, was mich im Augenblick plagt. Es sind zwar noch viele andere Dinge problematisch, aber ich will es dabei zunächst einmal bewenden lassen.

*Amrehn*: Die Position von Berlin läßt sich nur dann halten, wenn die Bevölkerung selbst genügend Standvermögen aufweist. Wir haben schon vor den neuen Maßnahmen, zuletzt auch in der letzten Bundesvorstandssitzung, davon gesprochen, wie schwer dieses Standvermögen angeschlagen ist, z. T. durch die Vorkommnisse in der Stadt, zu einem anderen Teil dadurch, daß Sperrmaßnahmen prinzipiell schon im Januar verhängt worden waren gegen NPD-Mitglieder, im April gegen Bundesbeamte und schließlich auch gegen Herrn Schütz. Dieses Standvermögen wird dadurch nicht gestärkt, daß Herr Brandt gestern am Schluß seiner Rede<sup>90</sup> doch wieder geglaubt hat, sagen zu müssen, man müsse sich daran erinnern, daß wir schon Laufzettel seit je gehabt hätten und auch Geld zahlen müßten. Da steckt nun genau wieder die Tendenz der Verniedlichung drin, die nicht dazu beiträgt, die Berliner Stellung zu stärken. Dazu trägt auch nicht bei, wenn der amerikanische Botschafter am 12. Juni gegen den Rechtsbruch

---

<sup>89</sup> 19./20. Mai 1968 Kammer- und Senatswahlen in Italien mit Stimmengewinnen für die Democrazia Cristiana und die Kommunisten und Verlusten für die Sozialisten. Die Regierungsbildung gestaltete sich schwierig, erst am 23. Dezember gelang es Mariano Rumor, eine neue Regierung zu bilden. Vgl. AdG 1968 S. 13924 f., S. 14399.

<sup>90</sup> Stellungnahme Brandts in der Debatte zur Außenpolitik, vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung vom 20. Juni 1968 S. 9764–9766.

auf der Autobahn protestiert und am folgenden Tag der amerikanische Präsident im Weißen Haus ein neues amerikanisch-sowjetisches Konsular-Abkommen persönlich unterzeichnete, worauf er Wert gelegt hat.<sup>91</sup> Das erscheint als ein Widerspruch zu der Bereitschaft, Aktionen zu unternehmen. (*Kiesinger*: Sie kennen die näheren Einzelheiten?) Ich bin darauf angewiesen, das zu lesen, was in der Zeitung steht.

*Kiesinger*: Es ist noch schlimmer! Dieses Konsular-Abkommen wurde unterzeichnet. Es war ein Zeremoniell mit einer freundlichen Ansprache des Präsidenten vorgesehen. Rusk hat dem Präsidenten geraten, kein Zeremoniell zu machen angesichts der Ereignisse um Berlin. Der Präsident hat insistiert und gesagt, gerade jetzt muß es gemacht werden.

*Amrhein*: Das trägt natürlich nicht dazu bei, die Standhaftigkeit der Berliner zu verstärken, die doch einfach davon abhängt, daß die Erklärungen, die abgegeben werden, auch so gemeint sind. Wenn man sagt, das ist ein Rechtsbruch, und wir werden dagegen etwas unternehmen, dann verliert das seine Glaubwürdigkeit, wenn am nächsten Tag mit aller Macht eine neue Vereinbarung unterschrieben wird, die vielleicht gemacht werden mußte, aber ganz bestimmt nicht am Tage danach.

Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß die Haltung der Berliner sehr davon abhängt, ob etwas geschieht, und nicht davon, ob nur gewarnt wird. Ich würde das Wort, das Herr Schütz gestern im Bundesrat [sic!] gesprochen hat<sup>92</sup>, so auch noch nicht unterzeichnen. Ich bin der Meinung, daß die Berliner sehr viel auszuhalten und weiter zu tragen bereit sind, aber nur dann, wenn sie das Gefühl haben, daß die Position wirklich verteidigt wird. Die Einführung des Visums – Sie haben es selbst gesagt, Herr Bundeskanzler – ist wirklich der ernsteste Vorgang seit dem Bau der Mauer. Das ist in einem Punkt noch ernster, weil zum erstenmal ein unmittelbarer Übergriff in die westliche Lebensatmosphäre stattfindet, die von den Alliierten garantiert ist.

Die Zurückweisung von Journalisten und anderen Personengruppen macht deutlich, daß sich die Zone mit russischer Zustimmung vorbehält, wen sie durchläßt und wen nicht. Das ist wirklich ein ernster und ganz schwerer Angriff auf die Lebensfähigkeit, weil ja von dem Vertrauen auf den relativ freien Zugang, der bisher bestanden hat, die Bereitschaft abhängt, in Berlin zu bleiben, zu investieren und auszubauen. Deswegen scheint es nötig zu sein, daß eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden. Es stellt sich die Frage, welche das sein können oder schon sind. Die erste Maßnahme – wenn ich so sagen darf – war der Besuch des Bundeskanzlers in Berlin.<sup>93</sup> Das hat ganz ohne Zweifel politisch und psychologisch gut gewirkt. Ich weiß nun nicht, was noch alles geschehen

---

91 Vgl. „Memorandum From the Under Secretary of State (Katzenbach) to President Johnson“, in: FRUS Vol. XV Germany and Berlin Nr. 268 (Text im Internet: [http://www.state.gov/www/about\\_state/history/vol\\_xv/za.html](http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xv/za.html)). Vgl. auch Erklärung der drei Westmächte vom 12. Juni 1968 in DzD V/2 S. 756 und Protest bei der UdSSR gegen die Behinderung des Berlin-Verkehrs durch die DDR vom 3. Juli 1968 in DzD V/2 S. 951 f.

92 Schütz sprach am 20. Juni vor dem Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung S. 9698–9701.

93 Kiesinger hielt sich am 13. Juni zu einem fünfständigen Besuch in Berlin auf, vgl. BULLETIN Nr. 74 vom 15. Juni 1968 S. 625 f.



kann, nachdem jetzt das Berlinhilfe-Gesetz<sup>94</sup> verabschiedet ist. Das schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Industrie dort weiter baut, daß Menschen dorthin kommen, aber noch nicht unbedingt die Voraussetzung dafür, daß die Menschen ein zusätzliches Sicherheitsgefühl gewinnen. Das kann auch mit Geld nicht hergestellt werden.

Ich bitte Sie, es jetzt nicht mißzuverstehen, Herr Bundeskanzler, wenn ich jetzt – ich sage es schon seit Monaten – sage: Uns liegt gar nicht so sehr daran, daß wir mehr Geld bekommen, sondern wir haben immer nur darauf gedrängt, daß die bisher geltenden wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen auf lange Zeit in Aussicht gestellt werden, damit eine Planung der Wirtschaft in Berlin, eine sichere Vorausschau ihrer Steuerbelastungen oder Präferenzen erfolgen kann. Wir haben nicht so sehr darauf gedrängt, daß die Beträge erhöht werden. Wenn wir sie jetzt erhöhen und 30% der Investitionszulage gewähren – ein blankes Geschenk von 30% für jede Investition – und daneben 75% Abschreibungsgenehmigungen für die ersten drei Jahre erteilen, dann gerät das bereits in den Bereich des wirtschaftlichen Zweifels, ob denn diese Maßnahmen noch Boden haben, ob nicht gezahlt wird, um zu retten, obwohl politisch das Vertrauen nicht mehr hergestellt werden kann. Diese Maßnahmen, die politisches Vertrauen schaffen, sind ja die Maßnahmen, die wir Gegenmaßnahmen nennen. Hier bin ich der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß wir nicht die ganze Verantwortung auf die alliierte Seite schieben dürfen. Zwar sind die Alliierten verantwortlich für den zivilen Zugang ... (*Kiesinger*: Aber wir haben dafür ...) Herr Bundeskanzler, in diesem Saal habe ich damals mit dem Bürgermeister von Berlin in einer gespaltenen Meinung des Bundeskabinetts und in einer risikoreichen Stunde die Zustimmung dazu gegeben, daß das Interzonenabkommen gekündigt wird.<sup>95</sup> (*Kiesinger*: Eine stumpfe Waffe!) Ich lasse das mal einen Augenblick aus der Betrachtung, sondern sage nur, wir haben damals, obwohl es sich um den von den Alliierten garantierten Zugang handelte, eine deutsche Maßnahme ergriffen, zu der allerdings in diesem Saal die feierliche amerikanische Erklärung abgegeben wurde: Was auch immer die Bundesregierung für richtig hält, die Amerikaner werden diese Maßnahme mit allen Konsequenzen decken.

Heute ist das alles so weit weg. Aber das war damals ein ganz schwerer Entschluß, weil wir den Bürgermeister mitzudecken hatten, obwohl im Kabinett starke Männer sagten, die dagegen gewesen sind aus der Befürchtung, es könnte sich eine Eskalation ergeben. Jeder wußte, was gemeint war. Ich will damit zum Ausdruck bringen, Herr Bundeskanzler, daß die zunächst adäquat erscheinende Maßnahme gegen die Zurückweisung bestimmter Personengruppen von Kirchentagsteilnehmern und vom Heimatvertriebenentag in Berlin<sup>96</sup> eine deutsche Maßnahme war und die Alliierten doch bei-

---

94 Erste Beratung über das „Dritte Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes“ (Drs. V/3019 vom 18. Juni 1968) am 20. Juni 1968, zweite und dritte Beratung am 26. Juni 1968, vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung S. 9694–9702 und Sten.Ber. 183. Sitzung S. 9965. Vgl. auch BGBl 1968 I S. 833 („Drittes Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes“ vom 19. Juli 1968).

95 Vgl. Nr. 18 Anm. 86.

96 78. Deutscher Katholikentag in Berlin vom 13.–17. August 1958, „Tag der Heimat“ des BdV am 6. September 1959.

nahe darauf angewiesen sind, entweder sehr schwere Maßnahmen der Sperrung von Handelsvertretungen oder gar militärischer Art zu ergreifen.

Seit dem Jahr 1949 ist das Junktim des relativ freien Zugangs, also seit dem Jessup-Malik-Abkommen<sup>97</sup>, verbunden gewesen mit der relativen Freiheit des Handels zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Wo also Verkehrswege gestört werden, ist die zunächst adäquate Maßnahme eine deutsche Maßnahme im Bereich des Handels. Nun wird immer gesagt, Herr Bundeskanzler, diese Waffe sei stumpf oder stumpf geworden. Ich wage das heute gar nicht zu beantworten, weil ich nicht die objektiven Quellen kenne, die zu diesem Ergebnis führen. Ich weiß, daß die Meinungen darüber gespalten sind. (*Lebhafte Unruhe.*)

Ich habe neulich mit Wirtschafts-Journalisten darüber diskutiert, die alle anderer Meinung waren. Ich bin heute nicht ganz davon überzeugt, aber ich weiß, daß dieselben Leute, die heute sagen, das und das sei nicht zu machen, auch erklären, die Maßnahme damals sei ein Schlag ins Wasser gewesen. Das dürfe man nicht wiederholen. Ich kann nur gegen diese allgemeine Meinung sagen, daß wir von 1960 an bis 1968 keine einzige Warenbeschlagnahmung mehr gehabt haben, keine Beschlagnahme eines Lastzuges, keine Personenfestnahme, was wir bis zur Kündigung des Interzonenhandels laufend hatten; also hat es diese Wirkung gehabt, daß die Freiheit des Zugangs nach Berlin bis zum Jahre 1968 gewährleistet wurde.

Es bleibt also die Prüfung offen, ob der Widerruf bestimmter Waren-Begleitscheine, ob der Widerruf von Reisegenehmigungen oder die Nichterteilung von Reisegenehmigungen nicht doch eine Rolle spielen kann und hier den Alliierten eine Maßnahme vor-exerziert wird, die sie mitdecken würden und müßten und die ihnen das Gefühl gibt, daß solidarisch gehandelt wird. Zur Zeit entsteht auch für mich der Eindruck, daß die deutsche Regierung sagt: Die Alliierten sind verantwortlich. Und die Alliierten – so auch Herr Kissinger – sagen: Wir wollen handeln und sind bereit dazu, aber ihr müßt auch euren dazu Beitrag leisten. – Ich fürchte, daß die Bereitschaft dazu mehrheitlich in der Bundesregierung oder im Regierungslager zu eigenen deutschen Maßnahmen leider im Prinzip nicht da ist, wenn man sagt, wir machen so weiter wie bisher. Ich komme aber auf den Punkt noch zurück.

Viel wichtiger als eigentliche Gegenmaßnahmen scheint mir zu sein, daß bestimmte Dinge positiver Gestaltung viel mehr gefördert und auch überzeugend und glaubhaft für die Berliner Bevölkerung durchgeführt werden. Ich erinnere daran, Herr Bundeskanzler, daß wir noch immer nicht dieses zentrale Amt haben, das geschaffen werden sollte. Wir haben noch keinen Mann für die eigentlichen Maßnahmen der Wirtschaft in Berlin. Wir haben keinen Mann, der die Möglichkeiten des geistigen und kulturellen Lebens in Berlin irgendwie angeht und ausschöpft, und zwar mit öffentlichen Instituten, nicht unmittelbar mit Bundesministerien, weil das nicht mehr politisch geht, aber doch mit einer Fülle von anderen Instituten, um den Bund in seinen Gliederungen nach Berlin zu bringen. Diese Dinge sollten zentral gemacht werden. Wenn nun der Osten sagt, Berlin

---

97 Vgl. Nr. 18 Anm. 89.

gehört nicht zum Bund, dann muß darauf ... (*Kiesinger*: Das sagt leider nicht nur der Osten!) Der Westen meint, wenn er es sagt, nur die juristische Seite, während es dort politisch gemeint ist. Wir können es auch nur politisch meinen, wenn wir sagen, wir gehören zusammen. Ich finde, daß insoweit beispielsweise die Ernennung eines Bundesministers für Berlin, der dann auch diese Aufgaben bekäme, etwas wäre, was glaubhaft werden kann, wenn er dann auch entsprechend arbeitet. Wir sind diejenigen, die nun unterschreiben müssen „Ich bin Bürger der selbständigen politischen Einheit West-Berlin“. Ich werde das nächste Woche selber versuchen. Ich möchte sagen, das ist ein intellektuelles Opfer, das die Berliner da bringen müssen, von einer gewissen politischen Tragweite.

Nun ist mir heute gesagt worden, im Bundestag sei dagegen sehr deutlich Rechtsverwahrung eingelegt worden namens der Regierung. Ich bedauere, daß das gerade in der „Welt“ nicht abgedruckt ist. Wir warten darauf, daß uns die Regierung sagt ... (*Kiesinger*: So ist es nicht. Natürlich habe ich das klipp und klar gesagt; Wehner übrigens auch.<sup>98</sup> – *Starke Unruhe*.) Die Zettel, die wir auf der Autobahn unterschrieben haben, haben keine Gültigkeit. (*Anhaltende starke Unruhe*.)

Herr Bundeskanzler, es hat neulich schon einmal eine andere Form gegeben. Ich fürchte, daß in der Ernsthaftigkeit dieser Situation – was Sie selbst befürchten – in Ermangelung von entscheidenden Warnungen der Weg so weitergehen könnte, daß die Berliner zu der Abstimmung darüber aufgerufen werden könnten, wohin sie gehören wollen. Das hatten wir schon einmal in einem Gesetzentwurf selber vorbereitet. Ich fürchte, daß der Zeitpunkt, wenn wir ihn jetzt nicht schaffen, dafür zu spät werden könnte. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß das getan werden sollte, auch wenn der Einwand kommt, das sehen die Russen nicht gern, das stört den Weg unserer Politik.

Nun erlauben Sie mir bitte, Herr Bundeskanzler, daß ich zu der Grundfrage, die Sie neulich als Frage in Berlin aufgeworfen haben, noch ein Wort sage. Die Frage danach, ob sich die bisherige Ostpolitik auszahlt, würde ich insofern trennen, was man mit den Ostblockstaaten getan hat und was im Verhältnis zu Pankow geschehen ist. Im Verhältnis zu Pankow haben wir den Swing-Betrag von 200 Mio. DM auf 700 Mio. DM erhöht. Wir haben sie davon befreit, jeweils zum 30. Juni den Saldo auszugleichen. Wir haben die Warenlisten erweitert. Wir sind dafür gewesen, daß die kommunistischen Funktionäre wieder reisen dürfen. Wir haben die Widerrufsklausel aufgehoben, auch die Waren-Begleitscheine mit der Begründung: Die Klausel brauchte acht Jahre nicht angewendet zu werden, also hat sie keinen Sinn.<sup>99</sup> – Jetzt wäre der erste Anwendungsfall dafür. Aber wenn man das alles getan hat, Herr Bundeskanzler, dann doch eigentlich in der Annahme, daß, auch wenn die sonstige Ostpolitik einen zusätzlichen Druck Moskaus und Pankows auf uns erwarten läßt, daß gerade mit diesem Entgegenkommen

---

<sup>98</sup> Vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung vom 20. Juni 1968 S. 9694 f. (Redebeitrag Kiesinger) und S. 9738–9744 (Redebeitrag Wehner).

<sup>99</sup> Am 6. Dezember 1968 wurden die Vereinbarungen für den innerdeutschen Handel bis 1975 festgeschrieben, u.a. wurde der zinslose Überziehungskredit (Swing) erhöht, vgl. DzD V/2 S. 1558–1560.

und dieser Bereitwilligkeit Pankow gegenüber das Klima in Pankow soweit verbessert wird, (*Kiesinger*: Nein!) daß sie nicht zur Einführung des Visums schreiten, was wir als Gefahr seit sieben Jahren gesehen haben.

Wenn man der Meinung ist, Herr Bundeskanzler, daß das nicht ausgeschlossen werden konnte oder jedenfalls als Möglichkeit dennoch weiter in Betracht gezogen wurde, dann würde ich sagen, haben wir mit diesem Entgegenkommen die Hemmungen vor solchen Maßnahmen in Pankow nicht vergrößert, sondern das Vorgehen erleichtert. Dann muß, Herr Bundeskanzler, befürchtet werden, daß – wenn auch jetzt nichts geschieht zwischen den Amerikanern und den Russen und zwischen den Deutschen und den Deutschen – die Dinge so weitergehen. Die Berliner sind besorgt darum, daß der nächste Schritt im Luftkorridor kommt; nicht daß der Flug selbst angegriffen wird, aber daß in der Luftsicherheitszentrale sich die Russen – was wir auch seit Jahren befürchten – zurückziehen und die Verantwortung auf andere Leute übertragen. Wenn also diese Art der Politik fortgesetzt und unverändert gesagt wird, daß die Standhaftigkeit der Berliner nicht mehr gefestigt werden kann, so ist das die Gefahr, Herr Bundeskanzler, die wir seit mindestens einem halben Jahr durchlaufen.

*Kiesinger*: Herr Amrehn, es ist doch umgekehrt. Das Verhalten Pankows wird durch ganz andere Dinge bestimmt. Das sind doch keine echten Entgegenkommen gewesen. Wir konnten in unserer Ostpolitik Pankow nicht ausklammern. Die Vorschläge in meinem Brief an Stoph sind nicht angenommen worden, weil sie unangenehm waren.<sup>100</sup> Die anderen Sachen waren zum großen Teil rechtlicher Art. Daß Pankow so vorgeht, ist einfach dadurch zu erklären, daß sie aus der Isolierung ausbrechen wollen, die ganz zwangsläufig kommt. Nun versuchen sie, einen Druck auf uns auszuüben. Sie versuchen, in Richtung auf West-Berlin aus der Isolierung auszubrechen. Überall im Osten sehen wir doch, daß man die Brüder ablehnt, daß man sie kritisiert, das hängt zusammen mit Moskau. Moskau empfindet diese Politik als Offensive, mit Recht; es ist eine offensive Politik, und das soll sie auch sein, aber immer zugleich – wie das eben so in der Politik geht – mit dem Hinweis, unter vernünftigen Menschen läßt sich ja reden.

Was glauben Sie denn, was geschehen wäre, wenn wir diese Politik überhaupt nicht gemacht hätten, wenn wir so weiter gemacht hätten wie in früheren Jahren mit der Hallstein-Doktrin usw. Wir verschanzen uns hinter unseren juristischen Zäunen und lassen uns wieder einmal die Versicherung unserer Verbündeten geben: Wir stehen immer noch zur Sache. – Glauben Sie, daß nichts geschehen wäre, daß sie die Situation dieses Jahres nicht ausgenutzt hätten? Ich glaube das nicht.

*Amrehn*: Herr Bundeskanzler, die Antwort darauf, was geschehen wäre, ist in der Geschichte immer ungeheuer schwer. Aber nicht umsonst habe ich erzählt, was wir 1960 gemacht haben, und zwar mit dem entschiedensten Entschluß der Abwehr einer vorläufigen temporären Maßnahme usw. ... (*Sehr starke Unruhe.*) Ich bitte darum, Herr Bundeskanzler, daß Sie nicht die Ostpolitik in ihrer Gesamtheit mir als Frage vorhalten. Deshalb habe ich unterschieden zwischen dem, was gegenüber den Ostblockstaaten ge-

---

100 Vgl. Nr. 14 Anm. 8.

schieht, und dem, was unser Verhalten gegenüber Pankow angeht. Nun ist natürlich die Frage – die werden auch Sie nicht beantworten können –, ist die Maßnahme mit dem Visum eine Wirkung der Politik, oder ist man unabhängig davon zu einer Einführung des Visums gekommen? Wenn ein Zusammenhang da ist, dann stellt sich die Frage, ob diese Bereitschaft zu Pankow hin sich dann lohnt, wenn Berlin durch Belastungen geht, die es jetzt nur noch viel schwerer ertragen kann als früher, und Berlin selbst in eine innere Krise der Haltung geraten läßt. Da würde ich sagen, wenn die Frage so gestellt wird, nein, das ist es nicht wert, sondern da kommt es darauf an, durch Abwehr Pankows Gelüste ein bißchen zu beschneiden.

*Kiesinger:* Wenn wir die Waffen haben! Die haben sich inzwischen anderweitig eingedeckt. (*Amrehn:* Ich denke an die Lieferungen von Stahl und Maschinen!) Nein, Sie dürfen mir glauben, das ist eine stumpfe Waffe geworden, die sich sogar gegen die Interessen Berlins wendet, wenn man sie anwendet. Ich bin der Letzte, der es nicht anwenden und sagen würde, jetzt wird es gekündigt, wenn es wirklich noch eine Waffe wäre; aber die haben sich umorientiert in diesen Jahren. Seit dem Bau der Mauer haben die eben etwas anderes hinter dieser Mauer aufgerichtet.

Die Frage ist einfach zu stellen, welche Maßnahmen können wir jetzt noch anwenden? Damals war die Kündigung des Abkommens wirklich noch eine Waffe. Ich bin der Meinung, sie hat auch gewirkt. Heute ist es sehr fraglich. Ich sperre mich gar nicht a limine dagegen, aber mir sagen alle Leute, die sich auf diesem Gebiete auskennen, und die ich gefragt habe, es ist eine stumpfe Waffe. Dann muß man fragen, was können wir selbst tun? Dann kamen diese Vorschläge mit dem Nord-Ostsee-Kanal.<sup>101</sup> Das kann man sich überlegen. Das würde sie natürlich, wenn wir es anwendeten, sofort in die Lage versetzen, auf dem Wasserwege durch die Zone nun ihrerseits Schikanen anzuwenden. Also mit anderen Worten, wenn es um einen Krieg mit Schikanen geht, sind wir nach meiner Meinung leider am kürzeren Hebelarm. Aber wenn Sie mir raten können, welche Maßnahmen ihnen wirklich weh tun, z. B. die Schließung von Handelskontoren usw. ... (*Amrehn:* Reisesperren usw.! Das Travel Board hat doch vor einem halben Jahre kommunistischen Funktionären die Einreise verweigert.<sup>102</sup> Die Amerikaner tun es nur, wenn sie sehen ...) Das ist ja beschlossen! (*Lebhafte Unruhe.*) Die Frage ist doch, was können wir jetzt tun? Sie sagen, wir müssen etwas tun, dann tun die anderen mit. In dem Contingency Planning steht immer das Handelsabkommen in erster Linie, weil die sich einbilden, das wäre für uns ein großes Geschäft, und wir würden nicht gern auf dieses große Geschäft verzichten und verlangten von ihnen Maßnahmen, aber wir selber wollten nach wie vor das Geschäft machen. Dieser Zahn ist ihnen inzwischen gezogen worden. Sie wissen, daß das nicht so ist. Wenn das aber zweifelhaft ist, dann erhebt sich sofort die Frage, was ist wirklich wirksam; was können wir an wirksamen Dingen tun? Ich meine jetzt nicht alle diese Dinge, die zur Kräftigung Berlins in wirtschaftli-

101 Vgl. „Welt“ vom 12. Juni 1968 „Sondersteuer für Auto- und Schiffsverkehr“.

102 Nach Gründung der NATO mußte die Einreise aus der DDR vom Allied Travel Board (alliiertes Reiseamt) in Berlin (West) genehmigt werden; nach Aufnahme der Vier-Mächte-Gespräche über Berlin 1970 stellte es seine Arbeit ein.

cher Hinsicht beitragen, aber Verhaltensmaßnahmen gegenüber dem Regime drüben. (*Starke Unruhe.* – *Amrehn:* Wir sollten den kommunistischen Funktionären auch Reisebeschränkungen auferlegen. Natürlich hat das immer einen Zusammenhang mit den Handelsmaßnahmen.) Hier steht das Grundgesetz im Weg. Wir haben ja ein „wunderbares“ Grundgesetz gemacht, daß wir, wenn wir solche Maßnahmen durchgeführt hätten, sofort in Konflikt mit dem Grundgesetz gerieten. Was wir tun können ohne gesetzliche Änderung, ist einfach, es de facto zu machen. Wir könnten an der Grenze sagen: Du kommst nicht hinein! – Dann wollen wir mal sehen, was sie machen. Ich habe mich nur geschaut, das zu verkünden, weil es gegen unsere eigene Konzeption, gegen unser Grundgesetz ist.

Es ist ja beschlossen, daß die Travel-Ausweise für die kommunistischen Funktionäre nicht mehr ausgegeben werden. (*Starke Unruhe.*) Die Schutzmächte sind sich einig, wenn wir es wollen. (*Amrehn:* Obwohl die Widerrufsklausel nicht mehr besteht.) Sie sollen nicht sagen, daß wir etwas tun, sondern sie sollen sagen, was wir tun sollen.

*Amrehn:* Ich sage beispielsweise, die Lieferungen von Maschinen und Stahl, die ständig in die Zone gehen, sollten mindestens verzögert oder gesperrt werden. Das sind aber alles Dinge, die politisch entschieden werden. Sie sind vor einem halben Jahr dahin entschieden worden, daß man nicht mehr dieses Instrument in der Hand haben will. (*Anhaltende Unruhe.*) Man muß nicht das ganze Abkommen kündigen, wenn man das Instrument bestehen lassen will.

*Kiesinger:* Ich habe ja nichts dagegen, daß wir Schwierigkeiten machen; nur das Argument, wir müssen etwas tun, ist doch etwas Gewichtiges. Es wird gesagt, wir sollen etwas tun; dann tun es auch die anderen. Ich sage Ihnen, mit bloßen Vergeltungsmaßnahmen kommen wir überhaupt nicht weiter. – Herr Gradl!

*Gradl:* Herr Bundeskanzler, es kommt auf etwas anderes an. Ich glaube, niemand an diesem Tisch bildet sich ein, daß wir Gegenmaßnahmen treffen können, vor denen die anderen in die Knie gehen.

Die haben wir nicht. Worauf es ankommt, ist, einer psychologischen Krise in Berlin zu begegnen. Ob diese psychologische Krise da ist oder ob wir erst hier am Rande sind, das wird sich zeigen. Aber daß eine ernste psychologische Entwicklung in Berlin droht, ist klar. Wir wissen genau, wenn die Alliierten sich etwa darauf berufen könnten, daß sie nicht mehr mit der vollen Zustimmung der Berliner in Berlin sind, dann gehen sie. Es gibt Pässe der Amerikaner aus dem Jahre 1961 – ich habe sie jetzt nachgesehen –, darin ist das gesagt.

Die Bemerkung, die gestern abend Herr Kissinger gemacht hat über das Vietnam-Problem<sup>103</sup>, weist darauf hin – hier an diesem Tisch darf man das sagen –, daß sie dort sogar eine Entwicklung suchen, die es ihnen gestattet, deutlich zu machen, daß sie selber nicht wollen dazubleiben. (*Von Hassel:* Daß sie selber nicht – was? – *Kohl:* Nicht wollen, daß sie bleiben.) Daß die süd-vietnamesische Regierung selber nicht mehr in der Lage ist, das Heft in der Hand zu halten, und daß die süd-vietnamesische Bevölke-

---

103 Nicht zu ermitteln.

rung nicht mehr gewillt ist, den bisherigen Kampf mit den Amerikanern fortzusetzen. Darauf bauen sie ihre Spekulationen auf, wonach ihnen die Situation, zwar nicht von heute auf morgen, aber doch in Jahren, es gestatten könnte, sich aus dieser Problematik zu lösen. (*Starke Unruhe.*)

So hat er es uns gesagt. Das Problem ist, der psychologischen Krise in Berlin zu begegnen. Dazu gehört, daß man irgend etwas unternimmt, was den Berlinern den Eindruck vermittelt, die lassen sich nicht alles gefallen. Von der Kündigung des Interzonenabkommens – das sage ich hier an diesem Tisch – halte ich nichts. Erstens ist es nicht viel, zweitens hat es keinen Sinn, wenn die anderen nicht mitmachen. Wenn wir aus dem Geschäft hinausgehen und die Leute aus Brüssel und Paris hineingehen, ist die Sache sowieso ohne Wirkung. Man könnte es nur mit einem Embargo machen.

Herr Bundeskanzler, ich glaube, es wäre doch ganz eindrucksvoll, wenn wir die drei Alliierten dazu bekommen könnten, daß sie die Reisebüros, die sie in Berlin haben, schließen. Es gibt hier zwar solche Überlegungen, die beziehen sich aber nur darauf, daß man die Propaganda-Abteilungen schließt. Nun soll mal hier einer herausfinden, wer da Propaganda macht. (*Starke Unruhe.*)

Wenn erreicht werden könnte, Herr Bundeskanzler, daß man den Zonenschiffen, die durch den Nord-Ostsee-Kanal fahren, dieselben Gebühren auferlegt, wie sie diese von unseren Schiffen verlangen, dann wäre das eine gute Sache. Hinzu müßte kommen das Verweigern von Reisen politischer Funktionäre usw. Das sind Dinge, die den Leuten das Gefühl vermitteln: Wir tun etwas. (*Kiesinger: Darüber sind wir uns ja einig. – Starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler, ich möchte noch eine Bemerkung zu dem Gespräch mit Herrn Brandt machen. An dieser Bemerkung liegt mir viel, gerade wegen der gestrigen Rede von Herrn Brandt. Ich bitte Sie sehr darum, ihm zu sagen, daß er in seinen Gesprächen nicht den Eindruck erweckt, als ob das noch nicht die Krise sei. Wir wissen auch, was hier ist und was nicht, aber wenn wir überhaupt die Alliierten bewegen können, wirklich aktiv zu werden, dann nur auf dem Wege über das Erwecken der Angst, hier könnte sich ein Konflikt entwickeln, der sie unendlich viel stärker engagiert als bisher. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Ich war Anfang 1962 bei Herrn Rusk. Ich habe diesen Mann selten so erregt gesehen – er wird dann in seinem Gesichtsausdruck etwas starr und blaß –, als er uns die Frage stellte, was können wir tun, damit die Russen merken, daß wir es ernst meinen. Damals habe ich die Sorge dieses Mannes – und auch anderer Amerikaner – gesehen, sie könnten in Berlin in eine Situation hineinrutschen, die ihnen die große Konfrontation bringt. Deswegen muß Herr Brandt ihnen deutlich machen, daß hier in der Tat ein kritischer Punkt erreicht ist und man sich nicht darauf verlassen kann, daß die kritische Grenze von der anderen Seite eingehalten wird.

Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, ob es Ihnen gestern aufgefallen ist; es hat sich in der Bundestagsdebatte eine offene Differenz zwischen Herrn Wehner und Herrn Brandt ergeben. (*Kiesinger: Natürlich! – Barzel: Auch eine Differenz zwischen Brandt morgens und Brandt abends! – Heiterkeit und starke Unruhe.*) Ich hatte am Morgen gesagt: Ich wage nicht – wie ich es bisher getan habe – anzunehmen, daß die Sowjets un-

ter allen Umständen das tun werden. Dann hat Herr Wehner nach Herrn Brandt mittags gesagt: Ich teile diese Sorgen in vollem Maß. – Das war eine ganz offene Differenz. Ich halte die Sache für so wichtig, daß Sie mit Herrn Brandt deutlich sprechen, Herr Bundeskanzler. Hier ist wirklich Gefahr im Verzuge.

*Kiesinger:* Deshalb habe ich ihn ja bestellt. Das ist der Zweck der Übung. Deswegen habe ich auch den amerikanischen Botschafter<sup>104</sup> bestellt. Ich muß jetzt um Nachsicht bitten, meine Herren. Ich darf den Herrn Bundespräsidenten nicht warten lassen. Er hat mich zu sich gebeten mit der Angabe, er habe einen besonderen Grund.<sup>105</sup> Ich kenne diesen Grund nicht. Ich weiß, daß wir bei der letzten Sitzung das Thema besprochen hatten, und wir wollten es diesmal im Bundesvorstand behandeln.

*Barzel:* Herr Bundeskanzler! Darf ich dazu etwas sagen! Da wir das Thema heute – entgegen der Presse – nicht behandeln, muß gesagt werden, das sind alles Spekulationen. Wie können wir überhaupt einen Namen nennen, solange das Ganze nicht entscheidungsreif ist. Diese Spekulationen müssen weg. Das wollte ich noch in Ihrer Gegenwart sagen, Herr Bundeskanzler. Das sollten wir noch, wenn es geht, als Beschluß publizieren.

*Kiesinger:* Ich glaube, das müssen wir sagen. (*Heck:* Das nehme ich auf.) Ich stelle Ihnen nun anheim, meine Herren, wie Sie weitertagen. Ich will nicht eine Aussprache über Berlin, die sehr wichtig ist, abschneiden. Wenn ich selber jetzt nicht mehr dabei sein kann, so kann ich doch von Herrn Heck hören, was an guten Gedanken hier vorgebracht worden ist. Die Frage der Abstimmung in Berlin, der Berlin-Minister usw., das sind alles Vorschläge, die man noch einmal unter Freunden erörtern muß. – Herr Fay!

*Fay:* Herr Bundeskanzler! Darf ich noch eine Bemerkung zum Bundespräsidenten machen. Es ist heute morgen in der Zeitung angeklungen, als ob da und dort die Absicht bestünde, die Frage eines vorzeitigen Rücktritts mit einer politischen Sache zu koppeln.<sup>106</sup> Ich möchte herzlichst darum bitten, daß das auf keinen Fall geschieht. Wir haben uns in dieser Frage in der Vergangenheit Gott weiß nicht mit Ruhm bekleckert. Wir würden sehr schief vor dem deutschen Volke stehen, wenn das nun wiederkäme.

Es ist gesagt worden, die Frage des Mehrheitswahlrechts sollte damit gekoppelt werden, eventuell eine Koalitionsbindung nach der Wahl 1969. Ich sage noch einmal: Weg von einem politischen Junktim!

*Kiesinger:* Ich bin ganz Ihrer Meinung! – Herr Kohl.

*Kohl:* Bei dieser Äußerung, Herr Barzel, sollte man ein bißchen in die Nähe der SPD kommen und einfach sagen: der Termin der Bundesversammlung. – Das ist dann besser umschrieben. (*Barzel:* Ich will nur zwei Sätze sagen.)

*Kiesinger:* Ich bitte also jetzt darum, diese hehre Runde verlassen zu dürfen. Wenn Sie aber noch einige Gedanken austauschen wollen, was wir hinsichtlich Berlin tun können, dann lassen Sie mich das Ergebnis wissen.

*Heck:* Wird das Wort zum Thema „Berlin“ noch gewünscht? – Herr Barzel.

104 Vgl. Anm. 74.

105 Vgl. MORSEY S. 564.

106 Vgl. „Welt“ vom 21. Juni 1968 „Soll der Bürger sein Staatsoberhaupt direkt wählen?“.



*Barzel:* Ich möchte noch gerne ein paar Worte sagen. Ich glaube nicht – der Herr Bundeskanzler weiß das aus vielen Gesprächen, die wir in diesen Wochen in verschiedenen Gremien hatten –, daß sowohl wir wie der Westen insgesamt so ohnmächtig sind, wie dieser sich darstellt.

Ich glaube zum zweiten, daß das Instrumentarium auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet nicht zusammengestellt ist. Sicherlich würde auch ich einer isolierten Kündigung des Interzonenabkommens widerraten, weil es die Zone störfrei gemacht hat, wie sie das nennen. Aber die Störfreimachung ist abhängig davon, daß eben die Lieferungen, die von uns nicht kommen, Ersatz finden aus befreundeten Ländern. Deshalb muß ein Zusammenhang hergestellt werden, aber nicht bis in die Nähe eines Embargos, sondern nur der Zusammenhang zwischen der Behinderung oder Schließung von Behörden der DDR im befreundeten Ausland und der Behinderung oder Erschwerung z. B. des innerdeutschen Handels. Das Mindeste, was wir lernen müssen, ist, wieder ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu schaffen. Früher ging das ganz leicht. Franz Amrehn hat den Leopold<sup>107</sup> angerufen und gesagt: Rufen sie bei dem Behrendt<sup>108</sup> an und fragen sie, wie lange der Ansturm über Pfingsten auf der Autobahn andauert, wie lange es dauert, bis man die T-Träger hingestellt hat; die machen dann solange eine Teepause. (*Unruhe und Heiterkeit.*) So konnte man früher verfahren. Aber das ist heute vorbei. Es ist also ein Instrumentarium hier zu schaffen.

Ich habe neulich hier gesagt – und dem hat keiner widersprochen, Herr Amrehn –, daß es sicher nicht sehr zweckmäßig ist, wenn z. B. der Regierende Bürgermeister von Berlin nicht über die Autobahn fahren kann, daß er dann zum Flughafen geht und mit der nächsten Maschine fliegt. Das ist zweckmäßig, um die Termine einzuhalten. Politisch zweckmäßiger wäre es, wenn er im Wagen des amerikanischen Gesandten in Berlin oder im Wagen des Botschafters das nächste Mal über die Autobahn führe. (*Amrehn:* Es fahren ja auch jeden Tag alliierte Eisenbahnzüge.) Es gibt noch weitere Dinge aus dem Instrumentarium. Wenn nichts passiert, dann wird das eskalieren. In der vorigen Woche haben wir gesagt: Wenn die das Visum machen, dann werden sie es auch erweitern. – Das ist schon passiert. Wir haben schon in acht Tagen die erste Eskalation. Heute lesen wir in der Zeitung die Sache mit den Atlanten.<sup>109</sup> Da ist ein Lastkraftwagen nicht durchgekommen, weil er Atlanten geladen hatte, in denen die DDR nicht enthal-

---

107 Dr. Kurt Leopold (1900–1973), Volkswirt; 1953–1965 Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel.

108 Heinz Behrendt (geb. 1913), Wirtschaftsfachmann (DDR); 1953–1958 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, 1958–1965 Leiter der Abteilung Innerdeutscher Handel im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 1965–1978, einer der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel.

109 Vgl. „Welt“ vom 21. Juni 1968 „Lastzug mit Atlanten durfte nicht weiterfahren“.

ten war. So geht das natürlich jetzt weiter. Ich weiß auch nicht, ob junge Arbeiter trotz dieser 30% nach Berlin gehen.<sup>110</sup> Machen wir uns doch nichts vor.

Zweitens möchte ich den Gedanken von Amrehn nach einer Abstimmung in Berlin mindestens soweit teilen, daß wir unsere Berliner Freunde ermutigen sollten, diese Initiative zu ergreifen. Das würde ich ernsthaft erwägen.

Ferner würde ich unsere Berliner Freunde bitten, die gestrigen Protokolle des Bundestags nachzulesen. Hier ist nicht nur eine Stimmung, sondern auch eine Bereitschaft zu erkennen. Diese Stimmung meine ich nicht nur als Erkenntnis der Ohnmacht, sondern auch als eine Bereitschaft zum Hinnehmen, weil hier eben verwechselt wird die Fortsetzung der Ostpolitik und die Wahrung der Lebensrechte. Es ist Gott sei Dank Herrn Wehner und uns gelungen, zwischen dem zu unterscheiden, was man in Osteuropa an aktiver Politik macht, und dem, was hier geschieht.

Ich würde den Herrn Bundeskanzler ermutigen, das politische Gespräch in dieser Frage zu suchen. Er hat ja allerhand Absichten über das hinaus, was er hier heute – wenn ich ihn richtig verstanden habe – mitgeteilt hat. (*Anhaltende Unruhe.*) Mehrere Kollegen haben von Vietnam gesprochen. Ich weiß nicht, ob ich phantasie, (*Bewegung und Unruhe.*) aber nach meinem Gefühl phantasie ich nicht. Ich stütze mich auf Informationen, wonach in Ostasien die Amerikaner offensichtlich dabei sind, sich zu sagen, wenn das noch sehr lange dauert, dann wird das eine Perspektive haben, daß dieser ganze Bereich dort praktisch rotchinesisch ist. Man will dann lieber demgegenüber als Alternative eine jugoslawische Lösung zwischen dem Meer und Rotchina herbeiführen. Es ist offensichtlich eine Überlegung in Washington: Nun müssen wir sehen, was eigentlich in Europa los ist. – Da sind dieselben Gehirne, die da denken, ob das nun über Ostasien, über Europa oder über sonstwas geht. Ich glaube, diese politische Frage muß man aufwerfen, und zwar unabhängig von Berlin und der Eskalation. Ich bin des festen Glaubens, daß die schlappe Reaktion – so wird sie empfunden – einen ganz klaren Auftritt für die NPD bietet. Ich finde es nicht zufällig, daß die erste massive Störung von der NPD mit 250 Leuten am 17. Juni in Berlin aus diesem Anlaß erfolgt ist.<sup>111</sup> Die hatten sogar ihre Transparente. Das ist eine Art von Störung, bei der man sich darauf einstellen muß, mit einem Witz oder mit einer intelligenten Bemerkung möglichst viel Aufmerksamkeit hervorzurufen. Die machen das mit Brachialgewalt. In der 11. Minute rufen sie: Deutschland erwache! –, und in der 20. Minute verbrennen sie eine rote Fahne. Da ist mit Intelligenz nichts zu machen. Auf solche Geschichten müssen wir uns natürlich einstellen. Wir spüren es alle, was jetzt passiert, wird als Schlacht empfunden. Das wird seine inneren politischen Auswirkungen haben. Die NPD braucht das, um auch gegenüber uns eine gewisse Politik zu betreiben.

---

110 Zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der Leistungsfähigkeit Berlins sah das „Dritte Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes“ vom 19. Juli 1968 (vgl. Anm. 94) wurde die Investitionszulage für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die ausschließlich der Forschung und Entwicklung dienen, auf 30 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten erhöht.

111 Vgl. „Welt“ vom 18. Juni 1968 „Von den Sowjets mit Bajonetten zurückgehalten“.

*Heck:* Eine Frage, Rainer! Neulich in dem Koalitionsgespräch wurde von Helmut Schmidt ein ganzes Bündel an Möglichkeiten aufgezählt.<sup>112</sup> Ist das aufgegriffen worden in der Koalition? (*Barzel:* Es wird nur geredet.) Ich kann es im einzelnen nicht beurteilen. Mir war das eigentlich imponierend. Das war zwar für sich nicht durchschlagend, aber so als Bukett war es ganz beachtlich. Ich bin der Meinung, daß in der Sache die Fraktion initiativ werden soll. (*Zuruf:* Das ist eine Sache der Exekutive.) Auch bei der Exekutive, wo der federführende Minister Wehner heißt. Da aber der Außenminister nicht mitmarschiert, (*Sehr starke Unruhe.*) muß das von der Fraktion her kommen. – Herr Amrehn!

*Amrehn:* Die Sache kann nur gelingen, wenn man es will. An den Schaltstellen der Ämter, auf die es ankommt, sitzen aber durchweg Leute, die es nicht wollen. Das sind Schiller, Wehner und Brandt. Diese drei möchte ich einmal nennen, die es nicht wollen. Wenn man erst innerhalb der Regierung gewissermaßen abstimmen sollte, dann ist es schon nicht mehr zu machen. (*Von Hassel:* Wehner möchte ich ausnehmen. – *Starke Unruhe.*) Ich habe bisher auch bei Herrn Wehner nicht den Eindruck gewonnen, daß er am 17. Juni, wo er Gelegenheit gehabt hätte, das in Betracht zu ziehen, darauf verzichtet hat. Er hat eine ganz schwache Rede gehalten.<sup>113</sup>

Die Störfreimachung ist doch der Zone nicht gelungen, Herr Dr. Barzel. (*Lebhafte Unruhe.*) Im wesentlichen ist die Störfreimachung gescheitert. Darüber streitet keiner mehr. Die Frage ist nur, ob das westliche Ausland einspringen könnte – das ist eine politische Entscheidung –, wenn die Währung eine Westmark gegen eine Ostmark in Deutschland steht. Der Vorteil für die Zone besteht darin, daß man eine Ostmark bezahlt und dafür eine Westmark erhält. Das können sie aber mit dem Pfund und dem Dollar nicht machen. Insoweit ist die Störfreimachung in der Tat nicht gelungen.

Ein letzter Punkt! Ich habe das heute wieder gehört, und Herr Brandt hat es gestern wieder verwendet, wie schon im Januar nach dem Gespräch mit Zarpapkin<sup>114</sup>: Die Russen wollen keine Krise. – Natürlich wollen die keine Krise. Wir können doch von denen nicht erwarten, daß sie uns bescheinigen: Wir wollen eine Krise. – Nein, sie wollen alles ohne Krise haben. Aber sie argumentieren dauernd mit dieser Auskunft von Abrassimow oder Zarpapkin. Und das scheint mir das allerschlechteste zu sein.

*Heck:* Brandt hat im Kabinett etwas subtiler argumentiert. Er sagte, Abrassimow versuchte, den Eindruck zu machen, als ob sie keine Krise wollten. Daß das ein Argument war, ist klar. Seine Rede gestern hat die Tendenz dreimal unterstrichen.

Zu Berlin liegen Wortmeldungen nicht mehr vor. – Herr von Hassel!

<sup>112</sup> Koalitionsgespräch am 18. Juni 1968, vgl. ACDP 01–226–010.

<sup>113</sup> Wehner sprach auf der Kundgebung zum „Tag der deutschen Einheit“ in Berlin, vgl. DzD V/2 S. 796–802.

<sup>114</sup> Am 19. Januar 1968 in Bonn (AAPD 1968 Nr. 23). Vgl. auch das Gespräch Duckwitz–Zarpapkin vom 29. Januar (AAPD 1968 Nr. 32).

VERSCHIEDENES

*Von Hassel:* Ich habe mich zu Wort gemeldet, um etwas zu den Studentenunruhen und der Entwicklung an den Hochschulen, die der Bundeskanzler aufgegriffen hat, zu sagen. Ich habe den Eindruck, daß die Wellen der Demonstration zurückschlagen. Aber wir müssen uns davor hüten, jetzt alles als überwunden zu betrachten und uns nicht weiter um eine vernünftige Lösung zu bemühen. (*Kohl:* Das ist die große Gefahr.) Wenn wir jetzt nicht eine vernünftige Lösung finden, dann kommt nachher die Sturmflut noch stärker zurück als vorher. Meine Bitte ist deshalb, daß der Generalsekretär und wir alle dafür sorgen, daß dieser vernünftige Entwurf für die Hochschule und was dazu gehört, gefunden wird.

Das Zweite: Ich wollte eigentlich dem Herrn Bundeskanzler ein bißchen widersprechen in der Frage des RCDS. Der RCDS ist in einer ganz mißlichen Lage. Bei der Mentalität der Studenten draußen werden solche Leute nicht gewertet, die sichtbar machen, daß sie den Standpunkt der CDU vertreten. Sie werden an den Universitäten nur mit einer gewissen Aufmerksamkeit betrachtet, wenn sie sich nicht in einer modernen Form von der Partei abheben. Man muß also bei den führenden Leuten des RCDS diesen Konflikt zwischen ihrer inneren Einstellung zur CDU und der Situation an den Hochschulen, bei der sie völlig untergehen, wenn sie diese innere Einstellung zu deutlich dokumentieren, in Rechnung stellen.

Meine Meinung ist, daß wir in den Landesverbänden uns darum bemühen sollten, dem RCDS zu helfen und ihm gewisse Arbeitsvoraussetzungen zu geben. Der Bundesvorstand des RCDS, mit dem ich vor geraumer Zeit zusammen war, meinte, daß eine einmalige Hilfe von 3.500 DM ausreiche, daß man weiter mit einer monatlichen Hilfe von 250 DM rechnen sollte. Die Herren sagen: Wir haben zwar in einigen Landesverbänden Hilfestellung durch die Partei, aber die Situation sieht folgendermaßen aus: Die Aktivität von SDS, von SHB usw. ist so, daß sie 24 Stunden am Tag in ihren Büros sind, so daß sie jeden Augenblick einen neuen Aufruf erlassen oder auf Ereignisse reagieren können. – Wenn der RCDS dagegen kämpfen will, dann muß er mindestens so schnell sein wie die anderen. Wenn also irgend etwas eintritt, muß er ebenso schnell wie die anderen eine Gegenaktion einleiten können. Wenn der RCDS aber erst zur Landesgeschäftsstelle gehen muß, die nachmittags um 17.00 Uhr schließt, so daß man also nichts mehr schreiben und nichts mehr vervielfältigen kann, dann ist das Ganze fast wirkungslos. Hier ist also eine ganz andere politische Aktivität notwendig, wenn der RCDS überhaupt die Chance haben soll, sich noch durchzusetzen. Gewiß gibt es auch schräge „Fürsten“ bei diesen Brüdern, für die spreche ich aber hier nicht, sondern ich spreche für diejenigen, die sich darum bemühen, in einer Reihe von Zentren unserer Hochschulen eine solche Arbeit zu leisten, von denen der Herr Bundeskanzler sagte, wir müßten hier Kampfgruppen bilden. Ich bin der Meinung, daß wir neue Kampfgruppen nicht erst erfinden sollten, wenn wir sie praktisch schon da haben. Meine Bitte ist also, daß wir hier im Bundesvorstand irgendein Rezept geben, daß dazu ein Brief geschrieben wird ...

*Heck:* Herr von Hassel, die Herren waren auch bei mir. Es ist interessant, wieviel Herren des RCDS die gleichen Vorschläge bringen. Das ist nicht sehr arbeitsökonomisch. Jedenfalls läuft das auf meiner Ebene vorbei.

*Von Hassel:* Das ist eine zweite Frage, Herr Dr. Heck. Ich habe von mir aus seit Jahren, bevor Sie Generalsekretär wurden, mich mit dem Bundesvorstand des RCDS regelmäßig getroffen, weil mich das interessierte. Sie sind also bei mir gewesen. Ich habe ihnen gesagt: Das erste und wichtigste ist, sie müssen zum Generalsekretär gehen. – Ich habe Ihnen dazu auch einen Brief geschrieben. Ich finde es in der Sache ganz gut, wenn es auch ein anderer weiß.

*Heck:* Das ist ein Thema, wie Sie es sich vorstellen, daß es richtig ist, daß man es organisatorisch anhängt an die Partei. (*Sehr starke Unruhe.* – *Von Hassel:* Wir sind doch schon sechs Landesvorsitzende.) Wir können es nur zur Kenntnis nehmen. (*Von Hassel:* Wir können eine Empfehlung geben, daß man sich darum kümmert.) Ich will generell sagen, Herr von Hassel, es ist sehr schief, (*Anhaltende Unruhe.*) daß alle drei zugleich angesprochen werden, und irgendwann kommt es dann sogar noch einmal auf meinen Tisch. Das ist nicht sehr zweckmäßig. – Herr Kohl!

*Kohl:* Ich unterstütze alles, was die Situation des RCDS verbessert. Ich glaube auch, daß die Bundespartei etwas tun muß, aber an sich müßten sich auch die örtlichen Leute mehr um diese Sache kümmern, als sie das in der Praxis tun. Das muß man einmal ganz offen sagen. Aber da liegt etwas anderes zugrunde. Das CDU-Establishment hat ein Universitätsbild, das absolut nicht auf der Höhe der Zeit ist. Auch das muß ich – sehr vorsichtig ausgedrückt – einmal sagen. Und jetzt machen wir das andere Extrem. (*Gradl:* Außer dem eigenen! – *Starke Unruhe.*) Das würde ich für alle Bundesländer sagen. Ich nehme keinen Landesverband hier aus; auch den eigenen nicht, Herr Gradl. Das habe ich ja gerade gesagt.

Wir haben zur Zeit eine Stimmung in der deutschen Bevölkerung – und das schlägt auch in die CDU hinein –, nach der sich der Begriff „Student“ auf ein Schimpfwort hin bewegt. Es ist nicht zu leugnen, daß eine solche Torheit in der Bevölkerung vorhanden ist, weil das identifiziert wird mit den ganzen radikalen Brüdern, die keine Studenten im eigentlichen Sinne sind, sondern die ganz andere Ziele haben und den Studenten die Forderungen aufzeigen. Jetzt haben wir im Augenblick das andere Extrem. Jahrelang ist überhaupt nichts geschehen, aber jetzt haben wir im universitären Bereich ein System, das man nur mit Staunen beobachten kann. Jetzt buhlen die klassischen Repräsentanten des Ordinariats in einer Weise um die Gunst der Studenten, daß man sich teilweise schämen muß. Es wird jede Forderung, und wenn sie noch so unvernünftig ist, dreimal auseinandergenommen, um festzustellen, ob man sie erfüllen kann. Ich will ein Beispiel bringen aus der Diskussion der letzten 14 Tage. Hier macht gerade die CDU diesen Bockmist, auch in den einzelnen Ländern. Ich meine die Auseinandersetzung mit den Ingenieurschulstudenten. Kein normaler Mensch kann dafür sein, daß die deutschen Ingenieurschulabsolventen im internationalen Bereich ihr Zertifikat nicht aner-

kannt bekommen.<sup>115</sup> Das ist auch erreichbar. Tatbestand ist, daß bis jetzt der Herr Peyrefitte<sup>116</sup> nur einmal gehustet hat, und schon sind die Dozenten angetreten. Die Radikalisierung geht ja von den Dozenten der Ingenieurschulen aus, weil sie bei der Gelegenheit endlich Hochschullehrer werden wollen, obwohl sie keine Voraussetzung dafür haben. Das ist eine rein besoldungspolitische, aber keine bildungspolitische Geschichte.

Jetzt sind wir drauf und dran, in der CDU solche Geschichten zu machen. Ich habe gerade noch einmal mit Kiel telefoniert, wo wir die Sache in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz verabschieden<sup>117</sup>, weil 60.000 Ingenieurschulstudenten demonstrieren und erklären: Wenn man zwölf Jahre Schulzeit absolviert hat, ist das ein hinreichender Beweis der Reife. Das entspricht der Hochschulreife. – Das wird bereits von einigen Bundesländern, die auch hier vertreten sind – ich will sie gar nicht nennen – akzeptiert.

Meine Herren! Das kann man machen, aber für was wird dann noch ein Gymnasium unterhalten? Das weiß ich nicht. Für was wird dann noch eine Realschule unterhalten? Das weiß ich auch nicht. Man setzt hier zwölf Jahre, egal was am Schlusse steht, mit der Hochschulreife gleich. Als die Herren für unser Land bei mir waren, habe ich gesagt: Ich muß doch einfach unterstellen, daß eine ganze Reihe von ihnen im Gymnasium in der vierten oder fünften Klasse abgegangen ist, weil es in der Fremdsprache oder in diesem oder jenem Fach nicht geklappt hat. – Man muß den Berufsweg sehen. Das ist ja nicht eine moralisch negative Bewertung. Sie haben dann eine Ausbildung gemacht, die sie im technischen Bereich zur Ingenieurschule führte. Wenn diese nun sagen, unsere Voraussetzungen sind die gleichen, als wenn wir das Abitur gemacht hätten, dann ist doch damit das Gymnasium kaputt. Ich frage nur, ob das im Sinne der CDU-Bildungspolitik ist. Daß wir bei der Gelegenheit den Plänen der Gesamtschule – wie sie von Herrn Evers<sup>118</sup> und wie die linken Vögel der SPD auf dem Gebiet alle heißen – entgegenkommen sollen, das wage ich doch erheblich zu bestreiten.

Wie ich aus Kiel höre, sind es noch drei Bundesländer, die dagegen sind. Die anderen sind schon der Meinung, weil 60.000 jetzt demonstrieren, muß das gemacht werden. Schade, daß der Herr Barzel gerade weggegangen ist. Der Herr Martin hat auch schon im Sinne der Bundestagsfraktion eine entsprechende Äußerung abgegeben. Ich weiß nicht, wenn wir so weitermachen ... (*Von Hassel: Eine Äußerung in dieser Rich-*

---

115 Die Kultusminister-Konferenz wollte mit neuen Zulassungskriterien zu den Ingenieur-Akademien (Realschulabschluß, Abschluß des Gymnasiums nach dem zehnten Schuljahr usw.) und dem Zugang zu den Universitäten nach einem qualifizierten Abschluß der Akademien bessere Voraussetzungen für die Anerkennung der deutschen Ingenieure im EWG-Bereich schaffen, vgl. „Rhein-Neckar-Zeitung“ vom 8. Juni 1968 „SPD strebt nach Zentralisierung“.

116 Alain Peyrefitte (1925–1999), französischer Politiker; 1947–1959 im diplomatischen Dienst, 1962–1966 Informationsminister, 1966/67 Minister für Fragen der wissenschaftlichen Forschung und der Atomenergie, 1967/68 Erziehungsminister.

117 Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 21. Juni 1968 in Kiel nicht zu ermitteln. – Vorschläge des Kulturpolitischen Büros der CDU zum Entwurf des Aktionsprogramms vom 1. August 1968 in ACDP 05–003 AO 04.

118 In der Vorlage Eberts. – Carl-Heinz Evers (geb. 1922), Studienrat; 1945 Mitglied der SPD in der SBZ, 1947–1949 Mitglied der Ost-CDU, nach der Flucht nach West-Berlin wieder SPD, 1963–1970 Senator für Schulwesen in Berlin, 1967–1970 MdB Berlin.

tung?) Natürlich! Nach dem Stand in Kiel sind es noch Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern, die auf diesem Standpunkt stehen. Die anderen marschieren hinsichtlich der Akademiereife und der qualifizierten Hochschulreife bereits ab. Ich habe meinen Leuten die Anweisung gegeben, die Konferenz in Kiel zu sprengen und sie zu verlassen. (*Sehr starke Unruhe.*)

*Heck:* Herr Kohl! Zur Klarheit eine Frage, weil das ein Thema ist, das vielseitig auf uns zukommt. Es ist doch so, der Obersatz lautet: Wir sind uns alle einig, daß die Absolventen unserer Ingenieurschulen europäisch anerkannt sein wollen. (*Anhaltende Unruhe.*) Nun ist die Frage, wie soll das am zweckmäßigsten geregelt werden?

*Kohl:* Ich muß zu dieser Frage einen Vorsatz machen. Das ist inzwischen nur von einem angezweifelt worden, nämlich von Herrn Peyrefitte. Es gibt ja auch ein französisches Bildungssystem. Hier müssen wir die Gegenfrage stellen hinsichtlich deren Ausbildung.

Der zweite Punkt ist der: Ich bin ja nicht für die akademiegebundene Reife. Darüber kann man als eine Fachschulreife, ja sogar als eine Fachhochschulreife diskutieren. Wir geben jetzt den qualifizierten Ingenieurschulstudenten auch die Chance, auf die TH zu gehen, oder Diplom-Volkswirt und Dr. rer. pol. zu werden. Darüber kann man reden. Wenn man aber generell, weil die 60.000 Leute streiken, sagt, die kriegen die Hochschulreife, dann zerschlagen wir damit unser gesamtes System. Und dagegen bin ich.

Erst haben wir jahrelang überhaupt nichts gemacht. Selbst die vernünftigsten Dinge sind nicht gemacht worden. Es ist alles liegengeblieben. Und jetzt braucht man nur zu krakeelen, und das Ergebnis ist, daß man gleich umfällt. Ich muß aber hier sagen, die Ingenieurschulstudenten sind mit die Vernünftigsten unter den Studenten. Die sind ausgesprochen radikalisiert worden von ihren Dozenten, die bei der Gelegenheit, ohne je promoviert, ohne je sich habilitiert zu haben, in Besoldungsgruppe H 4 des Ordinarius kommen wollen. Das ist der einfache und nackte, aber traurige Hintergrund.

Ich bin der Meinung – um noch einmal auf das andere Thema zurückzukommen –, daß man unsere Hochschulgruppen auch heute noch weiter stärker aktivieren kann. Dazu gehört, daß man die Leute – ich meine jetzt örtlich – draußen an den einzelnen Universitäten ein bißchen anders psychologisch behandelt. Man soll sie nicht nur gebrauchen, wenn man Gegendemonstrationen machen will, sondern man sollte sich auch sonstwie darum kümmern. Wenn Sie das Trauerspiel in München betrachtet haben, dann werden Sie wissen, daß dort die Studentenunion der Mitte im Februar die AStA-Wahl gewonnen hat.<sup>119</sup> Als es dann zum Schwur kam, hat sie keinerlei Unterstützung von seiten der Politik bekommen, so daß in der Woche der Notstandsgesetzgebung aus Protest über die mangelnde Unterstützung der von CSU-Leuten geführte Münchener AStA sein Mandat zur Verfügung gestellt hat. In der größten deutschen Universität, in München, haben sie eine wirklich vernünftige Basis gehabt, aber bei der Neuwahl wird

---

119 Bei den Wahlen am 13. Dezember 1967 kam an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität die konservative „Münchener Studenten-Union“ unter Vorsitz von Bernhard Danschacher ins Amt; nach der Wahl am 19. Dezember 1968 stellte der linke „Fachschaftenrat“ den AStA. Vgl. SCHUBERT S. 210f. und S. 229–235.

mit ziemlicher Sicherheit eine linke Mehrheit herauskommen. In Mainz hat der RCDS-Repräsentant, ein AStA-Vorsitzender<sup>120</sup>, sich geweigert, in der Woche der Notstandsgesetzgebung eine Studentenvollversammlung einzuberufen. Daraufhin haben diese über 1.000 Unterschriften beigebracht. Das ist nach der Satzung ausreichend. Dann hat eine Urabstimmung der gesamten Studentenschaft stattgefunden, verbunden mit der Androhung des Rücktritts. Dort haben sie mit 70%iger Mehrheit gewonnen. Mainz hat rund 9.000 Studenten. Es ist also so, wenn man sich stellt und eine klare Kontraposition einnimmt, daß noch manches zu retten ist. Mein Eindruck bei der ganzen Sache ist der, daß in den Führungsschichten unserer Gesellschaft – nicht nur in der CDU – zur Zeit eine Stimmung ist: Die erste Welle ist jetzt verlaufen, aber jetzt können wir uns wieder zum Schlafen niederlegen. – Das halte ich für ganz verwerflich und verderblich. Das ist das eine Extrem.

Das andere Extrem ist, daß man allen unvernünftigen Forderungen entgegenkommen will, und zwar in einer Weise, über die man sich nur wundern kann. Ich bin schon dafür, daß sich die Ministerpräsidentenkonferenz noch mehr als die Kultusministerkonferenz diesem Konflikt widmen muß. Das geht in eine Reihe von Bereichen hinein, wo man seinen Einfluß direkt ausüben kann.

Ich habe hier diese Marburger Erklärung der Dozenten.<sup>121</sup> Es ist nun hochinteressant, einmal festzustellen, wer da nicht draufsteht. Das sind die Dozenten der ganzen Neugründungen. Schade, daß der Bundeskanzler nicht mehr da ist. Von der Konstanzer Universität hat nur ein einziger Mann diese Erklärung zu unseren Gunsten unterschrieben. Ich will auch Bochum in diesem Zusammenhang erwähnen. Da ist es genauso interessant. Wir haben doch die Führungsgruppe. Ich vermisse z. B. in Heidelberg den Herrn Conze<sup>122</sup>, der bei jeder Arbeitstagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU auftritt und redet. Der steht auch nicht drauf. Ich kann also auf den ersten Anheb zwei Dutzend Leute sagen, die von der CDU in Amt und Würden gebracht worden sind. (*Kraske*: Mikat!) Ja! Es gibt eine ganze Reihe von Professoren, die mit unserem Wohlwollen solche „Nebenerwerbssiedlungen“ gegründet haben, die jeden Monat ein paar tausend Mark einbringen. Ich finde diese Namen nicht. Man muß doch den Leuten sagen: Wenn ihr euch uns gegenüber nicht kulant erweist, schmeißen wir euch bei näch-

---

120 AStA-Vorsitzender war von April 1968 bis April 1969 der RCDS-Vorsitzende Eckart Fiedler (geb. 1942), 1970 Dr. med., 1977 Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, seit 1996 Vorsitzender der BARMER Ersatzkasse. Fiedler lehnte 1969 eine Studentenvollversammlung mit der Begründung ab, die verfaßte Studentenschaft habe kein politisches Mandat. Der daraufhin initiierten Unterschriftenaktion der linken Gruppierungen begegnete der AStA mit einer Urabstimmung, die seine Haltung voll bestätigte.

121 Über 1.200 Professoren und Dozenten unterzeichneten das „Marburger Manifest“ vom 17. April 1968. Abgelehnt wurde darin eine fünftel- oder drittelparitätische Beteiligung der Studenten in allen Universitätsgremien sowie ein politisches Mandat der Studentenvertretungen. Vgl. „Welt“ vom 8. Juni 1968 „Gegen ein Proporzsystem an den Universitäten“; „Die Zeit“ vom 28. Juni 1968 „Ein Viertel nur ...“.

122 Prof. Dr. Werner Conze (1910–1986), Historiker; 1946–1951 Professor Universität Göttingen, 1951–1957 Universität Münster, 1957–1979 Universität Heidelberg.



ster Gelegenheit raus. – Ich vermisse auch aus dem Wissenschaftlichen Beratungsstab des Bundeskanzleramts<sup>123</sup> eine Reihe von Namen, die ich dort eigentlich finden müßte. Ich muß doch wenigstens unterstellen, daß man sich soweit zur Politik zugehörig fühlt, wenn man hier im Hause ein- und ausgeht, daß man eine solche Erklärung unterschreibt. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Diese Erklärung ist übrigens noch lahm; denn es wird ja nicht verlangt, daß man auf die Barrikaden geht. Hier wird eigentlich nur verlangt, daß man zu diesem Staat mit all seinen Gebrechen ja sagt. Und das sollte man doch wenigstens unterschreiben.

*Heck*: Meine Herren! Ich meine, es hat keinen großen Sinn, wenn wir in dieser schwachen Besetzung jetzt noch weiter beraten. Für die Bundespartei möchte ich nur sagen, hier ist niemand der Meinung, daß die Sache mit den Studenten vorüber ist. Ich weiß nicht, wie es in den Landesparteien aussieht. Bei uns ist mit den Korporationsstudenten und dem RCDS nicht nur intensiv beraten, sondern auch gemeinsame Aktionen sind in die Wege geleitet worden. Dr. Stoltenberg hat es übernommen, mit den Korporationen zusammen ein hochschulpolitisches Konzept auszuarbeiten. Bei diesen Gesprächen hat sich schon gezeigt, daß zwischen den Repräsentanten der Korporationsstudenten und dem RCDS ganz erhebliche Spannungen vorhanden sind.

Der RCDS sieht an jeder Universität etwas anders aus, so daß es keinen Wert hat, global für das Bundesgebiet Regelungen zu beschließen. Ich bin mit den Herren vom RCDS so verblieben, daß wir die Kreis- bzw. Ortsvorsitzenden zusammen mit den Vorsitzenden des RCDS zu einer Konferenz einladen. Dann wird besprochen, was gemacht werden soll. Mit einem Brief an die Landesverbände ist nichts getan.

Ich möchte noch ergänzend sagen, Herr Kohl, das ist nicht nur ein Problem der Studenten. Es wird sogar so sein, daß das, was bei den Studenten sichtbar geworden ist, nun mit einer Verzögerung von vielleicht einem Jahr bei der jungen Generation sehr viel breiter in Erscheinung treten wird. Wir werden es im nächsten Jahr ganz intensiv mit den Oberschülern zu tun bekommen. Im Augenblick ist der SDS dabei, gegen diese Arbeitsgemeinschaften für die politische Bildungsarbeit, die es an den Oberschulen gibt – das sind 500 –, sogenannte Schüler-Gewerkschaften zu organisieren, und zwar mit einem sehr radikalen Programm.

Wenn das gelänge, daß die in den Oberschulen von jeder Abiturientenklasse zehn oder 15 in den SDS hineinzuschleusen, dann hätten wir es allerdings mit einer ganz gefährlichen revolutionären Gruppe zu tun.

*Kohl*: Darf ich einmal unterbrechen! Wir haben, als wir das merkten, eine Gegenaktion gemacht. Wir organisieren einen christlich-demokratischen Schülerbund.<sup>124</sup> Nach unseren Erfahrungen laufen diese nun in größeren Scharen zu uns. Dieser Bund entwickelt sich sehr stark in den einzelnen Gymnasien. Wir kommen damit allerdings in grundsätzliche Dinge hinein, weil jetzt der jammervolle Zustand der Oberstufen des

---

123 Stoltenberg hatte im Auftrag Kiesingers am 16. Oktober 1967 einen „Beratenden Ausschuß für Forschungspolitik“ berufen, dessen konstituierende Sitzung am 20. November 1967 stattfand. Vgl. BULLETIN Nr. 118 vom 24. Oktober 1967 S. 1007.

124 Schüler-Union. Vgl. LEXIKON S. 634 f.

deutschen Gymnasiums sichtbar geworden ist bei dieser Gelegenheit; und auch unsere Pennäler sagen, so wie das in der Oberprima ist, ist das nicht in Ordnung. Das hat auch nicht nur etwas mit dem Organisieren zu tun, denn die Oberstufe des Gymnasiums ist nicht für jeden eine Zuordnung auf die Universität, sondern hier werden noch viele andere Dinge gemacht, als nur eine Zuordnung auf die Universität zu betreiben.

*Heck:* Herr Niermann!

*Niermann:* Noch ein paar Sätze, Herr Kollege Heck, zum Agrarprogramm, was der Herr Bundeskanzler vorhin angeschnitten hat! Es hat keinen Zweck, jetzt hier in die Einzelheiten einzusteigen, aber mein Vorschlag wäre, wenn Sie damit einverstanden sind, daß wir dieses Programm, das ich auch für gut befinde, im Bundesausschuß für Agrarpolitik einmal durchdiskutieren, um eine Stellungnahme für den Bundeskanzler, für Sie und für die Fraktion zu erarbeiten zur weiteren Beratung. (*Heck:* Wobei die finanzielle Seite nicht ganz außer acht gelassen werden kann!) Nein, das kann sie nicht, aber wir wollen Herrn Höcherl dazubitten, der uns sagen kann, wie er sich die Finanzierung dieses Programms denkt. (*Kohl:* In der Hoffnung, daß er die reine Wahrheit sagt! – *Unruhe und Bewegung.*)

*Heck:* Mit dem Vorschlag sind Sie einverstanden. Dann darf ich Ihnen danken und die Sitzung schließen.